

hlz



C 3428

Zeitschrift der GEW Hamburg
Mai-Juni 2024





Es ist Anfang Mai und der Frühling setzt sich (endlich) durch. Da passt der sehr spannende Schwerpunkt dieser *hlz* zu *Naturpädagogik in der Großstadt*. Vielen Dank dafür an die Redaktion!

Der Hamburger Gewerkschaftstag liegt gerade ein paar Tage hinter uns. Mit insgesamt 160 Teilnehmenden, davon 136 Delegierte, war dies der größte Hamburger Gewerkschaftstag seit über 10 Jahren. So konnten wir in großer Runde

Anträge diskutieren und beschließen, die uns für die kommende Zeit politisch, aber auch organisatorisch gut aufgestellt haben. Für die sehr einstimmige Entlastung von uns Vorsitzenden möchten wir uns hier noch einmal ausdrücklich bedanken! Das bestätigt uns in unserer Arbeit und spornt uns natürlich an. In der nächsten *hlz* wird es noch einmal ausführlicher um den Gewerkschaftstag gehen. Einen Tag später ging es dann auf die große 1. Maidemonstration des DGB, auf der die GEW mit ihrer Bundesvorsitzenden Maïke Finnen und einem großen Block vertreten war. So konnten wir wichtige Themen unserer Bildungsgewerkschaft, wie z. B. die Situation in den Kitas und in der Erwachsenenbildung, die laufende Arbeitszeitstudie, den TVStud und die Aufwertung der schulischen Therapeut*innen deutlich einbringen. Vielen Dank an alle Aktiven!

Unsere Themen und Forderungen einzubringen – das wird im kommenden Jahr eine große Aufgabe werden! Im Juni stehen die Europa- und Bezirkswahlen an und dann geht es mit großen Schritten auf die Bürgerschaftswahlen im März 2025 zu. Im Moment werden in den Gremien der Hamburger GEW dafür unsere Wahlprüfsteine erarbeitet. Es ist jetzt schon klar, dass die Verteilungskämpfe in

den nächsten Jahren zunehmen werden. Hier wird es u. a. unsere Aufgabe sein, dafür zu kämpfen, dass die Bildungsbereiche gut ausgestattet sind, so dass wir mit ausreichend Personal und angemessenen Ressourcen gesund und pädagogisch sinnvoll mit den Kindern in der frühkindlichen Bildung, den Kindern und Jugendlichen in den allgemeinen und berufsbildenden Schulen und den Erwachsenen in den Universitäten und der Erwachsenenbildung arbeiten können.

Sven Quiring, Yvonne Heimbüchel, Bodo Haß

Liebe Kolleg*innen!



Die kommenden Wahlen müssen auch ein Anlass sein, sich mit dem Erstarren von AfD und Co. auseinanderzusetzen. Auch in Hamburg wird die AfD nicht von alleine verschwinden und schon gar nicht ihre Haltung, die sich in den Mainstream drängt! Nach den großen Demonstrationen im Januar bildete sich die Kampagne *Klare Kante gegen Rechts!*, an der sich die GEW Hamburg beteiligt. Im Vorfeld der Europawahlen gibt es eine Vielzahl an Aktionen, Plakate, Konzerte und eine große Demonstration am 7. Juni. Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung!

Das Ende des Schuljahres ist dieses Jahr noch ein wenig hin, trotzdem möchten wir schon einmal auf die inzwischen dritte *Lange Nacht der GEW* am 5. Juli hinweisen. Das wird wieder ein guter Anlass sein, miteinander auf das letzte Jahr zurückzublicken und zu feiern! Genießt bis dahin die sonnigen Stunden des Tages – vielleicht ja auch zusammen mit Euren Klassen, Kursen und Gruppen – im Grünen!

hlz-Notiz



SCHWERPUNKT: UNTER DEM PFLASTER BLÜHT DIE WIESE. NATURPÄDAGOGIK IN DER GROSSSTADT

28 Lernen mit allen Sinnen

Frank Rettmer über seine inspirierenden Erfahrungen mit schulischen Naturschutzprojekten

31 Ganztagschule mit Wildbienen und Nashornkäfern

Ein Interview mit Stefan Behr über die Umwandlung des Außengeländes der Ganztagsgrundschule Sternschanze in einen NaturErlebnisSchulhof (Claudia Pittelkow)

34 Eine Grundschule macht sich auf den Weg

Ein Erfahrungsbericht von Stefan Behr über die naturnahe Geländeumgestaltung der Ganztagsgrundschule Sternschanze

38 Naturnahe Schulhöfe: Weil Kinder Natur brauchen!

Stefan Behr über die Pädagogik, Gestaltungselemente und Umsetzungsweise von naturnahen Außenflächen

53 Einen Evolutionsweg für Hamburg!

Tom Brandenburg über die Initiative für einen Hamburger Lehrpfad zur Evolution

54 Erste Hanseatische Botschaft der Wildtiere

Ein Gespräch mit Ivo Bozic über die Lernwerkstatt der bald in der HafenCity eröffnenden Botschaft der Wildtiere (Antje Géra und Sebastian Schreull)

GEW HAMBURG

9 Die aktuelle Situation in der GBS

Die GEW-Betriebsgruppe Elbkinder Kitas über ihre Forderungen

10 Mit mehr Ressourcen gegen den Kita-Notstand

Die Rede unserer KiJu-Referentin Varsenik Vardanyan auf der Betriebsversammlung der Elbkinder

12 Aufbruchstimmung in Hamburg

Das Bündnis ›Tu was, Hamburg!‹ berichtet vom gleichnamigen Kinder- und Jugendhilfegipfel

14 Tu was, Hamburg!

Die Resolution des Kinder- und Jugendhilfegipfels am 3. Mai 2024

24 Weiter in alter Frische

Christel Sohns über den bevorstehenden Aktionstag der Ruheständler*innen

HAMBURGER LEHRKRÄFTE- ARBEITSZEITSTUDIE

16 Lläuft!

Ein Interview mit Frank Mußmann, dem Leiter der Hamburger Arbeitszeit- und Belastungsstudie

BERUFSVERBOTE

18 Berufsverbote wegen Gesellschaftskritik?

Christian Stache legt dar, inwiefern die Rückkehr der Regelanfrage eine Bedrohung ist für kritische Bildung und gesellschaftskritische Wissenschaftler*innen

21 Radikalenerlass 2.0?

Martin Hornung über die alten neuen rechtlichen Vorstöße, den Verfassungsschutz in die Prüfung von ›Verfassungstreue‹ einzubinden

ANTIFA

62 »Abgesang auf die einstige Bildungsnation«

Die Kolleg*innen von AfD-Watch analysieren die Bildungspolitik der AfD

65 Nazi-Biographien: Hans Wenke (II)

– Die Fassade beginnt zu bröckeln
Hans-Peter de Lorent über den für Hamburgs (Hoch-)Schulwesen nach der NS-Zeit bedeutsamen Professor Hans Wenke

LESEN!

70 Der Erste Weltkrieg

– ein Verteidigungskrieg?

Bernhard Sauer demontiert eine deutsche Selbsterzählung

72 »Die Erinnerung wachhalten«

Stefan Romey über einen Sammelband zur Würdigung des Wirkens von Ulrich Bauche

74 Gestern ist Morgen

Joachim Geffers bespricht Harry Friebels Essay ›An den Nationalsozialismus erinnern«

INTERNATIONALES

76 Archäologie ist Politik

Manfred Klingele berichtet, wie der Verein der Archäolog*innen Griechenlands gegen eine politisch motivierte Räumungsklage kämpft

RUBRIKEN

3 hlz-Notiz

6 Editorial

8 Leser*innenbriefe

80 Impressum

TERMINE

20 Berufsverbote wegen Gesellschaftskritik? (30.05.)

24 Senior*innentag 2024 (25.06.)

25 Lange Nacht der GEW (05.07.)

48 Bundeskongress NaturErlebnisRäume (06.-7.06)

79 gba: gendersensibel unterrichten

80 Gesund in den Ruhestand (25.06.)

81 Termine Geschäftsstelle



Unter dem Pflaster blüht die Wiese...

... so der Titel des Schwerpunktthemas dieser hLz. Eine zu naive oder gezwungen witzige Parole? Schließlich kann ja unter dem Pflaster oder Asphalt nichts, nicht einmal eine Blume blühen. Wie sollten sich denn ihre Samen verteilen oder Insekten ihren Weg zu ihr finden? Ein Widerspruch wird hier formuliert und zugleich eine unmögliche Forderung. So sonnig und harmlos ein Schwerpunkt daherkommen mag, in dem wir uns den vielfältigen Formen von *Naturpädagogik in der Großstadt* widmen – in der Thematik stecken gewichtige politische Forderungen: Es geht um die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Naturerfahrungen, es geht um Möglichkeiten einer wirklich umfassenden Bildung, die auch auf ein anderes Miteinander in Mensch-Mensch- und Mensch-Natur-Verhältnissen zielt, es geht um Freiräume und um eine wirkliche Partizipationsmacht an deren Gestaltung. Und die freundliche Parole, dass unter dem Pflaster die Wiese blühe, drückt auch etwas aus, das nicht weniger als die Überlebensfrage für alle Lebewesen beinhaltet: In Anbetracht der menschengemachten Klimakrise wird es in den kommenden Jahrzehnten darum gehen, dass nicht nur in unserer Stadt mehr Grün und mehr Bunt erblüht, dass mehr Molche, Mauersegler und Maulwürfe nicht bloß eine Zufucht finden, sondern sie auf viele und vielgestaltige Lebensräume treffen können angesichts der industrialisierten Agrarwüsten auf dem platten Land.

Ihren ›Witz‹ oder ihre ›Kraft‹ gewinnt diese Parole allerdings auch daraus, dass sie zitierend auf die Hoffnungen einer vergangenen Zeit verweist und damit an etwas Entschlossenerem und Leidenschaftlicherem parasitiert: *Unter dem Pflaster liegt der Strand!* Seit dem Pariser Mai 1968 geistert diese Parole durch die Flugblätter und begleitet Streiks, Besetzungen und Kämpfe auf der ganzen Welt; sie verknüpft das Fernliegende mit dem Nahen, verbindet die Großstadt mit all ihren sprechenden Wänden und den eher misstrauischen Menschen gesichtern mit den Versprechen des ›Strandes‹: dem Urlaub, dem Abschied vom Stress und den alltäglichen Sorgen – der freie Tag am Meer, die Dünen, die Gräser im Wind, der Meeresduft und die Sonne, das Freisein von Lohnarbeitszwängen, das freie Verfügen über die eigene Lebenszeit. Das ist das Versprechen eines leichteren, spielerischeren Daseins. Da geht es um mehr als um die Fragen

des Überlebens, es geht um die Frage und Forderung nach einem anderen, glücklicheren Leben.

Daraus zog die Parole ihre Kraft. Aber das Bild der alten Parole trägt nicht mehr: haben sich doch die Strände in den letzten 56 Jahren grundlegend verändert. Sie sind zu Orten des Plastikmülls und anderer Zivilisationsgebrehen geworden, stehen für Zonen ein, von denen durch den Anstieg des Meeresspiegels in Zukunft eine Gefahr ausgehen wird, sie sind Orte, die lebendig zu erreichen für viele einem Wunder gleich: Orte der anlandenden Boote, voll mit Hoffnungen, Ängsten, Erfahrungen der Flucht vor den Grauen des Krieges und der Verfolgung.

Ein Herz für Naturfreund*innen

Angesichts dieser düsteren Seiten der Gegenwart und Zukunft wollen wir mit der aktuellen Ausgabe all die Naturfreund*innen unter den Kolleg*innen unserer Gewerkschaft würdigen! Seit Jahrzehnten ist es ihr Engagement für grünere Schulhöfe oder Außenbereiche der Kitas, für die Rettung der Kleingärtnerei vor dem Flächenfraß, für die Erhaltung bedrohter Tiere oder gar die Renaturierung ganzer Flussarme. Wie viele von ihnen haben Stunden, Wochen, Monate ehrenamtlich zugebracht, um ein Projekt in ihrer pädagogischen Einrichtung durchzuziehen, um eine Kampagne zu starten oder um für die ›Asphaltsprenger‹ zu werben. Lassen wir uns von ihnen inspirieren und mindestens hundert bunte Wiesen erblühen! Denn die Erfahrungen, welche einige dieser Kolleg*innen in der vorliegenden Ausgabe mit uns teilen, zeigen auch: Mögen sich solche Projekte vielleicht nicht ganz ohne Mühen starten und ausführen lassen, so sind sie doch von unermesslich großer und anhaltender Wirkung für alle Beteiligten.

Diese Wirkung und damit der (nicht nur) pädagogische Stellenwert solcher Projekte wird häufig unterschätzt. Wie sonst ist es zu erklären, dass es nicht mehr naturnahe gestaltete Außenflächen in Kitas, Schulen und Universitäten gibt? Dass die Naturschutzprojekte von Kolleg*innen hauptsächlich ehrenamtlich durchgeführt werden? Dass die Beteiligten die Deckung ihrer Projektkosten überwiegend selbst organisieren müssen? Den Titel einer ›Bewegung von unten‹ dürfen sich die Natur-En-

gagierten im pädagogischen Kontext also mit Stolz ans Revers heften – und doch gibt es hier die anzunehmende Pflicht der politisch Verantwortlichen zur Unterstützung solcher Projekte: So hat sich der Senat in den Koalitionsvertrag geschrieben, dass bei »Neubauten und Sanierungen von Außenanlagen [...] rund ein Drittel der Außenanlage naturnah gestaltet und die Schulgemeinschaft von Beginn an bei Prozessen beteiligt« werden soll. Die Realität ist davon aber noch weit entfernt. Bei den neuen Schulgründungen wird noch immer nicht konsequent auf eine naturnahe Geländegestaltung geachtet. Auch mit dem Einräumen von Partizipationsrechten ist es nicht weit her: Kolleg*innen berichten eher davon, dass *Schulbau Hamburg* (SBH) die Mitspracherechte der Einrichtungen oft nicht ernst nimmt – im Gegenteil: Trotz Kritik werden weiträumige Pflasterungen vorgenommen und Ideen zur naturnahen Gestaltung blockiert. Dass die Versäumnisse bekannt sind, zeigen u. a. die Dokumente der Kleinen (CDU, 2/24) und Großen Anfragen (SPD/Grüne 10/23) zu dem Thema. Daher ist zu erstreiten, dass der neue Senat nach der Bürgerschaftswahl mehr politischen Mut und Willen zeigt, das bislang ungenutzte Potential der Außenflächen Hamburger Bildungseinrichtungen zur Klimaanpassung und Steigerung der Biodiversität in der Großstadt zu erschließen! Ein erster Schritt könnte sein, dem SBH überhaupt erst einmal einen angemessenen Etat für die naturnahe Gestaltung von Schulgeländen zur Verfügung zu stellen, kurzum: ohne Kröten kein Grün!

Kleingärtnerei als gelebter Antifaschismus

Die pädagogische Verantwortung endet allerdings nicht mit dem erfolgreich initiierten Naturprojekt. Denn: es mag zwar blockierende oder desinteressierte politische Verantwortliche geben, die wirkliche Gegnerschaft aber liegt rechts von uns. Überall, wo sich rechtskonservative bis faschistische Kräfte in eine Koalition begaben, ging es für die Natur nicht gut aus. Daher müssen wir im Unterricht dafür Sorge tragen, dass Leugner*innen der Klimakrise widerlegt werden und dass es gelingt, mit unseren Schüler*innen ruhig und sachlich über die Veränderungen unseres Klimas zu reden. Zum Stand der Forschung kann mit guten Gründen gesagt werden: Die Industrialisierung und Kapitalisierung unserer Gesellschaften im Globalen Norden hat überproportional zu dieser Klimakrise beigetragen. Das ist überdeutlich beim Artensterben, da die Ausbreitung dieser Gesellschaftsform global zu einem Niedergang der Biodiversität führte. Kapitalisierung unserer Lebensmittelproduktion bedeutet: Monokulturen, Massentierhaltung, immer tödlicher werdende Pestizide und Herbizide, die Verwüstung ganzer Landstriche.

Nicht nur klima-, auch bildungspolitisch wirken sich rechte Politiken verheerend aus (siehe hierzu den Beitrag zur Bildungspolitik der Hamburger AfD auf S. 62). Unsere Solidarität gilt gegenwärtig den Kolleg*innen, Eltern und Schüler*innen der Grundschule Thadenstraße, die sich eines rechten Shit-Storms erwehren müssen, weil von der AfD das Video eines Aufzugs von Kindern in der Schulpause instrumentalisiert wird, um in falscher Berufung auf das sogenannte Neutralitätsgebot »bereits unsere[n] Grundschulen« ein »bedenkliche[s] Demokratiedefizit« zu unterstellen. Die AfD-Fraktion sieht hier den Beweis, dass »linksgrüne Indoktrination [...] Schulkinder in linke Aktivist*innen [verwandelt]«. Dieser Hetze, die sich als verfolgte Unschuld inszeniert, muss klar entgegengetreten und die Betroffenen dürfen damit nicht allein gelassen werden! In der Bürgerschaftsdebatte vom 10. April zum Fortbestand der Forschungsstelle *Hamburgs (post-)koloniale Erbe* sprach der auch in der Grundschul-Hetzkampagne besonders aktive AfD-Vertreter Alexander Wolf vom »linksgrünen Umerziehungswahn«, als es um die Aufarbeitung unserer Vergangenheit ging, um die Aufklärung über die kolonialen Verbrechen. Diese ›Neutralität‹ meint eine Neutralisierung der Verantwortung, die Beschönigung von Ausbeutung und Unterdrückung.

Und angesichts des Erstarkens reaktionärer Kräfte, des Rassismus und Antisemitismus gibt es diese ungute Strategie der Etablierten, mit Abschiebeoffensiven und gängelnden Bezahlkarten für Geflüchtete dem noch entgegenzukommen – und besonders zweischneidig wird es da, wenn gegenwärtig rechtliche Tatsachen geschaffen werden, die einem ›Radikalerlass 2.0‹ gleichkommen (siehe die beiden Artikel in der Rubrik ›Berufsverbote‹ ab S. 18), schließlich sind in dieser Neuauflage vordergründig Reichsbürger*innen und geistig Verwandtes der Aufhänger. Und gar nicht so hintergründig wird auch diesmal ein Inlandsgeheimdienst, dessen ›Neutralität‹ nicht erst seit dem NSU-Komplex kritisiert wird, maßgeblich an lebensverändernden Entscheidungen beteiligt sein.

Ja, da gibt es viel zu tun. Und bei all den kommenden Auseinandersetzungen wollen wir daran erinnern, wie beruhigend und schön dieser Ausflug ins Grüne ist, das Summen und Schwirren all der kleinsten Lebewesen, von denen dann doch zu lernen ist: diese wundersamen Momente der Ruhe und des längeren Atems zu genießen. Einfach öfters herumliegen wie eine Smaragdeidechse im Sonnenbad, denn die großen Ferien kommen bestimmt!

EURE REDAKTION

»Mutterland Wort«

Leserbrief von Detlef Zunker zur hlz 1-2/2024: Weibliche* Bildungsbiographien/Ihr Name ist Semra Ertan

Liebe Redaktion, herzlichen Glückwunsch zu Euer Januar/Februar-hlz mit dem Themenschwerpunkt *Weibliche* Bildungsbiographien*. Sehr verdienstvoll finde ich es insbesondere, dass Ihr Euch mit dem Thema *Migrantischer Feminismus* befasst habt. Und mit der doppelten Diskriminierung, die Frauen mit Migrationshintergrund häufig erfahren. Als Frau und als »Nichtdeutscher«.

Ich finde es bedrückend, dass mir der Name Mohamed Bouazizi – der mit seiner Selbstverbrennung im Januar 2011 die arabische Rebellion ausgelöst hat – geläufig ist, dass mir aber bis zur hlz 1-2/2024 weder der Name Semra Ertan noch das Fanal ihrer Selbstverbrennung hier in Hamburg bekannt (gemacht) war.

Ich sehe Bezüge zu meiner früheren Arbeit in den Sprach- und Orientierungskursen im DaZ/DaF-Bereich, aber auch im schulischen Bereich. Wie vielen Menschen haben wir dadurch Türen geöffnet, oder auch Lust gemacht, in eine mögliche positive Bildungsbiographie? Wie vielen (Frauen) ist aber eine positive Bildungsentwicklung durch Rollenerwartungen und -Zumutungen verwehrt worden? Haben wir, habe ich zu wenig ermutigt? Vielleicht sollten unsere Curricula und Lernangebote hierauf noch mehr Wert legen?

Nicht zuletzt sehe ich noch eine andere Schnittmenge: Die bundesdeutsche Germanistik hat sich einen eigenen Schwerpunkt *Exilliteratur* gesetzt, der sich immer noch schwerpunktmäßig mit dem durch die Nazi-Vertreibung verursachten deutschen Exil beschäftigt.

Wäre hier nicht ein breiter gefasstes Umgehen mit den Erfahrungen von Exil und Leben in der Fremde ein sinnvoller Ansatz? Suizide, Erfahrungen und Verarbeitung von Entwurzelung hat es sowohl in der erzwungenen Emigration des deutschen Exils gegeben wie auch in den ökonomisch verursachten Auswanderungsbewegungen nach Deutschland nach dem 2. Weltkrieg und der Emigration, verursacht z. B. durch die Bürgerkriege im Nahen Osten und den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Wie drückt(e) sich das in den unterschiedlichen Zeiten und Personengruppen in Literatur und Poesie aus? Gibt es Gemeinsamkeiten und Unterschiede?

Beim Lesen der Poesie von Semra Ertan fielen mir spontan die folgenden Gedichte von Rose Ausländer ein (1901-1988). Sie überlebte die Judenverfolgung in Czernowitz in einem Kellerversteck. Die letzten 11 Jahre ihres Lebens in Düsseldorf konnte sie aus gesundheitlichen Gründen ihr Zimmer nicht mehr verlassen und schrieb aus dem Bett ihre Poesie:

Mutterland Wort

Mein Vaterland ist tot/
sie haben es begraben/
im Feuer/Ich lebe/
In meinem Mutterland/
Wort.

DÜSSELDORF, 1978

Ins Nichts

Ich schreibe mich/
Ins Nichts/Es wird mich/
ewig/aufbewahren.

DÜSSELDORF, 1984



Die aktuelle Situation in der ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen (GBS)

Die GBS-Standorte werden von der Schulbehörde finanziert und hauptsächlich durch sie gestaltet. Die Kinder- und Jugendhilfe-Träger sind nur ausführende Organe. Unzureichende Arbeitsräume, mangelnder Arbeits- und Gesundheitsschutz für die pädagogischen Kräfte sind oft die Folge. Der Klassenraum bleibt das Terrain der Lehrer*innen, gemeinsame Lernentwicklungsgespräche sind eher die Ausnahme. Daraus ergeben sich besondere Forderungen. Aus unserer Sicht sieht eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe anders aus. Wie Kinder mit erhöhtem Betreuungsbedarf angemessen über den ganzen Tag gefördert und betreut werden können, ist oft unklar und wird zugleich hauptsächlich mit Hilfskräften abgedeckt. Soll das Inklusion sein?

Die Betriebsgruppe Elbkinder der GEW Hamburg hat folgende Forderungen:

Ein Gespräch mit der Schulsenatorin!

Die GEW Hamburg setzt sich dafür ein, dass es zu einem Termin mit der Schulsenatorin kommt, um die Bedingungen in der GBS und deren Entwicklungsmöglichkeiten auszuloten.

Erhöhung der Personalschlüssel in der GBS!

Der jetzige Personalschlüssel ist für die Aufgaben in der GBS nicht angemessen. Deshalb fordern wir als erste Schritte: Die Einbeziehung der Ausfallzeiten für Urlaub, Fortbildung und Krankenzeiten. Zusätzliche Personalstunden für I-Kinder auch für heilpädagogische Fachkräfte.

Keine Vertretungen bei Unterrichtsausfall!

Die zwei Modelle, die die Schulbehörde und die Sozialbehörde ausgehandelt haben, nämlich Arbeit mit zwei Arbeitsverträgen oder mit einem Dienstleistungsvertrag beim GBS-Träger, sind ungeeignet, um zu sinnvoller pädagogischer Arbeit und einem auskömmlichen Gehalt zu kommen. Sie

führen dazu, dass die pädagogischen Fachkräfte als billige Vertretungsreserve in den Schulen bzw. als Ersatzlehrkräfte genutzt werden. Aus unserer Sicht sollten Erzieher*innen der GBS zwingend am Vormittag in den Klassen zusätzlich eingesetzt werden, im Rahmen ihrer Ausbildung als Expert*innen für soziales Lernen.

Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Schule und GBS!

Gleichberechtigte Zusammenarbeit findet dann statt, wenn alle Berufsgruppen an den Schulen nicht mehr nur nebeneinanderher arbeiten. Die GEW-Betriebsgruppe Elbkinder verfolgt hierzu folgende Ansätze: Die Lernentwicklungsgespräche sollten gemeinsam von Schule und GBS vorbereitet und geführt werden. Der Klassenraum sollte nur im Konsens mit den pädagogischen Kolleg*innen umgebaut und eingerichtet werden. Dafür bedarf es der Festlegung verbindlicher Kooperationszeiten und ausreichend Personalstunden. Es braucht eine gleichberechtigte Beteiligung der pädagogischen Kräfte der GBS bei Planungen der Schule!

Bezahlbares Essen für alle Schulkinder!

Der Preis für das Schulessen ist wegen der Preissteigerungen und der Mehrwertsteuererhöhung auf 5,80 € pro Tag gestiegen. Es ist zu befürchten, dass viele Kinder vom Essen abgemeldet werden. Pädagogische Kräfte dürfen nicht dafür eingesetzt werden, diese Kinder zu selektieren und vom Essen abzuhalten. Ein solches Vorgehen würde die Bildungschancen der Kinder weiter verschlechtern. Die GEW-Betriebsgruppe Elbkinder setzt sich dafür ein, dass die Mehrwertsteuer für Schulpflege wieder auf 7 % gesenkt wird und dass die Schulbehörde dauerhaft mindestens 50 % der Verpflegungskosten übernimmt. Außerdem müssen die über das *Bildungs- und Teilhabepaket* laufenden Auszahlungen vereinfacht und im Voraus von der Sozialbehörde geleistet werden.

GEW-Ansprechpartner*innen

Sabine Lafrentz	0151 / 22523919		lafrentz@gew-hamburg.de
Varsenik Vardanyan	0151 / 67354273	040 / 41463327	vardanyan@gew-hamburg.de
Manfred Gedai (GBS)			gedai@gew-hamburg.de

Mit mehr Ressourcen gegen den Kita-Notstand

Bei der Betriebsversammlung der ›Elbkinder‹ am 18. April im CCH waren mehrere tausend Beschäftigte anwesend. Auch die GEW war mit einem Stand und der folgenden Rede unserer KIJU-Referentin Varsenik Vardanyan vor Ort:

Erzieher*innen haben einen Bildungs- und Erziehungsauftrag! Dabei sollte die reine Betreuung der Kinder passiv stattfinden und nicht im Vordergrund stehen. Deshalb brauchen Erzieher*innen eine Professionalisierungsstrategie sowie eine angemessene Personalfürsorge, damit eine gute Inklusion und eine positive Entwicklung der sozial-emotionalen Kompetenz der Kinder gewährleistet werden kann. Vor 20 Jahren wurde in Hamburg das Kita-Gut-scheinsystem eingeführt, doch nun bröckelt das System, denn die Kitas müssen aufgrund von Fachkräftemangel ihre Öffnungszeiten anpassen. Berufstätige Eltern haben zwar einen Anspruch auf mehr als fünf Stunden Betreuung, können so aber die tatsächlich beantragte Zeit nicht in Anspruch nehmen.

Die Ergebnisse der Studie des *Deutschen Kitaleitungskongresses* (DKLK) zeigen, dass mehr als 90 Prozent der befragten Kitas in den letzten 12 Monaten mit Personalunterdeckung gearbeitet haben. Das bedeutet: Der Stress- und Arbeitsdruck sowie die fachlichen Anforderungen steigen! Zahlreiche Fachkräfte arbeiteten schon in den vergangenen Jahren »nah an der persönlichen Leistungsgrenze«.

Eine knappe Personalsituation hat fatale Auswirkungen. Sie kann zu verletzendem Verhalten gegenüber Kindern führen: Kinder werden vernachlässigt, ihre Streitereien können nicht geklärt werden, pflegerischen Tätigkeiten kann nicht nachgekommen werden. Für die Kinder bedeutet dies einen Mangel an Verlässlichkeit: die Bindung und Beziehung zu ihren Erzieher*innen, aber auch untereinander leidet. Gleichzeitig ist ein Anstieg der Zahl von psychisch belasteten Kindern zu beobachten: Depressive Verstimmungen, Verhaltensauffälligkeiten und psychosomatische Beschwerden nehmen zu und können aufgrund der unzureichenden Betreuungssituation nicht früh genug erkannt werden.

Dass die Fachschulen aktuell sinkende Anmeldezahlen beklagen, ist kein Wunder, denn junge

Menschen werden durch diese Arbeitsbedingungen desillusioniert und sind erschüttert über die Rahmenbedingungen in den Kitas.

Deshalb sind unsere Forderungen an die Senatorin:

- Gestalten Sie die Ausbildung finanziell und inhaltlich attraktiver!
- Unterstützen Sie den Bereich der frühkindlichen Bildung stärker!
- Investieren Sie auch in die Qualität der Bildungseinrichtungen, lassen Sie Träger und Leitungen nicht im Stich!
- Erzieher*innen benötigen ausreichend Zeit für mittelbare pädagogische Arbeit – es müssen daher zusätzliche Personalkapazitäten geschaffen werden!

Was können die Einrichtungen tun, um den Erzieher*innen bessere Rahmenbedingungen zu ermöglichen?

Die Einrichtungen müssen multifunktionale Teams zulassen und fördern. Die Gruppenleitung darf nicht an Hilfskräfte übertragen werden. Nichtfachkräfte benötigen eine konsistente Anleitung und berufsbegleitende, qualifizierende Weiterbildungen. Nonformal und informell erworbene Kompetenzen sind zu berücksichtigen. Diese brauchen Zeit für Reflexion und gut geleitete Teamprozesse.

Teamarbeit heißt aber auch: Die pädagogischen Konzepte müssen partizipativ entwickelt und gelebt werden. Dafür braucht es gemeinsame Teamtage, Fortbildungen und angemessene Räumlichkeiten, die unabdingbar sind für eine professionelle Arbeit. Denn um eine fachliche Überforderung zu verhindern, brauchen wir starke Teams! ›Arbeit im Team‹ sollte im Kinderschutzkonzept verankert sein.

Damit diese gelingt, ist auch eine nachhaltige Stärkung der Motivation und des Selbstvertrauens der Fachkräfte wichtig. Sie müssen sich am Arbeitsplatz als Teil der Gemeinschaft fühlen und die



Solidarisch und unterstützend: Die Kolleginnen der GEW-Betriebsgruppe Elbkinder Kitas und GBS waren vor Ort

Zusammenarbeit im Kollegium als gut empfinden. Die Kolleg*innen brauchen Lob und Anerkennung für ihre Arbeit. Sie müssen aber auch befähigt werden, nach ihrer anspruchsvollen Arbeit abschalten zu können. Erzieher*innen brauchen ein Umfeld, in dem sie lernen können, mit Belastungen umzugehen – mit psychischen Belastungen durch Stress, die zu emotionaler Erschöpfung führen können, aber auch mit physischen Belastungen, wie sie durch häufiges Heben und Bücken oder dem starken Ausgesetztsein an Infektionserkrankungen entstehen.

Wir sagen: Je besser die Ressourcen, umso weniger Belastung!

Deshalb sind Gespräche im Team zu etablieren, die erörtern:

- Wie können wir Belastungen im Alltag minimieren?
- Wie können wir Resilienz-Entwicklung aktivieren?
- Wie können wir uns unterstützen und feinfühligere Interaktionen stärken?

Die GEW bietet etliche Seminare zu diesen Themen an: <https://www.gew-hamburg.de/seminare>.

VARSENİK VARDANYAN
Referentin für Kinder- und Jugendhilfe

Aufbruchstimmung in Hamburg

Auf dem Kinder- und Jugendhilfegipfel ›Tu was, Hamburg!‹ am 3. Mai 2024 haben die Teilnehmenden eine Resolution beschlossen, die sich gegen Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe richtet und weitere Forderungen an den Hamburger Senat und die Bundesregierung adressiert.

Mehr als 200 Personen aus allen Arbeitsfeldern der Jugendhilfe, diverse Vertreter*innen der Sozial- und Fachbehörden sowie Aktive aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Politik nahmen am Kinder- und Jugendhilfegipfel *Tu was, Hamburg!* an der *HAW Hamburg* teil. Auch bundesweit hat die Tagung Resonanz gefunden. Aufgerufen hatte das Bündnis *Tu was, Hamburg!*, bestehend aus diversen Landesarbeitsgemeinschaften und Verbänden der Kinder- und Jugendhilfe, den Fachabteilungen der Gewerkschaften *ver.di* und *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*, *Landesverband Hamburg (GEW)*, dem *Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH)* und dem *Sozialverband SoVD Hamburg* sowie Einzelpersonen und Einrichtungen aus der gesamten Jugendhilfe. Auf einem weiteren Gipfel will das Netzwerk einen Forderungskatalog



Wir werden nicht einfach tatenlos zusehen, wie mehr und mehr Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien in Armut abrutschen.

an Politik und Verwaltung vorlegen und diesen an politisch Verantwortliche der Stadt übergeben. »Die Zeit vor der Bürgerschaftswahl soll intensiv für einen Dialog genutzt werden«, erklärt Klaus Wicher, Vorsitzender des *SoVD Hamburg*. »Wir werden nicht einfach tatenlos zusehen, wie mehr und mehr Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien in Armut abrutschen.«

Das Programm aus Vorträgen und insgesamt acht Workshops lieferte Fakten, Hintergründe und Zusammenhänge, die fachliche Hilfe sein sollen, um die enormen Herausforderungen für Einrichtun-

gen und Institutionen zu meistern und zu einem gemeinsamen Berufsverständnis zu kommen. In der Abschlussrunde brachten die Anwesenden ihre Bereitschaft zum Ausdruck, ein noch breiteres Netzwerk aufzubauen und verabschiedeten mit überwältigender Mehrheit eine Resolution, die Grundlage der weiteren Arbeit sein soll (siehe die folgenden Seiten dieser *hlz*). Protest- und Veranstaltungsformate sollen in den diversen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe entwickelt werden. Alle Ergebnisse und Referate werden in Kürze auf der Seite www.tu-was-hamburg.de/ veröffentlicht. Der bundesweit anerkannte Jugendhilfexperte Wolfgang Hammer mahnte in seinem Vortrag an, dass die einstimmig beschlossenen 70 Empfehlungen der Enquete-Kommission nunmehr endlich von Senat schrittweise umgesetzt werden müssen, da die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland geltendes Recht ist. Das Kindeswohl hat Vorrang. Zudem sind Kinder, Jugendliche sowie ihre Eltern an allen Entscheidungen und Planungen zu beteiligen. Das ist zurzeit nicht der Fall.

Dr. Elke Alsago, Leiterin der *Bundesfachgruppe Erziehung, Bildung & Soziale Arbeit* von *ver.di*, präsentierte Ergebnisse einer bundesweiten Studie der Gewerkschaft. Darin gab es nicht nur dramatische Befunde der Not der Beschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe, sondern sie verwies auch auf den Zusammenhang von übermäßiger Arbeitsbelastung durch Personalmangel und dem Auftreten von physischer und psychischer Gewalt in Jugendhilfeeinrichtungen, wenn zum Beispiel keine Pausen genommen werden (können).

Moritz Schwerthelm, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der *Fakultät für Erziehungswissenschaft* der *Universität Hamburg*, plädierte dafür, in Kooperation für die bedarfsgerechte Finanzierung der Felder bedingungsloser Selbstorganisation und Bildung und der gesamten Kinder- und Jugendhilfe zu streiten.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge (emeritiert), Armutsforscher und bis 2016 Professor an der *Humanwissenschaftlichen Fakultät* der *Universität zu Köln*, betonte in seinen Ausführungen, dass gegen-



Für Sozial- und Bildungsinvestitionen statt Reichenpolitik, gefordert auch auf der Hamburger 1. Mai-Demo ›Wir haben die Scheiße so satt‹ des Bündnisses ›Wer hat, der gibt‹

wärtig die schädlichen Folgen von Armut verharmlost und der enorme Reichtum, der sich auf wenige Personen konzentriert, verschleiert wird. Er zeigte die Ursachen für diese Entwicklung auf und machte deutlich, inwiefern sie eine Gefahr für die Demokratie bedeuten und den Aufstieg der AFD begünstigen. Er mahnte eine andere Steuerpolitik an und kritisierte die derzeit geltende »Schuldenbremse«.

»In der Versammlungsstätte der HAW lag am 3. Mai Aufbruchstimmung in der Luft. Es gab bei den Teilnehmenden ganztägig ein breites Interesse und einen stark geäußerten Wunsch nach mehr Kooperation und grundlegender Veränderung in allen Bereichen, die zusammen die Jugendhilfe bilden«, so Elke Wolfram, Fachvorstand *Erziehung, Bildung & Soziale Arbeit ver.di Hamburg*.

»Die dort Versammelten wollen in einem erweiterten Netzwerk weiterarbeiten und ab Herbst einen weiteren Gipfel vorbereiten, bei dem auch die Sozialbehörde einbezogen werden soll. Diese war mit einer Reihe von Abteilungsleitungen und Projektleitungen vor Ort und der begonnene Dialog soll fortgesetzt werden«, betonte Matthias Stein von der *Landesarbeitsgemeinschaft der Allgemeinen Sozialen Dienste Hamburg (LAG ASD)*.

»Die beschlossene Resolution richtet sich gleichermaßen an die Bundesregierung, den Hamburger Senat und weitere politisch Verantwortliche sowie die Kolleg*innen in der Jugendhilfe und alle Hamburgerinnen und Hamburger, die zum Engagement für die Umsetzung der Forderungen aufgerufen werden«, erläuterte Sabine Lafrentz von der *GEW-Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe* und Florian Muhl, Mitglied im Landesvorstand der *GEW Hamburg*.

»Es war ein kraftvoller und motivierender Moment, mit Kolleg*innen gemeinsam die Resolution zu beschließen und damit in einen fachpolitischen Prozess einzusteigen, der eine grundlegende Verbesserung der Kinder- und Jugendhilfe zum Ziel hat«, so das Resümee von Fabienne von Hohenthal, *Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg (VKJHH)*.

Dafür, die gemeinsamen Interessen auch gemeinsam in die Hand zu nehmen, ist ein Anfang gemacht! Es werden weitere Veranstaltungen und Gipfel folgen.

BÜNDNIS ›TU WAS, HAMBURG!‹, 7. Mai 2024

Tu was, Hamburg!

Die Resolution des Kinder- und Jugendhilfegipfels am 3. Mai 2024

Zur aktuellen Situation

Die aktuelle gesellschaftliche Lage ist geprägt von einer dramatischen Verschärfung sozialer Ungleichheit, welche sich auch auf die Kinder- und Jugendhilfe auswirkt. Die Budgets für Jugendhilfe, Bildung und Soziales stehen unter dem Druck von Schuldenbremse, Inflation und steigenden Ausgaben für militärische Aufrüstung. Finanzminister Christian Lindner forderte im Februar 2024 ein mehrjähriges Einfrieren der Sozialausgaben und Subventionen, um mehr in das Militär investieren zu können. So sollen etwa die Kita-Investitionsprogramme für 2025 gestrichen werden, obwohl im Bundesgebiet mehrere hunderttausend Kita-Plätze fehlen. Wir lehnen diese »sozialpolitische Zeitenwende« (C. Butterwege) ab!

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft. Armut und soziale Ungleichheit stehen dem jedoch vielfach entgegen. Die Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ist in Deutschland in Familien, die von auskömmlichen Einkommen und Bildungszugängen ausgeschlossen werden, dramatisch hoch. Mehr als jedes fünfte Kind (21,8 %) ist in Deutschland laut dem *Paritätischen Armutsbericht 2024* betroffen. In Hamburg ist die Armutsgefährdungsquote für unter 18-Jährige mit 26,3 % im Vergleich zum Vorjahr (21,0 %) sogar noch höher.

Die konkreten Auswirkungen dieser Situation hat die *AG § 78 Altona* jüngst in dem Offenen Brief *Hungrige Besucher*innen – Armut in Hamburger Familien* geschildert und an den *Landesjugendhilfeausschuss* und die *Sozialbehörde* adressiert. Darin wird auf den hohen Bedarf an Essensversorgung in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und auf die zusätzliche finanzielle sowie organisatorische Mehrbelastung hingewiesen. Die Kolleg*innen stellen fest, dass sie an ihre personellen und finanziellen Grenzen gelangen und fordern die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen.

Dies gilt für alle Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe: von der Offenen Kinder- und Jugendarbeit über die pädagogische Betreuung in Kindertageseinrichtungen, bei der Familienförderung bis hin zum Kinder- und Jugendnotdienst und den Allgemeinen Sozialen Diensten. Die Bedingungen in diesen Arbeitsfeldern sind vielfach geprägt durch Überlastung, Fachkräfte- und Stellenmangel, starke

Personalfuktuation und hohen Krankenstand, strukturelle Unterfinanzierung, mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten an einer kindorientierten Jugendhilfeplanung, fremdbestimmte Arbeitsverdichtung, übermäßigen Kontrolldruck und eine inhaltliche Ausrichtung auf Effizienz und Anpassung.

So ist es kaum noch möglich, wirksam zur Verhinderung, Lösung oder zumindest Minderung der sozialen Probleme von Kindern, Jugendlichen, jungen Menschen und Familien beizutragen. Doch eine gut ausgebaute und verlässlich finanzierte soziale Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien sowie eine gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit sind grundlegend für die Umsetzung der Kinder- und Jugendrechte, für eine gelingende Inklusion und die Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft! Denn die Freiheit frei zu sein bedeutet, zuallererst, »nicht nur von Furcht, sondern auch von Not frei zu sein« (Hannah Arendt).

Forderungen

Wir setzen uns für die Realisierung einer Sozialen Arbeit ein, die im Sinne ihrer weltweit anerkannten Definition durch die *International Federation of Social Workers (IFSW)* auf den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechte, gemeinsamer Verantwortung und Achtung der Vielfalt fußt.

Von Bundesregierung, dem Hamburger Senat und weiteren politisch Verantwortlichen fordern wir:

- Investitionen in den Sozialstaat statt für Militarisierung!
- Keine versteckten oder direkten Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe!
- Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die Bekämpfung von Kinderarmut und jugendlicher Wohnungslosigkeit als vordringliche Maßnahmen!
- Die Aufnahme der Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention in das Grundgesetz!
- Ein Verbot von freiheitsentziehenden Maßnahmen und geschlossener Unterbringung in der Jugendhilfe!
- Mehr offene, inklusive, barrierefreie und niedrigschwellige Zugänge zu pädagogischen und sozialen Einrichtungen und Institutionen!
- Den Ausbau der Offenen Kinder- und Jugendar-

beit, der Familienförderung und der Jugendsozialarbeit, insbesondere in Gebieten mit sehr wenigen Einrichtungen oder in denen viele Menschen in Armut leben! Der Personalmindeststandard muss zwei Vollzeitstellen betragen und die drastische Unterfinanzierung der Angebote der Offenen Arbeit muss überwunden werden!

- Mindestens eine Verdopplung des entsprechenden Etats in Hamburg von derzeit 30 Mio. Euro auf 60 Mio. Euro und zusätzlich eine kontinuierliche Anpassung weiterer Mehrbedarfe!
- Die Umsetzung des gesetzlich verankerten Rechts auf Beteiligung (SGB VIII § 8 und § 4a) von Kindern und Jugendlichen an der Jugendhilfeplanung z. B. durch die Einrichtung von Kinder- und Jugendbeiräten mit Verfügungsrechten über eigene Budgets in allen Bezirken!
- Die Stärkung und den Ausbau von unabhängigen Beratungseinrichtungen wie Ombudsstellen!
- Eine angemessene Ausbildungsvergütung und die faire Bezahlung von Honorarkräften!
- Die Einführung des Zeugnisverweigerungsrechts in der Sozialen Arbeit!
- Die Einführung einer 35-Stunden-Woche in der Sozialarbeit mit höherem Einstiegsgehalt und die Mitnahme der Einstufung bei neuen Arbeitsverträgen!

An Kolleg*innen und Verbände

Wir rufen alle Kolleg*innen dazu auf, sich gemeinsam (fach-)politisch für diese Forderungen stark zu machen. Vernetzen und organisieren wir uns, damit es nicht zur Individualisierung von Ressourcenengpässen kommt, denn es handelt sich hierbei um ein strukturelles Problem. Für die Durchsetzung unserer Forderungen braucht es einen öffentlichen Diskurs über die Bedeutung der verschiedenen Arbeitsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe und die negativen Folgen der Unterfinanzierung für Mitarbeitende und Nutzer*innen, aber auch gesamtgesellschaftlich.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten (fach-)politisch aktiv zu sein, z. B. durch die Beteiligung an Gremien, die Unterstützung gewerkschaftlicher Kämpfe oder die Beteiligung an (selbstorganisierten) Interessensvertretungen. Dort können diese Forderungen thematisiert und Veränderungen durchgesetzt werden. Unterstützen wir gemeinsam die Forderungen der verschiedenen Arbeitsbereiche! Lernen wir voneinander, um mit vereinten Kräften noch besser in Verhandlungen gehen zu können – ohne uns dabei gegeneinander ausspielen zu lassen.

Ausblick

Der Kinder- und Jugendhilfegipfel soll Auftakt weiterer Aktivitäten sein, um diese Forderungen zu verwirklichen sowie die Vernetzung und Weiterentwicklung des Handlungsfeldes der Kinder- und Jugendhilfe voranzubringen.

Wir rufen alle Menschen in Hamburg dazu auf, sich mit uns und den oben genannten Forderungen zu solidarisieren und sich mit für ihre Umsetzung zu engagieren!

Wir ermutigen alle dazu, sich kritisch über die bevorstehenden Bezirksversammlungs- und EU-Parlamentswahlen am 9. Juni zu informieren, nach Möglichkeit daran zu beteiligen und der AfD und anderen rechten Kräften keine Chance zu geben – für eine solidarische Entwicklung der Gesellschaft!

HAMBURG, 3. Mai 2024



Läuft!

Zur Halbzeit der laufenden Erhebungen hat das Projektteam der von der GEW Hamburg mitverantworteten Arbeitszeit- und Belastungsstudie Dr. Frank Mußmann, den Leiter der Studie, interviewt

Wie zufrieden sind Sie mit dem bisherigen Verlauf der Hamburger Studie?

Frank Mußmann: Wir sind mit dem bisherigen Verlauf sehr zufrieden. Wenn bis zum Ende der Sommerferien alles so weiterläuft, werden wir für die meisten Fragestellungen auf ausreichend Datensätze für eine belastbare Auswertung zurückgreifen können!

Deutlich über 1.000 Lehrkräfte dokumentieren inzwischen regelmäßig und differenziert ihre Arbeitszeit. Wichtig ist, dass sie uns gegenüber auch die Wochen als vollständig und korrekt bestätigen. Auf diese Weise entsteht eine (anonyme) Datenbank mit hoher Datenqualität. Aus wissenschaftlicher und methodischer Perspektive eine ganz wichtige Grundlage der dann folgenden Auswertung. – Und auch unter Mobilisierungsaspekten ist die Studienbeteiligung ein ganz großer Erfolg, für den wir uns bei allen Beteiligten herzlich bedanken! Ein besonderer Dank geht an alle Multiplikator*innen, ohne deren Engagement die Durchführung der Studie nicht in dieser Qualität möglich wäre!

Es gibt übrigens eine weitere Gruppe von Lehrkräften, die bereits fleißig Zeiteinträge gesammelt haben, aber nur unregelmäßig vollständige Wochen eingebracht und bestätigt haben. Da hoffen wir, dass in dieser Gruppe die Beteiligung noch regelmäßiger wird, sodass am Ende pro User genügend bestätigte Wochen zusammenkommen – denn nur diese Wochen können schließlich in die Endauswertung eingehen.

Darüber hinaus haben sich einige hundert Personen nur einmal im Tool umgeschaut, ohne jemals Arbeitszeiten zu erfassen, aber das ist erwartbar und völlig normal. Gelegentlich bekommen wir geradezu entschuldigende Rückmeldungen, dass die betreffenden Personen es aufgrund ihrer unterrichtlichen oder sonstigen Belastungen einfach nicht schaffen würden, mit der Erfassung zu starten oder durchzuhalten. – Dafür haben wir natürlich Verständnis. Wir sind allen teilnehmenden Lehrkräften höchst dankbar, dass sie sich regelmäßig

die Zeit nehmen um einzutragen. Das ist eine wertvolle Ressource, die hier in die Dokumentation und Erforschung der Arbeitsbedingungen eingebracht wird!

Sie führen Ihre sechste Arbeitszeitstudie diesmal in Hamburg durch. Welche Besonderheiten haben Sie hier angetroffen?

Die Besonderheiten in Hamburg liegen natürlich im Hamburger Arbeitszeitmodell, das ja ein Alleinstellungsmerkmal in Deutschland darstellt. Insofern handelt es sich hier quasi um einen ›weißen Fleck‹ auf der Forschungslandkarte, den wir nun bestrebt sind auszufüllen. Das seit zwanzig Jahren gültige Faktorenmodell ist auch methodisch eine Herausforderung – nicht zuletzt werden alle teilnehmenden Lehrkräfte schon gemerkt haben, wie differenziert die Erfassung der SOLL-Werte (WAZ) bei den Vertragsdaten ist. An dieser Stelle wird die Analyse besonders spannend, auch wenn wir Stand heute noch nicht erkennen können, ob wir hier feingliedrig oder doch eher aggregierend werden analysieren können. Spannend!

Übrigens lassen Sie mich hier noch eine Bitte an all diejenigen richten, die die laufende Vertragsdaten-Bestätigung noch nicht abgeschlossen haben: Bitte schließen Sie die Soll-Erfassung noch ab, da wir sonst für Ihre Daten keinen validen IST- SOLL-Vergleich machen können.

Zu den Besonderheiten dürfte gehören, dass wir voraussichtlich NICHT von einem einheitlichen Faktorenmodell werden sprechen können. Die Analyse steht ja noch aus, aber es sieht derzeit auf der Grundlage der Serviceanfragen so aus, als wenn es eine Vielzahl schulspezifischer Lösungen gibt, die am Ende eine differenzierte Faktorenanalyse erschweren oder gar verhindern könnten.

Mit der Arbeitszeitstudie führen Sie zugleich eine Belastungsbefragung durch. Warum haben Sie dabei besonders die Digitalisierung in den Fokus genommen?



Sie laufen und zählen: Engagierte und Unterstützer*innen des Projektteams der Hamburger Lehrkräfte-Arbeitszeitstudie auf der DGB-Demonstration zum 1. Mai 2024

›Digitaler Stress‹ ist ein erst in den letzten Jahren hinzugekommener, also neuer und zusätzlicher Risikofaktor, den zu beobachten immer wichtiger wird. Und die Digitalisierung ist eine der größten und vielleicht wichtigsten Herausforderungen des aktuellen Schulsystems. Wir wissen, dass es in Deutschlands Schulen eine große Streuung bei der Umsetzung, konkret bei der sog. ›digitalen Reife‹ gibt. Wir wissen bereits, dass die Qualität der schulischen Medienbildungskonzepte sowie der digitalen Infrastruktur einen bedeutenden Einfluss auf die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler und ebenso auf die beruflichen Entwicklungschancen von Lehrkräften hat. Deshalb wollen wir natürlich wissen, wie der Stand der Digitalisierung an Hamburger Schulen vonseiten der Lehrkräfte eingeschätzt wird und in welcher Weise mögliche Defizite sich belastend auswirken oder Trends verschärfen.

Auch wie die ausgegebenen digitalen Dienstgeräte in der Praxis angenommen werden, ist eine spannende Forschungsfrage, die es aufzuklären gilt.

Die Belastungsbefragung haben wir auf zwei Zeitpunkte aufgeteilt. Die erste Befragung hat einen Schwerpunkt bei neuen und zusätzlichen Aufgaben, Digitalisierung und Gesundheit. Die abschließende Befragung im Sommer wird die klassischen Belastungen in der Schule ins Zentrum stellen.

Abschließend die Bitte, wenn noch nicht geschehen, die Vertragsdaten zu kontrollieren und zu bestätigen – ohne korrektes und geprüftes SOLL ist die Qualität der damit zu vergleichenden Zeiteinträge nur von ungewisser Qualität.

Vielen Dank für dieses Gespräch, Herr Dr. Mußmann!

Das Interview wurde geführt vom PROJEKTTEAM DER HAMBURGER ARBEITSZEIT- UND BELASTUNGSSTUDIE und erschien zuerst im Arbeitszeitstudie-Newsletter #6.

Berufsverbote wegen Gesellschaftskritik?

Hochschulen und Kultusministerien schließen kritische Bildung und Wissenschaftler*innen aus

Aktuell sind zwei sozialistische und gewerkschaftlich organisierte Kollegen von Berufsverboten betroffen. Zum einen verweigert die *Hessische Lehrkräfteakademie* stellvertretend für das *Kultusministerium* des Landes dem angehenden Lehrer Luca seit Juli 2023 die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst. Zum anderen hat die *Technische Universität (TU) München* im August 2022, trotz Zusage der zuständigen Lehrstuhlinhaberin Prof. Dr. Liqiu Meng, die Anstellung des Geographen Benjamin Ruß als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kartographie und visuelle Analytik untersagt.

»Nicht einstellungsfähig«?

Die beiden Fälle sind unterschiedlich gelagert, aber gleichermaßen dubios und politischen Charakters. Dem aktiven GEW-Mitglied Luca, der noch bis zu den Sommerferien 2024 als Lehrer an der *Integrierten Gesamtschule Süd* in Frankfurt am Main angestellt ist und eigentlich bereits das Referendariat hatte aufnehmen wollen, unterstellte die Staatsanwaltschaft einen »tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit Landfriedensbruch«. Konkret soll er bei einer 1. Maidemonstration im Jahr 2021 einen »Rauchtopf in Beinhöhe« in Richtung einer Gruppe Polizisten geworfen haben.

Der vor Gericht vernommene Polizist verstrickte sich zwar in Widersprüche. Auch das Video zur Demonstration belegt den Tatvorwurf nicht. Luca gab zu Protokoll, dass er den Rauchtopf weggeworfen habe, ohne darauf zu achten, wo er landet. Er wollte eine am Boden liegende, verletzte Person schützen, neben der sich der besagte Topf entleerte.

Dennoch verurteilte das Amtsgericht Frankfurt am Main ihn im Mai 2023 zu einer Bewährungsstrafe. Luca hätte »vorsätzlich« die Polizeikräfte »erheblich vernebelt« und ihnen »die Sicht genommen«. Unter Berufung auf das Urteil hält die zuständige Behörde an seinem Ausschluss vom Vorbereitungsdienst fest. Juristisch bleibt ihm jetzt nur noch, die beiden Hauptverfahren vor dem Oberlandesgericht

und vor dem Arbeitsgericht abzuwarten. In der Zwischenzeit – mindestens mehrere Monate, möglicherweise mehrere Jahre – wird er seinen Beruf nicht ausüben können.

Während die *Hessische Lehrkräfteakademie* Luca auf Basis die Verurteilung zu einer Vorstrafe nutzte, um ihn als »nicht einstellungsfähig« zu stigmatisieren, bemüht die *TU München* unverblümt politische Argumente, um dem ver.di-Mitglied Benjamin Ruß den Zugang zu einem Job im öffentlichen Dienst vorzuenthalten – unter tätiger Mithilfe des Verfassungsschutzes.

Keine Kritik an den Verhältnissen erlaubt

Nachdem der Geoinformatiker und seine potenzielle neue Chefin im Februar 2022 die Einstellungsunterlagen bei der Universität eingereicht hatten, meldete sich die zuständige Personalabteilung bei ihm. Ruß hatte den in Bayern und Baden-Württemberg obligatorisch auszufüllenden *Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue* wahrheitsgemäß ausgefüllt. Die Personalabteilung nahm Anstoß an seinen Angaben zu seiner früheren Mitgliedschaft bei *DieLinke.SDS*, dem Studierendenverband der Partei *Die Linke*, und seiner aktuellen Mitgliedschaft in der *Roten Hilfe*. Daraufhin kontaktierte sie das *Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz*, das der Universitätsverwaltung offenbar weitere Anschuldigungen an die Hand gab, etwa dass Ruß 2015 die Proteste in München gegen das G7-Treffen auf Schloss Elmau in der oberbayerischen Provinz mitorganisiert habe.

Nach einigem Hin und Her, eine sechsstufige Stellungnahme von Ruß zu den Anwürfen inbegriffen, erhielt er schließlich im August statt eines Arbeitsvertrags ein Schreiben des Kanzlers der TU, Albert Berger. Dessen Quintessenz: Eine Einstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter könne »nicht erfolgen«. Als Begründung verweist Berger auf die genannten Mitgliedschaften und die Beteiligung an den Anti-G7-Protesten, die Nutzung von Begriffen kritischer Gesellschaftstheorie, Artikel auf dem Internetportal *klassegegenklasse.org* und eine mut-

maßliche Beteiligung an einem Angriff auf einen Polizisten im Jahr 2016.

Dieser »Angriff« ist eine Fiktion, von deren Untersuchung nachweislich selbst die Staatsanwaltschaft München der involvierten Polizei abriet, weil Ruß von den Beamten alles andere als glimpflich traktiert worden war. Bleiben das politische Engagement, die Verwendung »klassischer Begriffe wie Faschismus, Rassismus, Kapitalismus« und die Unterstellung, für »eine sozialistische oder kommunistische Gesellschaftsordnung« einzutreten. Das ist alles politisch links, daraus macht auch Ruß keinen Hehl. Aber Gründe für den Ausschluss vom öffentlichen Dienst sind es nicht – es sei denn man will nicht, dass Linke den Staatsdienst antreten.

Ruß' Lesart der Ereignisse: Die »Gesinnungsschnüffelei« solle »jegliche Kritik der Verhältnisse von der Uni fernhalten«. Zuflucht hat er vorübergehend am *Institut National de Recherches Archéologiques* in Luxemburg gefunden. Aber ebenso wie Luca lässt sich Ruß nicht abspesen: Unterstützt vom ver.di-Rechtsschutz und vertreten von der Bundesjustizministerin a. D., Herta Däubler-Gmelin, klagt er gegen den Beschluss der *TU München*. Der zweite Verhandlungstag ist für Juli 2024 angesetzt.

Die Rückkehr der Regelanfrage

Schon vor diesen beiden Fällen hat es in den vergangenen Jahren immer wieder Berufsverbote gegeben. Dem Lehrer Michael Csaszköczi wurde etwa wegen seiner Mitgliedschaft in einer antifaschistischen Initiative zwischen 2004 und 2007 die Einstellung in den Schuldienst verwehrt. Der Kommunikationswissenschaftler Kerem Schamberger musste 2016 erst juristisch und politisch aktiv werden, bevor sich die *Ludwig-Maximilians-Universität München* über das Plädoyer des *Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz* hinwegsetzte, ihn nicht als Doktorand anzustellen. Der Vorwurf: Er bezeichne sich als »Kommunist«.

Es handelt sich also nicht um Einzelfälle. Nun besteht die Gefahr, dass weitere hinzukommen: Unter dem Vorwand, die AfD und »Extremismus« bekämpfen zu wollen, prüfen derzeit mehrere Bundesländer, die sogenannte Regelanfrage beim Verfassungsschutz wieder einzuführen. Damit wurde nach dem Radikalerlass der SPD-FDP-Koalition 1972 die Praxis bezeichnet, Anwärter*innen auf Tätigkeiten im öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz standardisiert überprüfen zu lassen. Innerhalb weniger Jahre wurden damals 3,5 Millionen Kontrollen vorgenommen, 11.000 Verbotsverfahren eingeleitet und rund 1.500 Verbote verhängt.



Unter dem Vorwand, Verfassungskonformität sicherzustellen, geht es bei den Berufsverboten und den Überprüfungen durch den Verfassungsschutz darum, Einfluss auf die politischen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft zu nehmen, Mitgliedern sozialkritischer Gruppen den Zugang zum Staat zu erschweren und disziplinierend in Staatsapparate wie Schulen und Universitäten hineinzuwirken.

Heute konsultiert Bayern seinen Inlandsgeheimdienst bereits automatisch zwecks Treuechecks von Richter*innen und Staatsanwält*innen. Potenzielle Staatsdiener*innen anderer Professionen sind im Freistaat verpflichtet, den erwähnten Fragebogen zu ihrer »Verfassungstreue« auszufüllen – ein smartes Update der Regelanfrage. Andere Bundesländer wollen sich damit nicht begnügen. Brandenburgs rot-schwarz-grüne Regierungskoalition beschloss jüngst die Wiedereinführung der allgemeinen Überprüfung für Beamte – angeblich auch wegen der real existierenden rechten Netzwerke in der Polizei.

Historische Kontinuität: Kampf gegen links

Die unselige deutsche Geschichte der Berufsverbote vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik zeigt jedoch, dass sich diese mitnichten gegen die politische Rechte gerichtet haben oder gar deren Einfluss in den Staatsapparaten und auf die Bevölkerung eingeehrt hätten. Einzelnen Faschist*innen mag dadurch die Arbeit im Staat versagt worden sein. Aber in der Gesamtschau waren Berufsverbote vor allem ein politisches Mittel zur Bekämpfung sozialistischer und kommunistischer Organisationen, Bewegungen und Aktivist*innen.



**BERUFSSVERBOTE WEGEN
GESELLSCHAFTSKRITIK?**

Wie Hochschulen und Kultusministerien kritische
Bildung und WissenschaftlerInnen ausschließen

MIT DEN BETROFFENEN BENJAMIN RUß UND LUCA

**Donnerstag, 30. Mai 2024,
18:30 Uhr, Geomatikum, H6,
Uni Hamburg, Bundesstraße 55**

DIE VERANSTALTUNG WIRD UNTERSTÜTZT VON:



Nach dem zweiten Weltkrieg wurden zum Beispiel nicht die ehemaligen NS-Funktionäre um ihre Positionen gebracht, politisch diskreditiert und juristisch kriminalisiert. Im Gegenteil, sie bauten ja unter anderem den Verfassungsschutz und die Bundeswehr maßgeblich mit auf. Tatsächlich richteten sich die Einschränkungen infolge der Gesinnungsprüfung gegen aktive und ehemalige Mitglieder und Sympathisant*innen der *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP), der sogenannten K-Gruppen, außerparlamentarischer Initiativen und vereinzelt sogar gegen linke Sozialdemokrat*innen.

Unter dem Vorwand, Verfassungskonformität sicherzustellen, geht es bei den Berufsverböten und den Überprüfungen durch den Verfassungsschutz darum, Einfluss auf die politischen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft zu nehmen, Mitgliedern sozialkritischer Gruppen den Zugang zum Staat zu erschweren und disziplinierend in Staatsapparate

wie Schulen und Universitäten hineinzuwirken. Darüber hinaus hängen die Maßnahmen auch von der sozialhistorischen Konstellation und Konjunktur ab: Der Radikalenerlass war nach 1968 und unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz in Westdeutschland vor allem dazu gedacht, Grenzen des politisch Akzeptablen gegenüber der Linken zu ziehen. Heute handelt es sich eher um präventive Ausgrenzung und um eine Homogenisierung des bürgerlichen Lagers nach innen in einer anhaltenden ökonomischen und politischen Krisensituation, bei sich zuspitzenden Widersprüchen auf Weltebene.

Dass es keineswegs darum geht, die Öffnung der Gesellschaft nach rechts einzuhegen, zeigen auch zwei prominente zeitgenössische Beispiele. AfD-Gründer Bernd Lucke kann weiterhin problemlos als Professor in der Volkswirtschaftslehre der *Universität Hamburg* Wachstum predigen. Und

die *Universität Köln* befand jüngst, dass der Jurist Ulrich Vosgerau weiterhin als Privatdozent lehren dürfe. Dabei hatte dieser im Januar beim medial breit diskutierten Treffen von Unternehmer*innen, AfD-Mitgliedern und -Sympathisant*innen sowie Aktivisten der *Identitäten Bewegung* in Potsdam teilgenommen, bei dem die Massendeportation von Flüchtlingen beraten wurde.

Protest und Solidarität nötig

Dass die Aussichten für Luca und Benjamin Ruß nicht rosig sind, hält sie nicht davon ab, sich gegen ihre Kriminalisierung zur Wehr zu setzen. Beide befinden sich bereits in langwierigen juristischen Auseinandersetzungen mit ungewissem Ausgang. Dafür erhalten sie auch öffentliche und gewerkschaftliche Unterstützung. Die ver.di-Betriebsgruppe München organisierte bereits eine Veranstaltung mit Ruß. Die Betriebszeitung der *TU München* berichtete über das Berufsverbot und verschiedene Medien haben ihm eine Plattform geboten, um seine Sicht der Dinge darzulegen.

Für Luca gibt es starken Rückhalt aus seiner Gewerkschaft sowie teils von Schüler*innen und Eltern der Schule, an der er aktuell noch angestellt ist. Die Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen hat sich mit einem Beschluss hinter ihren Kollegen gestellt. Unter anderem ruft sie auch dazu

auf, die Petition *Luca muss Lehrer bleiben! Solidarität mit Luca - Gegen Berufsverbote!* zu unterzeichnen, die aktuell (Anfang Mai 2024) von mehr als 5.000 Menschen unterschrieben worden ist.

Damit die beiden Kollegen Erfolg haben und in Zukunft nicht weitere Fälle folgen, werden diese wertvollen Initiativen jedoch nicht ausreichen. Es wird Solidarität mit den Kollegen und weitere sowie stärkere Proteste gegen die Wiederkehr der Berufsverbote brauchen, damit Gesellschaftskritik in Zivilgesellschaft und Staat nicht weiter marginalisiert wird.

Bei einer Veranstaltung an der Universität Hamburg wird es Gelegenheit geben, diese und andere Probleme zu diskutieren. Am Donnerstag den 30. Mai, ab 18.30 Uhr werden die beiden Betroffenen im Hörsaal H6 des *Geomatikums* (Bundesstraße 55) ihre Geschichten erzählen und im Anschluss Rede und Antwort stehen.

CHRISTIAN STACHE

Die Petition *Luca muss Lehrer bleiben!* findet sich hier: <https://www.change.org/p/luca-muss-lehrer-bleiben-solidarit%C3%A4t-mit-luca-gegen-berufsverbote>.

Radikalenerlass 2.0?

Brandenburg und Sachsen überprüfen Beamtinnen und Beamte wieder auf ihre Treue zum Grundgesetz. Die Deutungshoheit hat dabei der Verfassungsschutz. Auch für Baden-Württemberg liegt ein solcher Vorstoß vor. Das weckt unguete Erinnerungen.

Nach Veröffentlichung im *Brandenburger Amtsblatt* kann der Radikalenerlass ab September nach über 52 Jahren wieder fröhliche Urständ feiern – und dies in verschärfter Form als Gesetz. Die SPD/CDU/Grüne-Koalitionsmehrheit in Brandenburg hat die großen Demonstrationen gegen rechts in diesem Frühjahr für ihre Zwecke genutzt: Nach fünf Jahren Anlauf ließ sie, passend zum bevorstehenden 75. Jahrestag des Grundgesetzes am 22. Mai, am 26. April 2024 einen sogenannten »Verfassungstreue-Check« für Beamtinnen und Beamte endgültig verabschieden.

Zuvor hatte die Koalition von CDU/Grüne/SPD in Sachsen am 20. März ein »Gesetz zur Verfassungstreue« durch den Landtag gebracht. Dort erfolgt jetzt bei Einstellungen in den Polizei- und Justizvollzugsdienst eine Prüfung per »Regelabfrage

beim Verfassungsschutz«, ob die Betroffenen »auf dem Boden der Verfassung stehen«.

Bei früheren von Radikalenerlass und Berufsverbot Betroffenen weckt das Erinnerungen. In Baden-Württemberg hatte die Landesregierung am 2. Oktober 1973 den »Schiess-Erlass« in Kraft gesetzt. Unter Innenminister Karl Schiess (CDU) entschied sich der Südwesen für eine besonders scharfe Umsetzungs-Variante des im Jahr zuvor auf Bundesebene ergangenen Radikalenerlasses. Und nun ließ sich in »the Länd« der Vizechef der Grünen-Landtagsfraktion, Oliver Hildenbrand, am 7. April 2024 von der *Stuttgarter Zeitung* folgendermaßen zitieren: »Vor der Einstellung ... soll künftig ein »verdachtsunabhängiges Prüfverfahren« zum Einsatz kommen – die Regelanfrage beim Verfassungsschutz. Als »zusätzlicher Baustein« im

Auswahlverfahren taue der ›Verfassungstreuecheck‹.« Dabei sprach er von »Einstellungen in den Polizeidienst« und »Rechtsextremismus«. Die Reaktion des Sprechers des CDU-geführten Innenministeriums fiel reserviert aus: »Eine Regelanfrage sei nicht geplant. Thomas Strobl gehe streng gegen Rechtsextremismus vor.«

Ehemals Betroffene bis heute nicht entschädigt

Auch der Kommentator der Zeitung sah sich bei Hildenbrands Vorstoß an den Radikalenerlass erinnert. Alle, die sich für den Öffentlichen Dienst bewarben, wurden bis in die 1980er-Jahre einer Regelanfrage beim Inlandsgeheimdienst, genannt Verfassungsschutz, unterworfen. Bundesweit wurden damals offiziell über 1.500 Linke nicht eingestellt oder entlassen – weit mehr als Rechte. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat 1995 in einem Urteil festgestellt, dass damit rechtswidrig Grundrechte missachtet wurden. Auch die UN-Sonderorganisation ILO (*International Labour Organization* – Internationale Arbeitsorganisation) hatte die Berufsverbote 1986 als Verstoß gegen Grundnormen des internationalen Arbeitsrechts bewertet.

Die Betroffenen kämpfen bis heute um Rehabilitierung und Entschädigung. In Baden-Württemberg werden sie vor allem von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) ausgebrems¹. Nach Gemeinderats-Beschlüssen 2023 in Heidelberg, Konstanz, Tübingen und Mannheim² liegt seit Ende Februar auch im Stuttgarter Gemeinderat ein solcher Antrag vor, eingebracht von der Fraktionsgemeinschaft *Die FrAktion* und der SPD. Auch hier werden Landesregierung und Landtag aufgefordert, den Forderungen der Betroffenen nachzukommen. Im März und April stand der Antrag nicht auf der Tagesordnung des Gremiums. In Freiburg war er im Januar wegen laut Innenministerium angeblich »fehlender Befassungskompetenz« des Gemeinderats wieder von der Tagesordnung gestrichen worden.

›Durchbruch‹ beim Radikalen-Gesetz in Brandenburg

Aus Sicht der in den 1970er- und 1980er-Jahren Betroffenen erhält das, was derzeit in Brandenburg läuft, eine besondere Note. Der Potsdamer Innenminister Michael Stübgen (CDU) ist 2024 gleichzeitig Vorsitzender der Innenministerkonferenz. Die empfahl 2019 den Ländern, Maßnahmen gegen den zunehmenden Rechtsextremismus vorzunehmen. Stübgen brachte darauf 2022 den Entwurf seines »Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes des Berufsbeamtentums in Brandenburg vor Verfassungsgegnern« im Landtag ein. Kern:

Regelanfrage beim Verfassungsschutz bei Einstellungen von Beamtinnen und Beamten, betreffend ihrer »Verfassungstreue«. Im März 2024 wurde der Entwurf kurzfristig durch Verschärfungen im Landes-Disziplinarrecht erweitert.

Zuvor hatte am 17. November 2023 der Bundestag auf Betreiben von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) das Disziplinargesetz für Bundesbeamtinnen und -beamte verschärft. Danach können Bundesbehörden seit 1. April 2024 sämtliche Disziplinarmaßnahmen, einschließlich Zurückstufung, Entfernung aus dem Beamtenverhältnis und Aberkennung des Ruhegehalts, durch bloße Disziplinarverfügung aussprechen. Bisher mussten die Behörden dazu Disziplinarverfügung vor dem Verwaltungsgericht erheben. Unter Verweis auf dieses ›Vorbild‹ und darauf, in Baden-Württemberg bestehende schon seit 2008 eine solche Regelung, nahmen Stübgen und die Brandenburger Regierungskoalition die Disziplinarverfügung am 6. März 2024 in ihren »Verfassungstreuecheck«-Gesetzesentwurf mit auf. Am 26. April 2024 stimmte der Landtag über insgesamt 204 Seiten Gesetzestext, Begründung, Berichte, Zusatzantrag und Beschlussempfehlungen ab.

Ein größerer Teil war erst Tage zuvor ausgegeben und das Paket am 24. April nochmals in den Hauptausschuss überwiesen worden. Auch dort wurden Änderungsanträge von Seiten der Fraktion Die Linke alle kurzerhand abgeschmettert. Nachgeschoben wurde lediglich ein Zusatzantrag der Koalition: Um »Probleme bei der Rechtsanwendung« zu vermeiden, wird der Innenminister »aufgefordert, ein Rundschreiben mit Anwendungshinweisen für die Dienstherren« zu erlassen, zum Beispiel, was die »Berücksichtigung der Unschuldsvermutung« und »Fürsorgepflicht« oder die »Prüfung eines Rehabilitierungsprogramms« angeht. Das besagte Rundschreiben muss allerdings erst noch verfasst werden.

Am 26. April folgte dann die dritte Lesung und Endabstimmung. Das Gesetz wurde in namentlicher Abstimmung mit 42 zu 24 Stimmen verabschiedet (22 Abgeordnete fehlten).

Scharfe Kritik von Gewerkschaften

Die am Gesetzgebungsverfahren beteiligten Verbände wie DGB, Beamtenbund, Richterbund, Städtetag hatten zur nachgeschobenen Verschärfung der Disziplinarordnung zuvor nur noch schriftlich Stellung nehmen dürfen. Am Tag vor der Landtagssitzung platzte den Gewerkschaften der Kragen. In einer gemeinsamen Stellungnahme teilten DGB, GEW, Verdi, die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Deutsche Beamtenbund (DBB) am

23. April mit: »Die Gewerkschaften im DGB sowie DBB kritisieren scharf die Art und Weise des Einbringens dieser erheblichen Änderungen im Disziplinarrecht im sogenannten Omnibusverfahren (Huckepackgesetz). Mit der Zurückstufung bzw. Entfernung aus dem Beamtenverhältnis per Disziplinarverfügung wird der Schutz der Unabhängigkeit der Beamtinnen und Beamten vor politisch geprägten Einflussnahmen auf ihr Handeln geschwächt. Eine Änderung des Disziplinarrechts sollte einem demokratisch geführten Verfahren unter Einbeziehung von Verwaltung und Gewerkschaften vorbehalten bleiben.« Die Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg sagte der Presse am 24. April: So »verkommt parlamentarische Partizipation zum Feigenblatt«.

Laut der Linken-Fraktion im Brandenburger Landtag würden jetzt »Beamte schlechter gestellt als ›normale‹ Angestellte im Kündigungsverfahren«. Der Rechtsweg werde beschränkt, da bei Entscheidungen der obersten Dienstbehörde ein Widerspruchsverfahren nicht stattfindet. Auch die Berufung gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts ist nur möglich, wenn sie vom Verwaltungsgericht oder dem Oberverwaltungsgericht zugelassen wird. Das »gesamte Prozessrisiko« sei somit »auf die Betroffenen verlagert«. Und durch die Abschaffung des Richtervorbehalts würden laut Linke »bei Disziplinarverfahren Dienstherren, auch mögliche AfD-Landräte und -Bürgermeister, ermächtigt, Menschen direkt zu entlassen«.

Innenminister Stübgen hofft möglicherweise, Vorreiter für alle Bundesländer zu werden. Sein Text ist im Wortlaut weitgehend von den Erlassen der 1970er-Jahre abgeschrieben. Trotzdem behauptet er, die neue Regelung habe mit dem Radikalenerlass »nichts zu tun«. Vielmehr gehe es um ein Gesetz, was »bundesweit bisher einmalig« sei. Auch die BVB/*Freie Wähler-Gruppe* stimmte dafür – weil nun die Tür offen sei, dieses auch auf den gesamten Öffentlichen Dienst auszuweiten (was geltendem Arbeitsrecht für Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte völlig widersprechen würde).

Zur Ankündigung der AfD, das Gesetz durch Klage vor dem Landesverfassungsgericht überprüfen zu lassen, kommentierte Stübgen: Er begrüße dies ebenfalls, dadurch werde Klarheit geschaffen. Auch für eine solche mögliche »Arbeitsteilung« gibt es ein historisches Vorbild: Ein am 22. Mai 1975 ergangener Grundsatzbeschluss des Bundesverfassungsgerichts, federführend verfasst von dem als früherer Nazijurist kompromittierten Dr.

Willi Geiger, diente danach als Rechtfertigung und Vorlage für eine Ausweitung der Berufsverbote.

Der Check zielt wieder auf links

Es bleibt vor allem die Frage, gegen wen sich das alles tatsächlich richten soll. Die offizielle Sprachregelung ist klar: »Gegen Extremisten jeglicher Couleur« und »Verfassungsfeinde«. Stübgen, Strobl und Co. lassen dabei bekanntlich keine Gelegenheit aus, davor zu warnen, sich »nur auf ›Rechtsextremisten‹ zu konzentrieren« und den »Linksextremismus zu unterschätzen«. Solche Fälle wie die der Berliner Richterin und früheren AfD-Bundestagsabgeordneten Birgit Malsack-Winkemann (nach Anti-Terror-Razzia gegen Reichsbürger mittlerweile inhaftiert) oder des ehemaligen Freiburger Staatsanwalts und Bundestagsabgeordneten Thomas Seitz (Barack Obama sei ein »Quotenn[****]«), im März aus der AfD ausgestiegen, werden womöglich die Ausnahme bleiben.

Betroffene des früheren Radikalenerlasses verweisen auch auf die Praxis der 1970er- und 1980er-Jahre: Er sei zu über 95 Prozent gegen Linke angewandt worden. Heute seien Proteste gegen Aufrüstung und Kriege, Klimakatastrophe, Abbau von Meinungsfreiheit sowie sozialen Rechten und Leistungen schnell mit dem Stempel »verfassungsfeindlich« und »gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet« versehen. Die Website berufsverbote.de stellt fest: »Niemand sollte sich von anlassbezogener Rhetorik täuschen lassen: Der Feind steht ... für die Herrschenden und ihren Inlandsgeheimdienst immer links. Hier wird wieder ein Instrumentarium geschmiedet, das sich – wie damals – um Grundnormen des Arbeitsrechts einen Dreck schert, alle Aufarbeitungen und internationalen Verurteilungen und Abmahnungen ignoriert, und schneller, als wir schauen können, sich gegen ganz andere richten wird als die, gegen die heute die Menschen auf die Straße gehen.«

Berufsverbote gegen den Lehrer Michael Csasz-kóczy in Heidelberg (2004 bis 2007) und den Kommunikationswissenschaftler Kerem Schamberger in München (2015) mussten noch zurückgenommen werden. Mittlerweile gibt es jedoch erneute Fälle gegen Linke: Aktuell wird dem Lehrer Luca S. in Hessen und dem Wissenschaftler Benjamin R. in Bayern die Einstellung verweigert. Auch beim »Verfassungstreue-Check« behält der spätestens durch den NSU-Skandal kompromittierte »Verfassungsschutz« weiter die Deutungshoheit.

MARTIN HORNING
ist in der *Initiativgruppe gegen Radikalenerlass und Berufsverbote Baden-Württemberg* aktiv.
Sein Text erschien zuerst bei den geschätzten Kolleg*innen der *kontext:wochenzeitung* am 1. Mai 2024.

¹ <https://www.kontextwochenzeitung.de/schaubuehne/620/wir-geben-erst-auf-wenn-wir-in-die-kiste-gehen-8694.html>

² <https://www.kontextwochenzeitung.de/gesellschaft/668/kommunen-machen-druck-9323.html>

Weiter in alter Frische

Aktionstag der Ruheständler*innen am 25. Juni 2024, 10.30-18 Uhr
im Curio-Haus

Wie schon in den Jahren 2016 und 2018 möchte die Betriebsgruppe Ruheständler*innen wieder einen Aktionstag durchführen. Alle Kolleg*innen, die sich kurz vor oder schon im Ruhestand befinden, sind eingeladen, am 25. Juni daran teilzunehmen. Damit sich alle schon vorab über das Programm und die geplanten Workshops informieren können, finden sie die Infos hier in der hlz.

Natürlich wird es auch noch eine persönliche Einladung an die gesamten Ruheständler*innen der GEW Hamburg geben. Auch einige Kolleg*innen aus den Bundesländern Berlin, Bremen und Schleswig-Holstein werden eingeladen.

Mit den Einladungen werden dann alle gebeten, sich anzumelden und gleichzeitig den oder die Workshop(s) zu wählen, die ihnen am Herzen liegen.

Nun hoffen wir, dass für eine breite Mehrheit Themen gefunden wurden, die von Interesse sind und einen regen Zulauf zur Folge haben werden.

Programm

10:30-11:00	Ankommen und Anmeldung
11:00-11:15	Begrüßung
11:15-12:15	Eröffnungsreferat durch Barbara Wackernagel-Jacobs
12:15-13:30	Mittagessen
13:10-13:30	Für Interessierte: Gedächtnistraining mit Jürgen Petersen
13:30-15:00	Workshop Block I
15:00-15:30	Kaffeepause
15:30-17:00	Workshop Block II
17:00-17:15	Schlusswort
17:15	Offener Ausklang

Workshops

Die Workshops werden teils nach dem Prinzip »von Kolleg*innen für Kolleg*innen« gestaltet und moderiert und teils von externen Referent*innen.

- WS 1 Künstliche Intelligenz
– Chancen und Risiken
- WS 2 Mobilität im Alter
- WS 3 Wohnen und Leben im Alter
- WS 4 Die Gefahr des Faschismus
– Das Schlangenei
- WS 5 Was tun im Ruhestand?
Ehrenamt/berufliche Aktivitäten...
- WS 6 Yoga für mehr Entspannung und
Beweglichkeit
- WS 7 Gedächtnistraining
– Betriebsanleitung für das Gehirn
- WS 8 Bewegung als Prävention
- WS 9 Politische Lieder zum Mitsingen
- WS 10 Finanzierung im Pflegefall
- WS 11 Fair Childhood
– Projekte und Aktivitäten
- WS 12 Vorsorge- und Betreuungsvollmacht,
Patientenverfügung
- WS 13 Geriatrie – altersgerechte Medizin

Der Kostenanteil beträgt: 10 € inkl. Verpflegung
für GEW-Mitglieder, 30 € incl. Verpflegung für
Nicht-Mitglieder

CHRISTEL SOHNS
für die BG Ruheständler*innen

Sommerfest

Lange Nacht der GEW

5. Juli 2024, 18-24 Uhr
im Curio-Haus

Es gibt: Swingtanz-Crashkurs mit Kerlin da Silva –
Musik von DJ Kathrin Ludwig – Grillbuffet (auch ve-
getarisch und vegan!) – Leitertennis, Tischtennis, Rie-
senjenga... – Speeddating mit den GEW Vorsitzenden
– Führungen durch das Curio-Haus und leckeren Ge-
tränken und Cocktails.

Bitte unbedingt anmelden
unter info@gew-hamburg.de!





Unter dem Pflaster blüht die Wiese.



Naturpädagogik
in der Großstadt



Lernen mit allen Sinnen

Warum und wie sich Naturschutzprojekte mit Kindern und Schüler*innen lohnen

Oft sind es die Kleinsten, die die größte Wirkung haben. Ob es sich dabei um die ungefährliche Sandbiene handelt, die mitten in Borgfelde ihr neu errichtetes Habitat inspiziert und dabei die Berufsschüler der BS 01 erschreckt, der Flusskrebbs in der Wandse, der über Schülerfüße huscht oder die Suche nach einem ›Drachen‹ in Ottensen, der sich für die Aller kleinsten der *Kita Tabita* als Teichmolch entpuppt.

Wer sich darauf einlässt, ein Naturschutzprojekt zu starten, wird schnell feststellen: Es macht viel Arbeit – aber es lohnt sich. Und: man kann es in allen Altersgruppen durchführen.

Seit knapp zwanzig Jahren arbeite ich als Lehrer an in der *Beruflichen Schule Anckelmannstraße* in Hamburg-Borgfelde. Auf den ersten Blick kein gutes Pflaster für Naturerfahrungen, sondern ein hoch verdichteter, urban geprägter Stadtteil mit einer städtisch sozialisierten Schülerschaft, für die die Natur allenfalls ein ferner Kosmos ist.



So entstand mit Steinen, Wasser und viel Spaß am Bach auf einmal eine Klassengemeinschaft. Oft wurden die Projekte von den Schüler*innen rückblickend als die schönsten Klassen-erlebnisse genannt.

Die BS 01 (vormals H1 und H11) ist eine kaufmännisch geprägte Berufsschule, d. h. ihre Grundorientierung hat erst einmal recht wenig mit der Natur zu tun. Auf den zweiten Blick jedoch ergeben sich Anknüpfungspunkte, gerade wenn es bei den Verkäufer*innen oder Einzelhandelskaufleuten darum geht, Lebensmittel zu verkaufen, die ja irgendwo und irgendwie erzeugt werden müssen, ob konventionell oder ökologisch. Schnell ist man dann

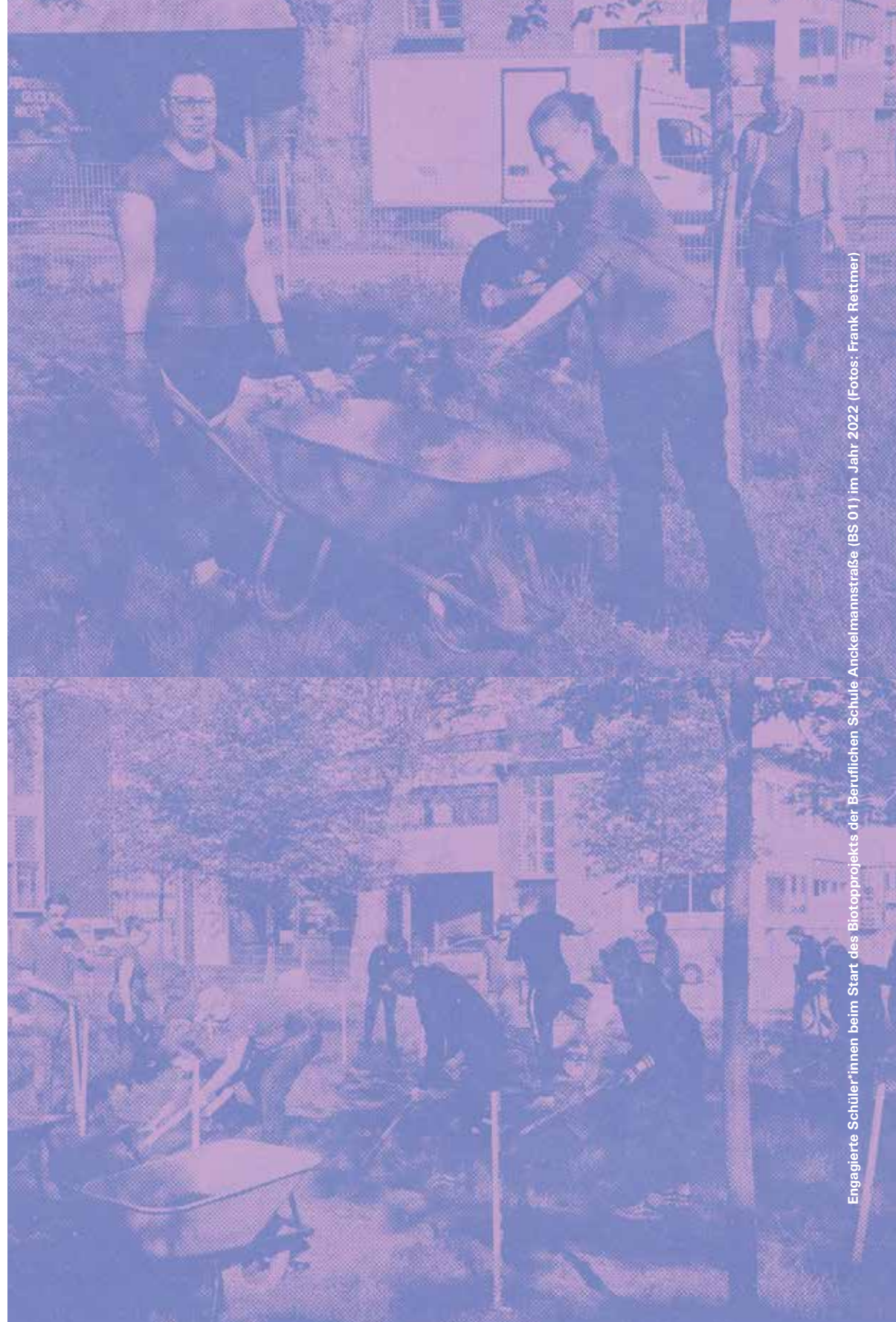
beim Erhalt der Bodenfunktionen, bei der Verfügbarkeit von sauberem Wasser und bei der Frage, welche Schlüsselrolle in einem Ökosystem die oft so verkannten und unterschätzten Insekten spielen. Das mit dem *Hanse-Umweltpreis* ausgezeichnete schulische Naturschutzprojekt *H1 geht den Bach runter* wurde jahrelang an unserer Schule im Rahmen der sogenannten Projekt- bzw. Ethikwoche durchgeführt und war fester Bestandteil in vielen Klassen. Dabei habe ich in eigener Planung und Regie in Abstimmung mit dem Bezirksamt Wandsbek verschiedene Bachabschnitte der Wandse und der Rahlau mit insgesamt Hunderten von beteiligten Schüler*innen renaturiert und Nisthilfen für Eisvögel installiert.

Parallel dazu habe ich als Kita-Vater gemeinsam mit der Leitung der evangelischen *Kita Tabita* das Naturschutzprojekt *Des Pastors liebes Federvieh* initiiert. Dabei ging es im Schwerpunkt um ein Vogelschutzprojekt der Kita-Kinder mit dem Ziel, die Kreuzkirche in Ottensen wieder für Gebäudebrüter wie Dohle und Turmfalke zu öffnen. Augenfällig war der deutliche Unterschied zu meinen Berufsschülern: Während bei den jungen Erwachsenen immer eine gewisse Anfangsskepsis zu vernehmen war, waren die Kita-Kinder immer mit Wissbegier und vollem Tatendrang von Anfang an dabei. Das Vogelschutzprojekt der *Kita Tabita* wurde u. a. mit dem *Hamburger Bildungspreis* ausgezeichnet. Bis heute fliegen die Dohlen die Kreuzkirche an und die Jungdohlen können von den Kindern sogar per Wildtierkamera beobachtet werden (siehe untenstehenden Link).

Seit zwei Jahren entsteht auf einer schuleigenen Grünfläche ein 450 qm großes Biotop: eine Wildblumenwiese mit Insektenhotels, Insektenburg, heimischen Gehölzen und Nisthilfen für Wildvögel. In der diesjährigen Projektwoche wird es weitergehen. Die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren.

Meine Erfahrungen über die Jahre:

Projekte in der Natur begegnen häufig zunächst Widerstand. Sie sind deshalb mit Überzeugungsarbeit der organisierenden Pädagog*innen verbunden. Auch körperliche Arbeit, um z. B. einen Bachabschnitt zu renaturieren oder Grassoden abzuplaggen, um eine Wildblumenwiese anzulegen, ist erst einmal ein neuer Erfahrungshorizont, der nicht sofort auf Begeisterung stößt.



Engagierte Schüler*innen beim Start des Biotopprojekts der Beruflichen Schule Anckelmannstraße (BS 01) im Jahr 2022 (Fotos: Frank Rettmer)

Bevor man allerdings anfängt, mit seiner Schulklasse mal eben Steine in einen Bach zu werfen oder irgendwo im öffentlichen Raum Wildblumensaat auszubringen, sollte man Einiges beachten. Insbesondere größere Aktionen müssen oft wochen-, wenn nicht gar monatelang geplant werden: die Genehmigung bzw. Abstimmung mit dem zuständigen Bezirksamt, die Akquise von Geldmitteln, die Einbindung der Schulleitung und die Ausbildung eines kollegialen Unterstützer*innenteams und vieles mehr gehören dazu. Kontakte zu Naturschutzverbänden sind hilfreich, weil hier die notwendige Fachexpertise verortet ist und die oft nicht so einfach verfügbaren, aber notwendigen Werkzeuge bzw. Hilfsmittel ausgeliehen werden können. Regionale Pressearbeit kann hilfreich sein, um solche Projekte vor Ort bekannt zu machen.

Und die Gruppe?

Mit Kindern im Elementarbereich Naturschutzprojekte durchzuführen ist ein Geschenk: Sie haben eine natürliche, spontane Wissbegier und einen ausgeprägten Gerechtigkeitsinn. Etwa: »Die Dohle soll auch Wohnraum haben. Dafür setzen wir uns ein.« Motivation und Begeisterung sind schnell entfacht. Widerstände sind eher auf Seiten der Erwachsenen auszuräumen.

Anders sieht dies bei Jugendlichen und Jungerwachsenen aus. Hier gilt: Aller Anfang ist schwer. Dies gilt im Besonderen, wenn es darum geht, die Schüler*innen für ein Naturschutzprojekt zu begeistern und zur Arbeit zu motivieren. Der Start ist schleppend. Sobald die Schüler*innen jedoch ihre Skepsis und Anfangsscheu im Umgang mit den oft unbekanntem Werkzeugen und Erlebnisräumen überwunden haben, gehen – so meine Erfahrung – viele voller Elan und Begeisterung an die Sache heran und mit völlig neuen Erfahrungen aus der Aktion heraus.

Meine Berufsschüler*innen beispielsweise packten bei der Bachrenaturierung tatkräftig mit an, um Geröll und Kies als Strömungsenker im Bach zu versenken. Schubkarren und Spaten wurden (nicht nur) für Posing-Bilder genutzt, Lernschwache blühten auf und konnten mit ihren individuellen prakti-

schen Fähigkeiten zum Erfolg des Projekts beitragen. So entstand mit Steinen, Wasser und viel Spaß am Bach auf einmal eine Klassengemeinschaft. Oft wurden die Projekte von den Schüler*innen rückblickend als die schönsten Klassenerlebnisse genannt.

Kitakinder wie (Berufs-)Schüler*innen finden mit den Naturschutzaktivitäten ein weites, ihnen inzwischen häufig unbekanntes analoges Repertoire, um in einer digitalen Umwelt längst verloren geglaubte Sinne wieder zu reaktivieren und zu erleben: Wasser, Lehm, Steine, Holz, Werkzeuge, Pflanzen und Tiere wie Fische, Flusskrebse, Wildbienen, Vögel, die entdeckt und beobachtet werden oder sich plötzlich aus Neugier am Körper von Schüler*innen befinden. Hilfreich ist hier sicher, wenn die Lehrkraft in solchen Momenten mit Fachwissen Unsicherheit nehmen und die Wissbegier fördern kann. Wachsende Pflanzen werden da nicht nur bestimmt, sie werden mit der Nase erkundet und – wenn nicht giftig – auch einmal probiert.

Sicher braucht man als Pädagog*in selbst ein hohes Maß an Begeisterung für die Sache. Dazu hilft bei der Planung und Durchführung von Naturschutzprojekten im Rahmen von Schule oder Kita Organisationstalent, ein gewisses Maß an Belastbarkeit, die Kenntnis ökologischer Zusammenhänge und auch eine Portion körperlicher Fitness – zumindest wenn man seinen Schüler*innen beim Arbeitseinsatz ein Vorbild sein möchte. Entscheidend ist aber, dass man sich als Lehrkraft traut, einfach mal »raus zu gehen« – dann ziehen die Schüler*innen mit. Dabei muss man sicherlich auch in Kauf nehmen, dass nicht immer alles wie geplant verläuft, aber gerade das macht den Reiz solcher Aktionen aus.

FRANK RETTMER,
Berufsschullehrer BS 01



Jungdohlen per Wildtierkamera zu beobachten, macht nicht nur Kindern und Jugendlichen Freude, daher sei allen Leser*innen hier folgender Link oder QR-Code ans Herz gelegt:
<http://exmbgczqdsf59bm4.myfritz.net:8888/view/view.shtml?id=2681&imagepath=%2Fmjjpg%2Fvideo.mjpg&size=1>

Ganztagschule mit Wildbienen und Nashornkäfern

Wenn in der Großstadt alle Grundschulen zu Ganztagschulen werden, braucht es naturnahe Schulgelände. Stefan Behr berät Hamburger Schulen bei deren Gestaltung und berichtet im Interview mit Claudia Pittelkow von seinen Erfahrungen.

Früher war die Schule mittags aus und es ging raus zum Spielen und Toben – oft auch ins Grüne. In den heutigen Ganztagschulen verbringen Kinder einen Großteil ihrer Zeit auf dem Schulgelände. Umso wichtiger ist es, den Schulhof attraktiv und kindgerecht zu gestalten – und am besten naturnah, sagt Stefan Behr, Hamburger Lehrer und seit vier Jahren Berater am *Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung* für naturnahe Schulhofgestaltung. Er ist seit 20 Jahren Grundschullehrer – und passionierter Freizeitgärtner. Seinen Kleingarten bewirtschaftet er naturnah. 2016 initiierte Behr an der Ganztagsgrundschule Sternschanze die Umwandlung des Außengeländes in einen *NaturErlebnisSchulhof*. Für dieses Pilotprojekt wurde die Schule bereits mehrfach ausgezeichnet. Inzwischen ist Behr ein gefragter Experte auf seinem Gebiet, er publiziert in Fachzeitschriften und hält bundesweit Vorträge.

Herr Behr, wie sind Sie denn auf die Idee gekommen, einen Schulhof – wie ihren Kleingarten – naturnah zu gestalten?

Stefan Behr: Meine Schule, die Ganztagsgrundschule Sternschanze, liegt mitten in einem dicht besiedelten Stadtteil. Der Schulhof war, wie die meisten Schulhöfe in ganz Deutschland, zubetoniert, einfach graues Einerlei. Durch die Arbeit in meinem Kleingarten ist mir damals bewusst geworden, wie bereichernd so eine Naturerfahrung ist – und wie entsetzlich naturfern heutige Stadtkinder groß werden. Deshalb habe ich 2016 vorgeschlagen, unseren Schulhof naturnah umzugestalten. Elternrat und Kollegium fanden die Idee gut, und gemeinsam mit einer befreundeten Landschaftsarchitektin haben wir das Projekt schließlich auf den Weg gebracht. Die Kinder waren von Anfang an mit eingebunden, von der Planung über die Finanzierung bis zur Umsetzung.

Warum ist eine naturnahe Schulhofgestaltung sinnvoll für Kinder?

Das Allerwichtigste ist: Kinder machen heutzutage kaum noch Naturerfahrung, deshalb brenne ich so für das Thema. Das ist schon seit 30 Jahren so. Auch die Eltern sind oft schon entfremdet von der Natur. Ein heutiges Großstadtkind macht oft im Prinzip gar keine beiläufigen Naturerfahrungen mehr. Heutzutage ist es fast schon normal, dass manche Kinder alles, was mit Natur zu tun hat, beinahe unangenehm finden. Das ist zumindest meine Erfahrung als Grundschulpädagoge in der Großstadt.

Wissenschaftler haben 2003 beispielsweise gefragt, ob Kinder einen Käfer über ihre Hand laufen lassen würden. Über 30 Prozent haben gesagt: Nein! Und 2021 waren es sogar 57 Prozent. Weil sie es eklig finden und nicht kennen. Einer meiner Erstklässler hat mich mal gefragt, ob ich Handschuhe habe, als wir Erde untersuchen wollten. Er fand das schrecklich, in die Erde reinzufassen. Wir Menschen koppeln uns immer mehr von der Natur ab, aber das funktioniert nicht, eben weil wir Naturwesen sind. 2014 wurden 115 Studien international ausgewertet, die nachweisen, dass Kinder Naturerfahrung brauchen, das gehört zu einer gesunden Entwicklung.

Sie haben gerade die beiläufigen Naturerfahrungen angesprochen. Was genau meinen Sie damit?

Der Biologiedidaktiker Prof. Ulrich Gebhard hat deutlich gemacht, wie wichtig, beiläufige Naturerfahrungen sind, also ohne ein Setting, in dem der Lehrer den Kindern vorschreibt: »Heute gucken wir uns die Bienen an.« Das mache ich als Lehrer natürlich auch manchmal, aber viel wichtiger ist, dass die Kinder von sich aus Interesse an der Natur haben – und das haben sie! Kinder sind intrinsisch motiviert. Wir müssen nur den Blick der Kinder etwas schulen. Beispielsweise nehmen Kinder Löcher auf einem Hügel wahr, denken zuerst vielleicht, dass das Ameisen sind, doch es sind Wildbienen, die solitär, also einzeln und nicht als Volk, im Boden leben. Das fasziniert die Kinder. Oder auch Nashornkäfer. Da wir einen naturnahen

Schulhof haben, finden die Kinder plötzlich Material, mit dem sie sich beschäftigen und spielen, mit dem sie eine Ordnung schaffen können. Da passiert plötzlich etwas!

Grüner Schulhof – naturnaher Schulhof. Wo ist der Unterschied?

Der wesentliche Unterschied ist die Einsicht in wichtige ökologische Zusammenhänge: Unsere Tiere und Pflanzen haben sich nämlich über Jahrtausende aneinander angepasst. Daher bieten einheimische Wildpflanzen die natürliche Lebensgrundlage unserer Tierwelt. Die gehören zusammen wie Schlüssel und Schloss. Anders als die üblichen oft nichteinheimischen Pflanzen oder Zuchtformen bieten sie auch spezialisierten Arten Nahrung oder etwa Nistmaterial. Und wenn wir dann noch darauf achten, möglichst viele unterschiedliche Arten zu pflanzen – und eben nicht das bisher gängige Einerlei –, können wir eine ungeahnte Biodiversität schaffen und eine Vielzahl an Insekten und anderer Kleintiere anlocken. Diese ziehen wiederum Kleinsäuger und Vögel an.

Naturnahe Schulhöfe und Ganztags – wie passt das zusammen?

Ich komme ja von der Ganztagschule und fand das auch immer gut. Allerdings sehe ich auch ein Manko: Kinder hatten früher viel mehr Freiraum, ab mittags war schulfrei, dann ging es raus zum Spielen. Heute haben Kinder immer weniger Zeit und Freiraum, dieses Problem müssen wir lösen. In Hamburg sind alle Grundschulen Ganztagschulen, was allein schon ein Hauptmotiv sein sollte, den Außenraum viel mehr als bisher in den Blick zu nehmen. Vor allem für Grundschulkindern bedeutet die Ganztagschule nämlich, dass sie einen Großteil ihres Wachstums auf dem Schulgelände verbringen – und das ist leider immer noch in den meisten Fällen wenig attraktiv und kindgerecht gestaltet.

Und hier kommt der Schulhof ins Spiel?

Genau, denn der Schulhof ist ein wichtiger Ort, weil Kinder dort so viel Zeit verbringen. Da muss es doch anregend sein! Und Tiere zu beobachten ist noch spannender als nur Blumen anzugucken. Außerdem kann man mit dem vorhandenen Material etwas bauen, Geländemodellierung wird von mir immer mitgedacht. Kleine Beetinseln, Hügel, anregende Strukturen, hinter denen sich Kinder verstecken können. Das wichtige ist das Beiläufige. Kinder brauchen keine Anleitung in der Natur, sie sind

von sich aus interessiert. Es gibt natürlich auch Kinder, die das Interesse gar nicht mehr haben. Da muss die Lehrkraft dann nachhelfen, anregen.

Wie unterstützen Sie Schulen, die ihren Schulhof umgestalten wollen?

Jedes Jahr im Juni biete ich an der Ganztagsgrundschule Sternschanze eine Fortbildung für Lehrerkolleginnen und -kollegen an, in Theorie und Praxis. Die Teilnehmenden können alle Fragen zur Schulgeländegestaltung klären. Also wie aus einem eintönigen, artenarmen Schulhof ein blühender Lebensraum entsteht, der Kindern vielfältige Naturerlebnisse im Laufe eines langen Schultages ermöglicht. Wie eine naturnahe Gestaltung aussehen muss und auf welche Weise sich Kinder, Eltern und Kollegium erfolgreich auf diesen Weg mitnehmen lassen. Und natürlich wie ein solches Projekt realistisch finanziert werden kann. Über 100 Lehrkräfte von insgesamt rund 400 Hamburger Schulen habe ich in den letzten vier Jahren fortgebildet oder beraten.

Gestalten die Schulen ihren Schulhof nach der Beratung dann auch um?

Alle Schulen, die an einer Fortbildung teilgenommen haben, sind begeistert. Aber bislang machen nur wenige später weiter. Wenn doch, gehe ich zu den Schulen und besichtige das Schulgelände mit mindestens fünf oder sechs Kolleginnen und Kollegen. Bestenfalls haben die dann schon genaue Vorstellungen, was man wo machen könnte. Ich bestärke oder rate ab. Es ist zum Beispiel schlauer, das ganze Gelände anzugucken und zu planen anstatt stückweise. Dann ist alles aus einem Guss und auch nachhaltig. Ich rate auch dazu, den Schulhof nicht in Eigenregie zu verändern, sondern jemanden mit Ahnung zu beauftragen. Was ich immer sage, ist, dass ich kein Landschaftsarchitekt bin, sondern Grundschullehrer.

Wie läuft es denn mit dem Naturerlebnis-Schulhof an Ihrer Ganztagsgrundschule Sternschanze?

Für eine große Biodiversität haben wir inzwischen rund 5000 heimische Wildpflanzen verschiedener Arten gesetzt und kleinteilige Strukturen wie Hügelbeete mit Trockenmauern eingebaut. Es gibt eine Vielzahl von Vogelnistkästen und Futterstellen. Schautafeln zeigen die wichtigsten Schmetterlinge, erdnistende Wildbienen und die Aufgaben der Honigbiene im Laufe ihres Lebens. Inzwischen nutzen unsere Kinder den Schulhof immer öfter auch im Unterricht für Beobachtungsgänge.

Die jeweiligen Themen, je nach Jahreszeit, werden im Unterricht behandelt, und dann gehen wir raus und schauen uns zum Beispiel die Frühblüher draußen an – nicht wie früher in der Vase, wo sie sofort verwelken. Wir haben auch eine große Wildbienenhilfshilfe in der Blumenwiese, damit kann ich Kinder für Natur begeistern. Natürlich gibt es auch immer wieder Kinder, die lieber ihr Handy rausholen und daddeln würden. Aber die meisten lassen sich faszinieren.

Ihre Schule hat eine >Draußenschule< – was bedeutet das?

Das ist ein besonders schönes Angebot für Kinder der zweiten Klasse. Mit Beginn des zweiten Halbjahres im Februar haben sie einmal pro Woche in ihrem Stundenplan für eine Doppelstunde – also 90 Minuten – Draußenschule. Immer zur selben Zeit treffen sie sich mit einer unserer Naturerlebnispädagoginnen, um auf dem Schulhof oder in der Nachbarschaft Beobachtungen anzustellen, die sie in ihrem Naturtagebuch notieren. Auf diese Weise lernen die Kinder über eine gesamte Vegetationsperiode, etwa bis Mitte der 3. Klasse, Tiere und Pflanzen, Naturphänomene wie Wetter und Feuer sowie andere sachunterrichtliche Themen unmittelbar kennen.

So eine Umgestaltung kostet ja eine Menge Geld. Wie haben Sie das finanziert?

Es gibt in Hamburg einen Förderfonds der Schulbehörde für naturnahe Schulhöfe, der ist gerade von 50.000 Euro jährlich auf 80.000 Euro erhöht worden. Schulen können sich hier um finanzielle Förderung von maximal 10.000 Euro bewerben für die naturnahe Gestaltung ihres Außengeländes. 2022 haben neun Schulen und in diesem Jahr weitere fünf Schulen Geld aus dem Sonderfonds bekommen und ihr Konzept anschließend umgesetzt. Wir selbst haben damals, als es diesen Fonds noch nicht gab, aus dem Ganztagsreferat 6000 Euro bekommen. Die *Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung* hat unser Projekt außerdem mit 4000 Euro gefördert, und zwei kleinere Stiftungen unterstützen uns. Den größten Teil haben wir damals allerdings über einen Sponsorenlauf zusammenbekommen. Über die Hälfte der Gesamtkosten, rund 30.000 Euro, haben unsere Schülerinnen und Schüler erlaufen, von der Vorschule bis Klasse 4. Erstaunlich!

Das Interview führte CLAUDIA PITTELKOW, Redakteurin bei der *Behörde für Schule und Berufsbildung*. Es erschien zuerst in *Hamburg macht Schule* 3/2023.



Foto: Stefanie Biel



Eine Grundschule macht sich auf den Weg

Ein Erfahrungsbericht über die Umgestaltung des Außengeländes der Ganztagsgrundschule Sternschanze

Eine der Schulen, die in den letzten Jahren ihr Außengelände umgestaltet hat, ist die *Ganztagsgrundschule Sternschanze*, mit ca. 550 Kindern und zwei Standorten eine der größten Grundschulen Hamburgs. Sie ist eine verlässliche Ganztagschule mit Nachmittagsunterricht im innerstädtischen Schanzenviertel.

Die Umgestaltung erfolgte unter aktiver Beteiligung der Kinder und Eltern auf einer sechstägigen »Mitmachbaustelle« im Mai/Juni 2017. Von Montag bis Samstag wurden ca. 200 Tonnen Kies, Erde, Schotter und Steine verteilt und rund 3000 heimische Wildpflanzen gesetzt. Unter Leitung der Landschaftsarchitektin Monika Brunstening wurde mit Hilfe von über 50 ehrenamtlichen Helfer*innen (Eltern sowie NABU- und *NaturGarten*-Mitgliedern) aus dem vormals grauen Gelände ein lebendiger *NaturErlebnisSchulhof*. Nur dadurch, dass alle gemeinsam auf dieser »Mitmachbaustelle« angepackt, gepflanzt und ausgesät haben, konnten die Gesamtkosten auf ca. 30.000 € begrenzt werden.

Bei der Umgestaltung ging es im Wesentlichen um Folgendes:

- In den bestehenden Beeten dominierten wenige immergrüne, nicht heimische Pflanzen wie die Gewöhnliche Mahonie (*Mahonia aquifolium*). Diese mussten wir mühsam roden, um anschließend artenreiche Beete mit einheimischen Wildpflanzen zu gestalten.
- Daneben wurden sechs Hügelbeete mit Trockenmauern neu angelegt.
- An zwei bisher wenig genutzten Flächen wurde eine Wildblumenwiese angelegt.
- Wir haben einen großen Spielhügel aufgeschüttet, der aus einem Baumstamm-Mikado und diversen Anpflanzungen besteht, in deren Schatten sich inzwischen auch Wildblumen angesiedelt haben.

Weitere Schritte zum *NaturErlebnisSchulhof*

Im Oktober 2017 haben alle zweiten Klassen fast 2800 Frühblüher gepflanzt. Damit bieten wir Bienen und Faltern schon im Frühjahr mit den ersten Blüten ein Nektar- und Pollen-Büfett. Außerdem wurden auf einer weiteren dreitägigen Mitmach-

baustelle an vielen Stellen auf dem Schulgelände »Unkräuter« gejätet und stattdessen Wildblumen ausgesät. Zeitgleich wurden zusätzliche Sträucher gepflanzt sowie eine weitere Trockenmauer als Begrenzung eines neuen Beetbereichs gebaut. Weitere Planungen wie ein Hügelbeet wurden im Frühjahr 2018 realisiert. Damit auch zahlreiche Eltern mitmachen können, hat es sich bewährt, den Freitag-nachmittag und Samstag in die Mitmachbaustellenzeit einzuplanen.

Seitdem setzen die zweiten Klassen, die nach den Sommerferien immer vom anderen kleineren Standort an den größeren wechseln, jährlich im Oktober weitere Hunderte neue Frühblüher. Dies stärkt ihre Identifikation mit dem neuen Schulgelände und schult eine genaue Beobachtung im darauffolgenden Frühjahr (»Wo ist meine Blume, die ich im Herbst eingepflanzt habe?«). Diese Maßnahmen führten dazu, dass wahrscheinlich der Frühling auf keinem anderen Schulgelände in Hamburg (bisher) so üppig blühend Einzug hält.

Nach einer weiteren Mitmachbaustelle im Frühjahr 2019 bremste die Corona-Pandemie für zwei Jahre unsere Ideen komplett aus. 2022 und 2023 konnten wir dann endlich auch an der Ludwigstraße, wo unsere Vorschulkinder und 1. Klassen starten, den Schulhof in zwei Bauabschnitten naturnah umgestalten.

Aufgrund umfangreicher Sielsanierungen wurde zwar 2023 unser inzwischen wunderbar verwilderter Spielhügel am Hauptstandort in Teilen zerstört. Durch frühzeitige Absprachen mit *Schulbau Hamburg* konnte jedoch eine Wiederherstellung des Spielhügels inklusive eines neuen und größeren Baumstamm-Mikados erreicht werden. Darüber hinaus wurde ein kleiner Teil des Schulhofs entsiegelt und an selber Stelle entstanden neue Beete. Diese wurden schließlich vor wenigen Wochen auf einer weiteren Mitmachbaustelle bepflanzt. Ein zusätzliches größeres Beet sowie eine großflächige Wandbegrünung setzt Schulbau Hamburg noch im Laufe des Jahres ebenfalls um. Selbstverständlich wird auch hier ein Großteil der Pflanzen heimischen und wilden Ursprungs sein.

Wie ein naturnahes Schulgelände unser Schulleben verändert hat

Obwohl der Sommer 2018 verheerend trocken war, konnten wir bereits innerhalb eines Jahres ein Blütenmeer mitten in der Stadt schaffen. Bemerkenswerterweise betraf dies vor allem die Schotterbeete, die wir neu angelegt hatten, während die ursprünglichen Flächen mit normalem Mutterboden erst im Folgejahr aufgrund reicher Selbstsaat wieder gut aussahen.

Seitdem wird das Gelände auch für die Kinder von Jahr zu Jahr reizvoller: Es gibt immer mehr und bessere Versteckmöglichkeiten hinter heranwachsenden Sträuchern, in deren »Gestrüpp« weitere Pflanzen blühen können. Trotz tobender Kindermeute kommen selbst auf dem Spielhügel die üppigsten Wildblumen zur Blüte.

Seit der naturnahen Geländeumgestaltung hat sich eine Vielzahl von Tieren bei uns angesiedelt, obwohl sich die Schule im innerstädtischen, stark verdichteten Raum befindet. Dazu zählen selbst Arten wie der in der norddeutschen Tiefebene eher seltene Gebänderte Pinselkäfer (*Trichius fasciatus*). Und seit Jahren brütet bei uns erfolgreich ein Buntspechtpaar. Damit ermöglichen wir unseren Kindern in den Pausen und Freizeiten tägliche, auch beiläufige Erfahrungen und Beobachtungen, die es vorher schlichtweg nicht gab.

Diese werden immer häufiger durch Unterrichtsgänge ergänzt, so dass z. B. im Sachunterricht Insekten beobachtet oder Pflanzen bestimmt werden. Dafür wurden kindgerechte Bestimmungsbücher für Vögel, Insekten und Blumen angeschafft. Als weitere Beiträge zur Naturbildung haben wir zum einjährigen Jubiläum 2018 eine große Wildbienenstiftung mit Infotafel im Beisein des Hamburger Umweltsenators Kerstan eingeweiht.

Inzwischen gibt es weitere Lehrtafeln auf dem Schulhof z. B. über Wildbienen, Honigbienen sowie über Schmetterlinge und ihre Raupenfutterpflanzen. So können die Kinder auch selbstständig etwas nachlesen oder kurz überprüfen, wie der Schmetterling heißt, den sie in der Blumenwiese beobachtet haben.

Naturzeit: jede Woche über ein ganzes Jahr

Ein besonders schönes Angebot können die Kinder unserer zweiten Klasse erleben: Mit Beginn des zweiten Halbjahres im Februar haben sie einmal pro Woche in ihrem Stundenplan für eine Doppelstunde (90 Minuten) *Naturzeit*. Immer zur selben Zeit treffen sie sich mit Christine oder Lena, unseren Naturerlebnispädagoginnen, um auf dem Schulhof oder in der Nachbarschaft Beobachtungen anzustellen, die sie in ihrem Naturtagebuch notieren. Auf diese Weise lernen die Kinder über

eine gesamte Vegetationsperiode (bis Mitte Klasse 3) Tiere und Pflanzen, Naturphänomene wie Wetter und Feuer sowie andere sachunterrichtliche Themen wie Gesundheit oder Leben im Stadtteil unmittelbar kennen.

Dabei geht es auch immer wieder darum, Ekel und Berührungsängste abzubauen, die bei vielen Stadtkindern zu beobachten sind. Es gibt tatsächlich Kinder, die es als Zumutung erleben, frische Erde (ohne Handschuhe) anzufassen oder ein Insekt über die Hand laufen zu lassen. Gerade für diese Kinder sind solche Erfahrungen so kostbar! Die meisten belassen es zunächst bei Beobachtungen anderer Kinder, trauen sich aber nach und nach auch mehr zu, wenn sie erleben, wie unbefangene die anderen damit umgehen. Denn die meisten Kinder sind an der Natur sehr interessiert und lassen sich leicht begeistern.

Tatsächlich gibt es Eltern, die ihr Kind von diesem Unterricht mit Verweis auf die Gesundheit abmelden wollen. Es erscheint ihnen unzumutbar, dass ihr Kind bei »Wind und Wetter« draußen sein soll: »Luka ist eh schon so oft erkältet« (Name geändert). Glücklicherweise kann man – sollte alle Argumentation nicht fruchten – solchen Bedenken schlussendlich mit Verweis auf die Schulpflicht begegnen.

Ausgezeichnetes Pilotprojekt

Mit all diesen Maßnahmen wollen wir auch Vorreiter für andere Schulhöfe in Hamburg sein. Seit 2018 dient er als Anschauungsprojekt für Lehrerfortbildungen zur naturnahen Schulgeländeumgestaltung. Im selben Jahr wurden wir in der Kategorie *Umweltschutz* mit dem *Sparbank Hamburg Award* ausgezeichnet, 2019 mit dem 2. Preis des *Hanse Umweltpreises* des NABU Hamburg.

STEFAN BEHR, Umweltbeauftragter der
Ganztagsgrundschule Sternschanze



Ein wertvoller Ort für Insekten, die Proletarier des Tierreichs

107 Stechimmenarten

52 Wildbienen
55 Wespen



Die Deutsche Wildtier Stiftung hat im Jahr 2023 das Wildbienen- und Wespenaufkommen auf dem naturnah gestalteten Schulhof der Ganztagsgrundschule Sternschanze untersucht, um den Beitrag der Umgestaltung für bestäubende Insekten zu bestimmen. Die Ergebnisse sind überzeugend: Insgesamt wurden 107 Stechimmenarten nachgewiesen, darunter 52 Wildbienen- und 55 Wespenarten, von denen fünf als bundesweit gefährdete Arten gelten. Besonders beeindruckend war das zahlreiche Vorkommen oligolektischer Bienenarten, die sich auf spezifische Pflanzengruppen spezialisiert haben. Dazu Manuel Hensen, Wildbienenexperte der Deutschen Wildtier Stiftung: »Der Pausenhof der Schule bietet eine Fülle heimischer Wildpflanzen, die von diesen spezialisierten Bienenarten genutzt werden. Diese Ergebnisse betonen die Bedeutung einer naturnahen Gestaltung von Schulgeländen für die Förderung der städtischen Artenvielfalt. Wir empfehlen die Fortführung und Ausweitung solcher Projekte, um sowohl ökologische Vorteile zu erzielen als auch das Bewusstsein für die Natur in städtischen Gebieten zu stärken.«



Naturnahe Schulhöfe: Weil Kinder Natur brauchen!

Stadtkinder haben immer weniger Möglichkeiten, Naturerfahrungen in ihrem Lebensumfeld zu machen. Daher sollten wir stärker als bisher das Außengelände der (Ganztags-)Schule in den Blick nehmen.

Obwohl längst belegt ist, wie notwendig vor allem Naturerlebnisse für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sind, mehren sich gleichzeitig die Anzeichen für eine fortschreitende Naturentfremdung. Da sie während ihrer Schulzeit den Großteil des Tages in der (Ganztags-)Schule verbringen, benötigen Kinder dort reizvolle Freiräume, die ihnen wichtige Erfahrungen ermöglichen.

Wie viele Schmetterlinge haben sie (und Sie) im letzten Jahr auf dem Schulhof gesehen? Wohin gehen Sie mit Ihrer Klasse, wenn Sie ihr zeigen wollen, welche verschiedenen Blüten es gibt? Wo können Kinder erleben, wie die Natur sich im Laufe des Jahres verändert?

Wie wäre es, wenn sie/Sie (schon bald) die Namen von drei Faltern nennen könnten, die regelmäßig über den Schulhof tanzen? Wenn man nur vor die Tür gehen müsste, um die Merkmale typischer Pflanzenfamilien zu zeigen? Und wenn Kinder und Jugendliche die Veränderungen der Natur erleben, aber auch über kleine Gräben hangeln, von Hügeln rutschen und sich hinter Sträuchern verstecken könnten?

Schulgelände können mehr bieten als asphaltierte und mit Einheitsgrün versehene Langeweile. Sie sollen vielmehr zum Bewegen und Sich-Selbst-Erfahren einladen – und zum Sehen, Hören, Riechen, Tasten und Schmecken von Natur. Wie sehr Kinder solche Anregungen brauchen, wie gut diese ihnen in deren Entwicklung tun, wissen wir aus einer Vielzahl von Untersuchungen.

Daher ist in Hamburg bei Neubauten und Sanierungen der Außenanlagen regelhaft rund ein Drittel der Fläche naturnah zu gestalten und die Schulgemeinschaft von Beginn an zu beteiligen.¹ Dies trifft auch auf die Vielzahl von nötigen Sielsanierungen der nächsten Jahre auf Schulgeländen zu. Nutzen Sie diese Chance, um für Ihre Schule ein naturnah und bewegungsanregend gestaltetes Außengelände zu schaffen!

Verdichtung und Naturerleben

In der Summe werden die meisten neuen Schul-

bauten in den bereits stark verdichteten Stadtteilen HafenCity (bis zu 60 % Schülerwachstum) sowie in den Kerngebieten von Harburg, Eimsbüttel und Altona (mit 40 bis 45 %) entstehen – alles innerstädtische Stadtteile, in denen Großstadtkinder praktisch keine alltäglichen Naturerfahrungen machen können, wenn wir nicht solche Naturerlebnissräume schaffen!

Warum brauchen

(Stadt-)Kinder Natur?

Bereits 1994 hat sich Prof. Ulrich Gebhard mit der Bedeutung der Natur für die psychische Entwicklung von Kindern befasst.² Er kam zu dem Schluss, dass vor allem das aktive Spielen in grüner Umgebung die Aufmerksamkeit verbessert und eine vegetationsreiche Umgebung als Puffer für stressige Lebensereignisse wirkt und förderlich für das Selbstwertgefühl ist. Neben diesen günstigen Effekten von Naturerfahrungen betonte er auch die Einflüsse auf die Gesundheit von Kindern: »Die empirischen Befunde zur belebenden und gesundheitsfördernden Wirkung von Natur sind in der Tat bemerkenswert.« Auch jüngere wissenschaftliche Untersuchungen belegen den hohen Wert von Naturerlebnissen für die gesunde Entwicklung von Kindern. Eine Auswertung von 115 internationalen Studien weist nach, wie notwendig Naturbegegnungen für die mentale, soziale und physische Entwicklung sind.³

Je früher, desto besser!

Die Ergebnisse der von Dr. Andreas Raith und Prof. Armin Lude 2014 zusammengestellten Studien sind eindeutig: Naturerfahrung fördert die kindliche Entwicklung! Dabei waren die Effekte größer, je früher die Kinder diesen Kontakt erlebten.

Einige Erkenntnisse in Kürze:

- Kinder waren auf »grünen« Schulhöfen motivierter (im Übrigen auch die Lehrkräfte).
- Bei einer Befragung von Schulleitungen, Lehr-



Foto: Stefanie Ebel

kräften und Eltern von 149 Schulen mit naturnah gestaltetem Schulhof stellte sich heraus, dass die Kinder höflicher waren, besser kommunizierten und kooperativer waren. Fast die Hälfte der Befragten gab an, dass es auf einem grünen Schulhof weniger Disziplinprobleme und aggressives Verhalten gab.

- Auf naturnah gestalteten Schulhöfen wurde ein kreativeres Spiel beobachtet: Seit der Umgestaltung sei dieses aktiver, fantasievoller und konstruktiver geworden.
- Die Autoren stellen fest: »Generell sollten Umweltbildungsmaßnahmen möglichst in der frühen Kindheit beginnen. Die Kinder brauchen dabei sinnliche Wahrnehmungen, sie sollten der Natur im Freien begegnen und die Naturerfahrungen sollten in sozialen Kontexten stattfinden.«

»Nur was ich kenne, das liebe ich, nur was ich liebe, das schütze ich.«

Dieses Konrad Lorenz zugeschriebene Zitat verweist auf den Zusammenhang zwischen Naturerfahrung und Umweltbewusstsein. Untersuchungen zeigen tatsächlich, dass Naturerlebnisse in der Kindheit eine der wichtigsten Anregungsfaktoren für späteres Engagement für Umwelt- und Naturschutz sind. Laut Gebhard ist unser Gefühl für die Natur eher von positiven Erlebnissen und von Intuitionen als von rationalen Argumenten geprägt: »Es spricht viel dafür, dass die Wertschätzung von Natur eher das Ergebnis von beiläufigen, gelungenen Erfahrungen in der Natur ist, unabhängig von deren umweltpädagogischen Intentionen. Die Erhöhung der Wertschätzung von Natur wäre dann ein geradezu unbeabsichtigter Nebeneffekt von Naturerlebnissen.«

Auch Raith und Lude verweisen darauf, dass die meisten Studien belegen, dass das alleinige Wissen über natürliche Zusammenhänge nur geringen Einfluss auf das Umweltbewusstsein und noch weniger auf das Umwelthandeln hat. Viel wichtiger sei, dass die Kinder handelnde Auseinandersetzung, also konkrete Naturerlebnisse hätten. Eine positive Veränderung des Umweltbewusstseins und -handelns wurde dabei auch auf naturnah umgestalteten Schulhöfen beobachtet. Das *Hamburgische Schulgesetz* formuliert daher im Einklang mit diesen wissenschaftlichen Forschungsergebnissen, wenn es im § 2 (*Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule*) heißt: »Es ist Aufgabe der Schule, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen und ihre Bereitschaft zu stärken, (...) Mitverantwortung für die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Umwelt zu übernehmen.«

Natur in die Lebenswelt der Kinder!

Aus alledem lässt sich schließen: Naturnahe Au-

ßenflächen sind kein »Nice-to-have«, sondern notwendig. So ziehen auch Raith und Lude aus ihrer Studienauswertung das Fazit: »Was aber wie ein Querschnitt aus allen Ergebnissen bleibt, ist die Notwendigkeit von Naturerfahrungen für Kinder. Kinder brauchen Räume, in denen sie die Natur erfahren können. Dies könnte unsere eigentliche Herausforderung sein.«

Sorgen wir also für Schulgelände (sowie Spielplätze), die Kindern und Jugendlichen eine Vielzahl von (auch beiläufigen!) Naturerlebnissen ermöglichen! Gestalten wir mit ihnen einen Lebensraum, in dem sie sich gerne für einen Großteil des Tages (im Ganztagsbetrieb) aufhalten, da er eine abwechslungsreiche und anregende Umgebung bietet!

Kennzeichen eines naturnahen Schulgeländes

Im aktuellem *SBH-Leitfaden Freianlagenplanung* von 2022 heißt es: »Eine naturnahe Schulhofgestaltung zeichnet sich durch ein bewusst naturnäher gestaltetes Außengelände aus, auf dem vornehmlich naturbelassene Baustoffe, heimische Pflanzen, reiche räumliche Strukturierung, Geländemodellierung mit Regenwasserkonzept und eine hohe Biodiversität im Fokus steht. Die Gestaltung der Schulhofflächen soll sich durch die Vielschichtigkeit ihrer wahrzunehmenden Funktionen unterscheiden. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf Aufenthaltsqualität und Naturnähe. (...) Grundsatz für den Bau der naturnahen Schulhoffläche ist eine frühzeitige Beteiligung der Nutzenden.«

Ein *NaturErlebnisSchulhof* ist ein bewusst naturnah gestaltetes Außengelände, auf dem es – wie der Name schon sagt – in erster Linie um Naturerfahrungen im Laufe eines (langen) Schultages geht. Dieser sollte möglichst auch einen Schulgarten umfassen, bei dem es v. a. um die Wissensvermittlung rund um einen Nutzgarten geht. Leider wird dieser aber nicht immer Bestandteil eines Schulgeländes sein.

Die *naturnahe Gestaltung* hingegen ist auf (fast) jedem Schulgelände mehr oder weniger zu realisieren. Nachfolgend werden die wichtigsten Aspekte dargestellt.

Das Wichtigste: Einheimische Wildpflanzen

Diese sind die natürliche Lebensgrundlage unserer Tierwelt. Anders als die üblichen nichtheimischen Pflanzen oder Zuchtformen bieten sie auch spezialisierten Arten Nahrung oder z. B. Nistmaterial. Unsere Tiere und Pflanzen haben sich nämlich über Jahrtausende aneinander angepasst. Sie gehören zusammen wie Schlüssel und Schloss. Dieses ökologische Prinzip machen wir uns zunutze, indem

wir bewusst einheimische Wildpflanzen ansiedeln. Wir »pflanzen« quasi Tiere...

Beim Anwachsen benötigen die Pflanzen noch regelmäßige Wässerung (ein bis zwei Jahre), ansonsten sind sie sehr viel robuster als die üblichen Ziergewächse. Bei der Auswahl sind neben »den wichtigsten heimischen Gehölzen«⁴ unbedingt blütenreiche Pflanzungen (inklusive Frühblühern) vorzusehen.

Große Biodiversität

Seit einigen Jahren ist der rapide Rückgang an Biodiversität und allem voran das Insektensterben in aller Munde. Im Masterplan Stadtnatur der Bundesregierung heißt es dazu: »Stadtnatur ist unverzichtbar für die Erhaltung der biologischen Vielfalt (...). Auch für Insekten bieten Städte wertvolle Lebensräume.«⁵ Die Anlage naturnaher Schulhöfe bietet die Möglichkeit zur Vernetzung von Biotopflächen und kann damit zur Förderung der Biodiversität beitragen.

Biodiversität gelingt durch Ansiedlung vieler unterschiedlicher Arten. Denn Vielfalt schafft Vielfalt: Mit einer klugen Auswahl vieler Arten und einem langen Blühzeitraum von Frühjahr bis Herbst können wir eine Vielzahl von Insekten und anderer Kleintiere anlocken. Diese ziehen wiederum Kleinsäuger und Vögel an. Dabei kann es sich sowohl um sonnige als auch schattige, trockene als auch feuchte Flächen handeln, da sich für alle Bereiche geeignete Pflanzen finden. Auch diese verschiedenen Biotoptypen sorgen wiederum für Artenvielfalt. Meist haben selbst kleine »Beetinseln« von wenigen Quadratmetern schon große Effekte – und steigern nebenbei die Aufenthaltsqualität.

Geländemodellierung

Hügel und Senken strukturieren ein Schulgelände, schaffen reizvolle (nicht immer einsehbare) Bereiche und sind sehr viel (bewegungs-)anregender für Kinder und Jugendliche als eine übersichtliche Ebene. Im Außengelände geht es außerdem um eine variantenreiche Bodenbeschaffenheit, d. h. um ebene und unebene Flächen, Rasen, Sand, Schotter, Asphalt und Pflastersteine und um die Strukturierung und Abgrenzung von Flächen durch Wälle, Büsche, Bäume, Wände usw. Durch eine trittverträgliche Bepflanzung entstehen Versteckmöglichkeiten, durch eingebaute Holzstämme werden Kinder zum Klettern und Balancieren angeregt.

Der Schulhof soll den Kindern Handlungsgelegenheiten eröffnen, in denen entwicklungsfördernde Lern- und Bewegungsbedingungen dominieren. Er ist unmittelbarer Lernort für die Begegnung und Auseinandersetzung mit der Natur und bildet die Selbstsicherungsfähigkeit von Kindern durch selbstgesteuertes und bewegungsorientiertes Han-

deln in reizvollen, forderungs- und risikoreichen, aber überschaubaren Situationen aus. Denn kein Risiko ist erst recht ein Risiko!

Ein naturnah gestalteter Schulhof trägt dazu bei, mit Risiken bewusst umzugehen: Risikoförderung, das heißt die Aneignung von Risikokompetenz, ist ein zentraler Baustein der Sicherheitsförderung, auch in der frühen Bildung. Wenn man möchte, dass Kinder lernen, sich sicher zu verhalten, müssen sie lernen mit Risiken umzugehen. Ohne Risiko keine Sicherheit. Das Zulassen von Risiken und Wagnissen gehört ebenso zu einer kindgerechten Sicherheitsförderung wie das Reglementieren und Verbieten. Es ist deshalb insbesondere in der frühen Bildung erforderlich, den Kindern Risiken, zum Beispiel im Rahmen der Bewegungsförderung, anzubieten, die sie grundsätzlich mit Hilfe ihrer Kompetenzen bewältigen können.⁶

Anpassung an den Klimawandel:

Versiegelung vermeiden/reduzieren

Grünräume spielen eine wichtige Rolle im Zuge kommunaler Klimaanpassung. So hat Paris z. B. beschlossen, alle 800 Schulhöfe bis 2040 so umzugestalten, dass kühle Oasen gegen die sommerliche Großstadthitze entstehen. Bemerkenswerterweise zeigen Untersuchungen, dass Wiesen und Staudenfluren – die typisch für naturnahe Flächen sind – ähnlich hohe Kühlungseffekte aufweisen wie Gebüsche und Baumgruppen.

Laut *SBH-Leitfaden Freianlagenplanung* sind nur die notwendigsten Freiflächen (Fahrwege) voll zu versiegeln, eine Teilversiegelung ist immer zu bevorzugen. Weiter heißt es: »Bestehende Asphaltflächen sind nicht wiederherzustellen, sondern zu ersetzen.« Indem etwa ein trittfester Blumenschotterterrasen angelegt wird, kann Lebensraum für (Boden-)Tiere und Pflanzen geschaffen werden. Das fördert auf verschiedene Weise den Naturhaushalt: Wasser kann kontrolliert versickern und/oder verdunsten, was sich positiv auf den Wasserhaushalt und das Lokalklima auswirkt und die Pflanzen filtern die Luft und reichern sie mit Feuchtigkeit und Sauerstoff an. Auch die Veränderung von vollversiegelten Flächen in teilversiegelte Flächen wirkt sich – wenn auch deutlich eingeschränkt – positiv aus.

Umweltfreundliche Baustoffe

Diese sind langlebig und mit ihrer Herstellung ist keine unnötige Umweltbelastung verbunden. Der *SBH-Leitfaden Freianlagenplanung* sieht ausdrücklich vor, sich schon beim Rückbau bestehender Gebäude und Flächen auf die nachträgliche Nutzung alter Bauteile zu fokussieren, um Kosten bei der Entsorgung einzusparen und die Materialien für eine spätere Geländemodellierung o. ä. zu





verwenden. Auch Bäume, die für den Neubau gefällt wurden, können hierfür genutzt werden.

Welche Gestaltungselemente sind wichtig?

Aus allen Erkenntnissen über die Bedürfnisse von Kindern ergeben sich vier Hauptbereiche, in die wir die Gestaltungselemente einordnen und dadurch die Planung strukturieren können. Zum besseren Verständnis werden diese Elemente nachfolgend einzeln dargestellt. Tatsächlich geht es bei der Schulgeländegestaltung jedoch darum, multifunktionale Räume zu schaffen, die möglichst viele dieser Aspekte berücksichtigen. Ein gut gebauter Spielhügel kann z. B. alle vier räumlichen Qualitäten gleichzeitig erfüllen:

- 1. Naturerlebnis** entwickelt sich im Laufe der Zeit durch eine vielfältige Bepflanzung.
- 2. Spiel und Bewegung** ergeben sich allein aus der Höhe und dem Beklettern.
- 3. Ruhe** finden Kinder in Rückzugsorten wie in einer Hangbude oder einem eingebauten Tunnel.
- 4. Kreativität** lässt sich z. B. durch Wasserspiele und Sand fördern.

1. Naturerlebnis

Da für eine gesunde Kindesentwicklung alltägliche Naturerfahrungen eine notwendige Voraussetzung sind, muss es unser oberstes Ziel sein, möglichst vielfältige Naturerlebnisse anzubahnen. Dies gelingt, indem wir einheimische Wildpflanzen in großer Vielfalt in möglichst unterschiedlichen Standortqualitäten (z. B. mager-trocken/sonnenexponiert oder nährstoffreich-schattig/feucht) ansiedeln. Pflanzbereiche werden bewusst eingeplant und als Trennung zweier Spielräume, Umrandung von Sitzbereichen, abschirmender Hintergrund, Grundstückseinfriedung oder repräsentative Beetflächen genutzt. Wildpflanzen vermehren sich selbst und können von dort aus alle Nischen, die sich für sie als Lebensraum anbieten, besiedeln. Dadurch entsteht ein lebendiges Miteinander von Spiel- und Pflanzflächen.

Nur so werden sich selbst im stark verdichteten Siedlungsraum Insekten und andere kleine Tiere ansiedeln, die von Kindern entdeckt und beobachtet werden können. Blumen und Bäume sind für Kinder mehr als nur Begleiterscheinungen: auf jeder Wunschliste finden sie sich wieder, und Tiere sind gerade bei kleineren Kindern noch fester Bestandteil ihrer Gedankenwelt.

2. Spiel und Bewegung

Bewegung und körperliche Erfahrung haben für das Lernen und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine zentrale Bedeutung. Allerdings bewegen sich laut WHO-Langzeitstudie 80 % der Kinder zu wenig. Die körperliche Aktivität sank bei den 4- bis 17-Jährigen innerhalb von zwölf Jahren um 37 %. Bewegung trägt jedoch erheblich zu einer gesunden Entwicklung von Kindern bei. Mittlerweile sind aber nur noch 22 % der Mädchen und knapp 30 % der Jungen täglich mindestens 60 Minuten körperlich aktiv, ein Richtwert, der von der WHO für alle Altersgruppen als Minimum empfohlen wird.⁷ Das Bundesgesundheitsministerium empfiehlt sogar eine tägliche Bewegungszeit von 90 Minuten und mehr in moderater bis hoher Intensität.

Das ist bedenklich, denn Erkenntnisse der Entwicklungspsychologie, Neurowissenschaften sowie der Lern- und Unterrichtsforschung belegen den hohen Stellenwert von Bewegung und Sinneswahrnehmung für die Entwicklung von Wissen, Können und Einstellungen. Eine gute Kita, ein kindgerechter Schulhof oder Spielplatz bietet daher auch ein sinnvolles Spiel- und Bewegungsangebot. Dieses sollte nicht allzu festgelegt sein, sondern verschiedene Arten der Nutzung ermöglichen. Statt um teure Spielgeräte, die zudem häufig nur von wenigen Kindern gleichzeitig genutzt werden können und daher verstärkte Aufsicht benötigen, geht es um die Modellierung einer vielfältigen Bewegungslandschaft.

Für ein reizvolles Spiel und Lust an der Bewegung sorgen z. B.

- eine Geländemodellierung mit Hügeln und Tälern
- Klettersteine und -bäume
- Balancierstämme und Hüpfpalisaden
- Spielgebüsche zum Verstecken.

Sie trainieren die natürlichen Bewegungsabläufe, Koordination, Gleichgewichtssinn und Reaktionsgeschwindigkeit. Gerade für Kinder mit sensorischen und motorischen Defiziten sind solche Bewegungsanreize besonders wichtig.

3. Ruhe und Kommunikation

Auch Kinder benötigen Räume und Phasen sowohl der Ruhe und des individuellen Rückzugs als auch für Geselligkeit zu zweit oder in Gruppen. Dafür sollte es einerseits geeignete Rückzugsmöglichkeiten und andererseits auch Treffpunkte geben. Ein abwechslungsreich und vielseitig gestalteter *NaturErlebnisRaum* erfüllt all diese Bedürfnisse, damit Kinder und Jugendliche sich sowohl treffen als auch aus dem Weg gehen können. Unter diesen Bedingungen fühlen sie sich wohl und es entstehen

weniger Konflikte. Auch hier zeigt sich der Mehrwert einer Geländemodellierung, weil so z. B. Räume für Rollenspiele und kleine Gruppen entstehen. Die Geländemodellierung trennt unterschiedliche Funktionen und verhindert so Konflikte unter den Kindern.

Sinnvolle Elemente sind z. B.

- Sitzplätze (auch abgeschirmte)
- Häuser, Hütten und Weidentipis
- Höhlen und kleine Räume in Spielgebüsch und Hecken.

4. Kunst und Kreativität

Ein fantasievoll modelliertes Gelände mit seinen vielen Beobachtungs-, Bewegungs- oder Spielmöglichkeiten bietet per se auch viele Anregungen zu Kreativität. Die Pflanzen und naturnahen Baumaterialien, verschiedenfarbige Kiesel, Zweige und Blüten sind für Kinder Anlass zur Gestaltung vergänglicher Mosaiken oder kleiner Modelllandschaften. Neben Sandflächen zum Buddeln sollte unbedingt auch Material zum Bauen wie Steine oder Holzstücke angeboten werden. Kinder wollen ihre Welt gestalten und wir sollten dafür sorgen, dass sie es auch können.

Wasser ist ein weiteres Element, das Kinder lieben, da es sie in hohem Maße zu kreativem Spiel herausfordert. Vorausgesetzt, das Wasserspielgelände besteht nicht aus betonierten Rinnen oder fixierten Staubecken, können sie es stets aufs Neue aufstauen oder umleiten. Daher ist es sehr sinnvoll, Wasser über das Außengelände zu leiten. So werden bei Regen die Wege des Wassers erlebbar, anstatt es vielerorts unsichtbar versickern zu lassen oder über Siele in die Kanalisation abzuleiten.

Noch reizvoller, aber auch kostenintensiver ist es, wenn man das Regenwasser in Zisternen auffängt, sodass die Kinder es nach Bedarf bei milden bis sommerlichen Temperaturen über eine Schwengelpumpe nach oben fördern können. Erfahrungsgemäß lernen Kinder schnell, sich nicht übermäßig »einzunässen«, so dass solche Wasserspiele mindestens an Grundschulen zu einem reizvoll gestalteten Freigelände gehören sollten.⁸

Neben diesen sehr temporären Gestaltungen auf dem Gelände sind aber auch Kunstobjekte gerade in Kitas oder Schulen dafür geeignet, damit Kinder sich mit dem Gelände identifizieren können. Dies können z. B. Steinmosaiken an Wänden und auf Böden sein, ein bunt bemalter Holzzaun oder Skulpturen aus Stein, Holz oder Ton. Aber auch Alltagsgegenstände wie Sitzbänke und Mülleimer können so ein ganz neues Aussehen erhalten.

Das A und O: Multifunktionale Räume

Möglichst viele Kinder sollen diese Landschaft

gleichzeitig auf verschiedene Art und Weise nutzen und bespielen können: Eine Sitzarena aus Stein ist im Schulbetrieb grünes Klassenzimmer oder Freilichttheater, in der Pause Treffpunkt und Kletterwand, bietet beim Schulfest Sitzmöglichkeit für die Gäste und ist Lebensraum von Pflanzen und Tieren.

Wichtig: Schutz der Vegetation vor 100 kleinen Füßen

Damit die vier Funktionsbereiche dauerhaft nebeneinander bestehen können, ist eine Trennung von Pflanz- und Bewegungsflächen nötig, z. B. Absperrungen aus Holz, Durchlaufschutz aus Seilen, dornige Sträucher. Ziel ist, die Bepflanzung in den ersten Jahren so weit zu etablieren, dass sie späteren Nutzungsdruck aushält. Frisch bepflanzte und eingesäte Flächen müssen daher erst einmal die Chance haben, anzuwachsen und groß zu werden. Eine gute Lösung sind höher gelegte Beete mit bepflanzten Trockenmauern aus Natursteinen oder dicken Baumstämmen als Umrandung. Die Mauern bieten den Pflanzen Schutz und sind gleichzeitig schöne Raumelemente, um Bereiche abzugrenzen und Sitzmöglichkeiten zu schaffen.

Nutzerbeteiligung als zentraler Baustein zum Gelingen

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen hat in den vergangenen Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen. Die Schriftenreihe der *Bund-Länder-Kommission* fasst die wesentlichen Aspekte der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen im Ganztagsbetrieb in ihrem Titel treffend zusammen: *Mitbestimmen, mitmachen, mitgestalten*.⁹

Jedoch werden die Plätze, an denen Kinder einen Großteil ihrer Zeit verbringen, in der Regel noch immer ausschließlich von Erwachsenen geplant und gebaut: Kindergärten, Schulhöfe und Spielplätze. Ganz anders sollten wir bei der Anlage von *NaturErlebnisRäumen* verfahren, indem wir sie gemeinsam mit den Nutzer*innen planen, bauen und pflegen. Denn den Beteiligten ist der Weg ebenso wichtig wie das Ziel!

Bei der Umgestaltung einer Außenfläche sollten unbedingt nicht nur einzelne Gruppen – in einer Schule z. B. ein Neigungskurs oder eine Profilklassen – in das Projekt miteinbezogen werden, sondern wirklich alle! Wenn dies geschieht, hat das qualitative Auswirkungen, die unmittelbar zum Gelingen eines Projektes beitragen, denn die Wünsche der Nutzer*innen finden sich später erkennbar in gebauter Form auf dem Gelände wieder. Partizipation



Foto: Stefanie Biele

bedeutet die konsequente Beteiligung der Nutzergemeinschaft von der Planung und Finanzierung über die Umsetzung bis zur Pflege eines *NaturErlebnisSchulhofs*.

Selbstwirksamkeit und Demokratiebildung

Kinder und Jugendliche (sowie Erwachsene) erleben in diesem Prozess die Möglichkeit, ihre Lebensumwelt selbst zu gestalten. Sie erfahren, dass ihre Wünsche ernst genommen werden. Neben dem ökologischen Gewinn steht mit dem Erlebnis der Selbstwirksamkeit eine wichtige Erfahrung in demokratischer Teilhabe. Das ist Demokratieerziehung in reiner Form – und in einer Zeit schwindenden Vertrauens in unsere liberale Demokratie von unschätzbarem Wert.

Identifikation beugt Vandalismus vor

Kinder und Jugendliche, die an Planungs- und Umsetzungsprozessen beteiligt sind, identifizieren sich in der Regel stark mit ihrem Projekt. Flächen, die von Kindern angelegt, oder Pflanzen, die von ihnen gesetzt wurden, erfahren eine ganz andere Wertschätzung und die soziale Kontrolle unter den Kindern ist sehr viel größer. Das kann selbst über Jahre noch wirken, wenn z. B. das jüngere Geschwisterkind sich an eine Aktion des älteren erinnert. Auch in den Stadtteil kann so ein Gemeinschaftsprojekt wirken und wenigstens zum Teil Vandalismus durch Fremde reduzieren.

Dabei steht der Prozess unter zwei wichtigen Fragen:

1. Was wollen wir erleben?
2. Was können wir selber bauen, damit diese Ergebnisse möglich werden?

Es geht also nicht um die Frage »Was wollt ihr haben?«, denn diese führt immer zum Blättern von Katalogen und zu erheblichen Kosten. Stattdessen geht es um eine Auflistung der gewünschten Funktionen, zum Beispiel: Plätze für Kommunikation in kleinen Gruppen, Orte des meditativen Naturerlebens oder Flächen mit spezifischen Spielherausforderungen.

Fazit:

Ein auf diese Weise abwechslungsreich und vielseitig gestalteter *NaturErlebnisRaum* führt insgesamt zu einer höheren Aufenthaltsqualität in der Kita, zu einem besseren Schulklima, zur Reduzierung von Unfällen, zu weniger Vandalismus und zur Abnahme von aggressiven Handlungen.

Ein Grund, warum auch die Unfallkassen für diese Art der Außenraumgestaltung werben. So plädiert die *Gesetzliche Unfallversicherung* schon seit Jahren für mehr Unfallverhütung und Gesundheitsförderung durch die Anlage bewegungsförderlicher,

anregender Außenräume: »Sterile, ungegliederte Gelände versinnbildlichen Gleichgültigkeit gegenüber den Bedürfnissen der Menschen und erzeugen ein Gefühl von Unveränderbarkeit. Natur mit dem Rhythmus von Wachsen, Blühen, Fruchten, Welken besitzt wohl den stärksten Aufforderungswert, aktiviert Sinne und Organe. Ein naturnahes Umfeld lädt Schülerinnen und Schüler ein, sich beobachtend, pflanzend und lernend, aber auch quatschend, spielend, kletternd und tobend mit Pflanzen und Tieren zu befassen. Erst mit naturnahen Spiel- und Aufenthaltsräumen verwandeln sich die Gelände in lebendige Spiel- und Lernorte.«¹⁰

STEFAN BEHR war über 20 Jahre Grundschullehrer und initiierte 2016 an der *Ganztagsgrundschule Sternschanze* die Umwandlung des Außengeländes in einen *Natur-ErlebnisSchulhof*. Er ist seit 2019 in Teilzeit auch am LI Hamburg tätig, wo er Schulen auf ihrem Weg zum naturnahen Schulgelände berät. Er ist Sprecher des *Arbeitskreises NaturErlebnisRäume* und der Regionalgruppe Hamburg des Vereins *NaturGarten e. V.* Inzwischen ist Stefan Behr ein gefragter Experte auf seinem Gebiet, publiziert in Fachzeitschriften und hält bundesweit Vorträge.

Information und Beratung am LI Hamburg

Wenn Sie zur Umgestaltung Ihres Schulgeländes noch Ideen und Anregungen benötigen, können Sie sich an das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung wenden und über ein Abrufangebot oder eine Fortbildung Beratung erhalten.

Aktuelle Fortbildung

Da blüht uns was! – Vom grauen Außengelände zum blühenden NaturErlebnisSchulhof
Mittwoch, 12.06.2024, 15 bis 18 Uhr
Ort: Ganztagsgrundschule Sternschanze,
Altonaer Straße 38
Veranstaltungs-Nr.: 2413A1401

Finanzielle Unterstützung

Zur Förderung naturnaher Schulgelände steht der Fonds *Naturnahe Schulgeländegestaltung* der BSB in Höhe von 80.000 € jährlich zur Verfügung. Ein entsprechender Antrag auf Förderung muss von Ihrer Schule bis zum 31.12. eines Jahres eingereicht werden. Die Fördersumme liegt derzeit bei maximal 10.000 €, wobei die beantragte Summe durch einen Eigenbeitrag in mindestens derselben Höhe zu ergänzen ist. Nach Prüfung erfolgt die Zusage bis Ende Januar. Alle weiteren Informationen entnehmen Sie bitte den Antragsformularen und Hinweisen im Downloadbereich unter <https://li.hamburg.de/naturnahe-schulgelandegestaltung/>.

Kontakt

Stefan Behr, Tel.: 040/42 88 42-552,
Mobil: 0177/33 58 308,
E-Mail: stefan.behr@li.hamburg.de

Anmerkungen

- ¹ Rot-grüner Koalitionsvertrag 2020, S. 136.
- ² Ulrich Gebhard: *Kind und Natur – Die Bedeutung der Natur für die psychische Entwicklung*, Wiesbaden: Springer 2020.
- ³ Andreas Raith und Armin Lude: *Startkapital Natur: Wie Naturerfahrung die kindliche Entwicklung fördert*, München: oekom 2014.
- ⁴ Behörde für Schule und Berufsbildung: *Musterflächenprogramm für inklusive allgemeinbildende Schulen mit Ganztagsangeboten in Hamburg*, Mai 2018.
- ⁵ https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Naturschutz/masterplan_stadtnatur_bf.pdf
- ⁶ Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung: *DGUV Information 202-022: Außenspielflächen und Spielplatzgeräte*.
- ⁷ <https://bjsm.bmj.com/content/bjssports/54/24/1451.full.pdf>
- ⁸ Eine Berliner Grundschullehrerin berichtete, dass die Befürchtung, Kinder würden ständig durchnässt aus der Pause kommen, sich nicht bestätigt habe. Tatsächlich müssten nur äußerst selten Kinder ihre Kleidung wechseln.
- ⁹ Birger Hartnuß und Stephan Maykus: *Mitbestimmen, mitmachen, mitgestalten. Entwurf einer bürgerschaftlichen und sozialpädagogischen Begründung von Chancen der Partizipations- und Engagementförderung*, (Beiträge zur Demokratiepädagogik), Berlin 2006/66.
- ¹⁰ Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung: GUV-SI 8073, in: DGUV Information 202-063: *Schulhöfe planen, gestalten, nutzen*.

Die GEW Hamburg ist Unterstützerin folgender Veranstaltung:

Bundeskongress NaturErlebnisRäume Schulen, Kitas & öffentliche Spielflächen
Am 6. und 7. Juni 2024 in Hamburg (Wälderhaus) und Online Workshops, Keynotes und Exkursionen liefern Hintergrundinformationen, Handlungsoptionen und Praxistipps. Engagierte Institutionen stellen sich vor. Politische Forderungen können aktiv mitgestaltet werden.
Weitere Informationen unter: <https://www.duh.de/projekte/bundesweit/bundeskongress/>



Foto: Martin Emele





Einen Evolutionsweg für Hamburg!

Auch das ist Naturbildung – in Hamburg kämpft eine Initiativgruppe für einen Lehrpfad zur Evolution

Auch wenn es in Bibel und Koran anders steht: Unsere Erde entstand ziemlich sicher, wie uns die Wissenschaften sagen, zusammen mit der Sonne und den anderen Planeten schon vor rund 4,6 Milliarden Jahren. Und die besondere Konstellation im Kosmos erlaubte, dass sich auf der Erde vor etwa 4,1 Milliarden Jahren aus unbelebter Materie Leben entwickelte. Viel, viel später, wahrscheinlich erst vor rund sechs Millionen Jahren dann, begannen die ersten Vorfahren des heutigen Menschen das Land – zunächst in Afrika – zu besiedeln.

Noch vor etwa 200 Jahren konnten wir die Entstehungsgeschichte des Lebens gar nicht kennen. Erst die Erkenntnisse auf zahlreichen Gebieten der Wissenschaft und Forschung ließen eine zusammenhängende Erklärungsweise entstehen: die sich auch heute noch weiter entwickelnde Evolutionstheorie. »Erst die Evolutionstheorie«, so fasst es der Freiburger Physiker und Philosoph Prof. Gerhard Vollmer in seinem Lebenswerk *Im Lichte der Evolution* zusammen, »bietet die Möglichkeit, das Gegenwärtige aus dem Vergangenen zu erklären; erst die Evolutionstheorie macht den Rückgriff auf einen Schöpfer ... überflüssig«.

In Hamburg haben sich jetzt mehrere Bürger*innen zu einer Initiativgruppe zusammengeschlossen, die vor Ort einen *Lehrpfad zur Evolution* einrichten lassen wollen. Auf Initiative der dem evolutionären Humanismus verpflichteten *Giordano-Bruno-Stiftung* haben sich bereits in mehreren deutschen Städten und Gegenden ein Dutzend solcher Initiativgruppen gebildet und vor Ort einen solchen *Evolutionsweg* eingerichtet (<https://evolutionsweg.de/standorte/>). Das Konzept sowie die dazu erstellten Bildtafeln mit Lehrtexten entstanden jeweils unter Beratung und Anleitung von Wissenschaftler*innen und Didaktiker*innen.

Der *Evolutionsweg Hamburg* soll auf einem öffentlichen Grundstück oder Weg auf etwa 1000 Metern Länge die wichtigsten Stationen der rund 4,1 Milliarden Jahre lange Geschichte des Lebens auf Erde darstellen und erläutern. Von den ersten Spuren des Lebens bis heute, auf den letzten Zentimetern: Homo sapiens. »Mit jedem Meter, mit jedem großen Schritt überwindest du gut 4 Millionen Jahre«,

erklären die Initiator*innen, »jeder Millimeter steht für ca. 4000 Jahre, also die Zeit, die seit dem Bau der Pyramiden in Ägypten bis heute verging. Fühle mit jedem Schritt, wie viel Zeit das Leben auf der Erde brauchte, sich zu entwickeln, bis – vor vergleichsweise sehr kurzer Zeit – mit uns Menschen Lebewesen entstanden, die Pyramiden bauen und zum Mond fliegen können«.

Klar, dass die Hamburger Aktiven Aufstellung, Wartung und Pflege der rund 20 aufgestellten Schilder übernehmen würden. Geplant sind auch eigene Führungen über den Lehrpfad. Zusätzlich wurden mittlerweile attraktive Lehrmaterialien für Schüler*innen entwickelt (über die wir in einer kommenden *hlz* berichten werden). Die zuständige Hamburgische Behörde, die zur Einrichtung eines Evolutionsweges angefragt wurde, konnte sich bislang nicht zu einer Zusage für eine entsprechende Einrichtung durchringen. Dabei konnte die Initiativgruppe *Evolutionsweg Hamburg* bereits mehrere interessante Vorschläge unterbreiten (siehe dazu per Google mehrere YouTube-Videos).

Das gesamte Projekt wird mittlerweile auch von den Organisationen des *Säkularen Forums Hamburg* unterstützt. Denn die konfessionsfreien Mitglieder, die sich dort zusammengeschlossen haben, sind durchaus enttäuscht, dass sich Hamburgs Behörde mit der Einrichtung eines Evolutionspfades so schwertut. Denn die inzwischen mehr als 13 Einrichtungen in den anderen Bundesländern haben sich bestens bewährt.

TOM BRANDENBURG für den GEW-Arbeitskreis Philosophie und Religion (PuR)



Erste Hanseatische Botschaft der Wildtiere

Ein Gespräch der hz-Redaktion mit Ivo Bozic, dem Leiter der Naturbildung in der Deutschen Wildtier Stiftung, über die bald in der HafenCity eröffnende Botschaft der Wildtiere. Ab dem Sommer wird es dort Ausstellungen und eine Lernwerkstatt geben, die sich besonders an Grundschulen, aber auch an Kitas, Gymnasien und Stadtteilschulen richten wird.

(S) Anlass unseres Gespräches ist ein konkretes Projekt, das nicht nur bei Tierfreund*innen für höherschlagende Herzen sorgen könnte, sondern auch bei Pädagog*innen. Was hat die Deutsche Wildtier Stiftung dort unten am Hafn konkret vor?

Ivo Bozic: In der HafenCity ist das größte Holzhochhaus Deutschlands errichtet worden, das *Roots*. In dieses wird die *Deutsche Wildtier Stiftung* einziehen und dort die *Botschaft der Wildtiere* eröffnen. Die Botschaft umfasst eine 2200 qm große Dauerausstellung zu heimischen Wildtieren, ein Naturfilmkino, eine Lernwerkstatt und einen Gastronomiebereich. Das Ganze wird Ende des Sommers eröffnet.

(S) Was werden die Schwerpunkte der Ausstellung sein?

Wir werden vor allem die heimische Tierwelt vorstellen: Auf einer Etage geht es um die Biologie der Tiere: Wie sie ihr Leben gestalten, welche Strategien sie nutzen, welche Fähigkeiten sie besitzen, wie sie die Welt wahrnehmen, sich ernähren und fortpflanzen. Auf der anderen Etage wird es um ihre Lebensräume gehen, und damit auch um das Thema Naturschutz. Dort geht es um den Wald, die Wiese, den Acker, die Städte und die Meere.

(S) Welches pädagogische Konzept steht hinter eurer Lernwerkstatt?

Wir werden die Lernwerkstatt erst einmal für Grundschulklassen öffnen, später aber auch für

die Sekundarstufe I oder jüngere Altersgruppen, so dass Kitas und Klassen weiterführender Schulen herzlich willkommen sein werden...

Als Pädagog*in kannst du künftig eines der angebotenen Module auswählen, dabei stehen immer Wildtiere Mittelpunkt: Wie wohnen die Tiere, über welche Sinne verfügen sie? Was ist ein Wildtier, was ein Nutztier? Die Klasse kommt zu uns und in den nächsten drei Stunden heißt es für die Lehrperson, dass sie sich etwas zurücknehmen kann, denn die Kinder sollen selbstständig an verschiedenen Stationen Sachen entdecken, ausprobieren, basteln, experimentieren. Ihre Neugierde wird geweckt, sie werden motiviert, ihre eigenen Fragen zu stellen und finden Voraussetzungen vor, diese im besten Falle selbst zu beantworten.

(S) Forschendes, entdeckendes Lernen als Ansatz? Mit welchen Präparaten, Instrumenten, Werkzeugen, Methoden?

Es wird zum Beispiel Tierfelle zum Anfassen geben und es kann mit unterschiedlichen Naturmaterialien gebastelt werden. Ein Modul wird etwa den Bau eines Schwalbennestes beinhalten. Es kommt aber auch moderne Technik zum Einsatz: Mikroskope und Tablets zum Recherchieren oder um Fotos und Videos aufzunehmen. Wichtig ist das Konzept der Lernwerkstatt selbst: das freie forschende Lernen. Das haben wir bewusst gewählt. In der Naturpädagogik gehen wir ja normalerweise nach draußen in die Natur, wo bei den Kindern die Neugierde meist von allein geweckt wird, so dass sie sich ihre eigenen Fragen stellen und sich dranmachen können, diese zu beantworten. Das funktioniert draußen ganz toll. In der Naturpädagogik wird die Natur zum Motor für selbständiges entdeckendes Lernen mit allen Sinnen.

Wir haben als Stiftung eine gute Expertise in der Förderung von Naturerfahrungen: Wir fördern Waldtage für Schulklassen, verfügen über ein Schullandheim und ein bewährtes Netzwerk mit Natur- und Waldkindergärten, mit denen wir uns austauschen. Ein Angebot für drinnen zu schaffen, war für uns etwas Neues. Wir haben uns gefragt, welches pädagogische Konzept kommt dem des freien, forschenden Lernen in der Natur am nächsten. Und da war die Antwort: das Konzept Lernwerkstatt.

(A) Spannend an eurem Projekt ist nicht nur diese pädagogische Komponente, sondern auch die cineastische: Es beinhaltet ein Naturfilmkino, so dass diese Filmgattung endlich einmal einen besonderen Raum bekommt. Auch haben ja Tierdokumentationen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung in den

Lebensgeschichten derer, die sich für Natur begeistern und engagieren.

In der Naturbildung denken wir: Menschen sollen raus in die Natur, um eigene Naturbeobachtungen und Naturerfahrungen zu machen. Dies ist der beste Weg zu einem verantwortungsvollen Naturbewusstsein. Diese Erfahrungen sind aber begrenzt. Naturfilme eröffnen uns noch viele weitere Möglichkeiten: Einem Schweinswal beim Tauchen zuzuschauen, in die Niströhre einer Wildbiene zu kriechen – das kannst du nicht unmittelbar so erfahren. Es können auch nicht einfach zwei Millionen Hamburger*innen zum Rothirschbrunftspektakel pilgern, das wäre zu viel Voyeurismus für die Tiere. Naturfilme begeistern Menschen aller Altersgruppen für die Tierwelt und vermitteln zugleich Wissen. Es ist daher ein großartiges Medium der Naturbildung, dem unsere Stiftung auf vielfältige Weise verbunden ist. In unserem Kino in der HafenCity bieten wir nun dem Naturfilm eine Ständige Vertretung und mit den *European Wildlife Film Awards*, einem hoch dotierten Filmpreis, den wir ausloben, möchten wir das Genre fördern und die Filmschaffenden unterstützen. Für Schulklassen wird unser Kino ein neuer Vorführort, zum Beispiel als Teil der *SchulKinoWoche Hamburg*.

(A) Euer Ansatz verfolgt ja, ein bestimmtes Naturverständnis vermitteln zu wollen. Welche konkrete Rolle spielen hierbei Naturerfahrungen? Denn auch wenn ihr diese im Innenraum nicht unmittelbar generieren könnt, führt ihr ja an diese heran und unterstreicht deren Wichtigkeit.

Wir hoffen, dass wir drinnen so viel Interesse und Neugier bei den Kindern wecken können, dass sie mehr Lust haben rauszugehen, um ihre eigenen, individuellen Erfahrungen zu machen.

Unser Ziel ist es, dass Kinder von sich aus der Natur einen Wert zusprechen, dass sie das so empfinden, weil sie es als wertvoll erlebt und deswegen ihr eigenes Interesse entwickelt haben, diese Natur zu erhalten. Da muss man ihnen nicht mit erhobenem Zeigefinger gegenübertreten, um ihnen zu sagen, dass sie dieses oder jenes zu tun oder nicht zu tun haben oder ein bestimmtes Engagement an den Tag legen müssten. Gerade für jüngere Kinder ist es aus unserer Sicht sehr viel sinnvoller, sie für die Natur, für die Tierwelt zu begeistern, sie neugierig zu machen. So werden sie ganz von allein ein verantwortungsvolles Verhältnis zur Natur entwickeln – und auch ein sachorientiertes; das ist in unseren Zeiten der *neuen Naturromantik* nicht selbstverständlich. Es gibt neben der zunehmenden Naturentfremdung gleichzeitig einen Trend zur *Naturromantik*, die

ebenfalls kaum dazu beiträgt, die Natur zu erhalten, weil man keine richtigen Kenntnisse, sondern eher ein idealisiertes Bild von der Natur hat.



Kinder in der Großstadt, gerade aus sozial benachteiligten Familien, haben es definitiv schwerer, Naturerfahrungen zu machen, das zeigen viele Studien. Da geht es beispielsweise um das Problem der Mobilität, um die Schwierigkeit, überhaupt aus dem eigenen Kiez rauszukommen, um bewusst an den Stadtrand in einen Wald oder in ein Naturschutzgebiet zu reisen. Soziale Probleme schränken zudem die Wahrnehmung von Natur im Wohnumfeld ein. Da gibt es in der Familie oft wichtigere Dinge zu besprechen, als die Frage, ob die Schwalben zurück sind.

(S) Die Erfahrung an Stadtteilschulen oder anderen Bildungseinrichtungen in sozialen Brennpunkten ist, dass viele Schüler*innen gar nicht wissen können, wie viele schöne Naturschutzgebiete es in Hamburg gibt, ob nun der Duvenstedter Brook oder das Gebiet um die NABU-Vogelstation in der Wedeler Marsch – alle in

nächster Nähe! Werdet ihr auf diese Orte in eurer Ausstellung hinweisen und habt ihr da entsprechende Kooperationspartner*innen eingebunden?

Selbstverständlich, das sind wunderschöne Naturgebiete und wir kooperieren ohnehin eng mit allen Akteuren des Naturschutzes. Wir weisen aber auch ganz aktiv darauf hin, dass das Naturerleben vor der eigenen Haustür beginnt. Wir werden in der Ausstellung eine Abteilung zur Stadtnatur haben; darin gibt es einen großen Stadtplan, auf dem die Besucher*innen mithilfe von Magneten eigene Tiersichtungen in Hamburg markieren können. Es gehört auch zu einem guten Naturverständnis, zu begreifen, dass Natur nicht irgendwo draußen im Wald als Spektakel stattfindet, sondern dass sie an der eigenen Nasenspitze beginnt und man sie überall wahrnehmen kann. Ob da nun ein Vogel am Himmel vorbeifliegt oder eine Fliege an der Zimmerwand sitzt, man hat fast immer ein Tier im Blick.

(A) Diese Antwort spießt ja ein romantisierendes Moment in unserer eigenen Frage auf, die ja in der Formulierung gerade andeutete: Wir haben dort draußen ein Naturschutzgebiet, so eine Art Reservat, in dem alles wachsen darf und dies wäre dann die Natur, weil es dort wild und ungezähmt vor sich hin wuchert und wir kein Auto mehr hören...

In Naturschutz- und Wildnisgebieten kann man natürlich andere Arten als mitten in der Stadt beobachten; Arten, die unseren Alltag sonst nicht einmal streifen. Es ist absolut zu begrüßen, wenn sich jemand auch diese Oasen anschaut. Und solche Gebiete müssen aus Sicht des Artenschutzes auch gefördert und vermehrt werden.

(A) Ja, dazu wollte ich auch nicht in Widerrede gehen, sondern betonen, dass es nicht zwingend den Tagesausflug über den Speckgürtel Hamburgs hinaus braucht, um Natur zu erleben, sondern dass wir auch in weniger aufwendiger Weise Naturerfahrungen machen und vermitteln können.

Ja, absolut. Auch gerade in den Schulen oder Kindergärten geht das. Alle haben eine Außenfläche, die man grüner gestalten kann, als Lebensraum zum Beispiel für Wildbienen, Schmetterlinge oder Singvögel. Da kann man so viel machen und das lässt sich ganz wunderbar in den Unterricht integrieren. Wenn man auf dem Pausenhof Spatzen hat,

um die man sich als Klasse kümmert, etwa durch Nisthilfen und Futterpflanzen, dann hat man Gesprächsanlässe und Themen für das ganze Schuljahr.

(A) Du hast darüber gesprochen, dass es ein wesentliches Anliegen eurer Lernwerkstatt ist, Naturerfahrungen zu machen, dass es um ein wertschätzendes, ökologisches Verständnis von Natur geht und auch darum, unserer Gesellschaft Natur näherzubringen. Hat das nicht auch einen Klassenaspekt? Denn schließlich geht es mit solchen pädagogischen Angeboten auch darum, Kindern Naturerfahrungen zu ermöglichen, deren Eltern nicht die Ressourcen haben für einen Garten oder Ausflüge ins Weltnaturerbe. Es geht doch um eine grundlegende Befähigung, sich mit Natur beschäftigen zu können, selbst wenn die Grenzen des eigenen Stadtteils nicht überschritten werden!

Kinder in der Großstadt, gerade aus sozial benachteiligten Familien, haben es definitiv schwerer, Naturerfahrungen zu machen, das zeigen viele Studien. Da geht es beispielsweise um das Problem der Mobilität, um die Schwierigkeit, überhaupt aus dem eigenen Kiez rauszukommen, um bewusst an den Stadtrand in einen Wald oder in ein Naturschutzgebiet zu reisen. Soziale Probleme schränken zudem die Wahrnehmung von Natur im Wohnumfeld ein. Da gibt es in der Familie oft wichtigere Dinge zu besprechen, als die Frage, ob die Schwalben zurück sind. Auch fehlendes Wissen ist ein Problem: Nicht wenige Stadtmenschen denken bei bestimmten Geräuschen, da ist nachts eine Autoalarmanlage angegangen – sie kommen gar nicht auf den Gedanken, dass das Geipese von Waldohreulenküken stammen könnte. Man braucht gerade in der Stadt etwas mehr Wissen, um Natur überhaupt wahrzunehmen. Aber es ist kein reines Stadt-Land-Problem, denn auf dem Dorf kann man auch zwischen zwei Maisfeldern leben und man sieht nur wenige Tiere. »Auf dem Land« bedeutet nicht automatisch »in der Natur«. Große Teile dieses »Lands« sind industrialisierte Agrarwüsten. In der Stadt gibt es mehr Tierarten und mehr zu sehen, als man denkt.

Gerade in Bezug auf den sozialen Aspekt fällt der Schule eine bedeutende Aufgabe zu: Dort sollte allen Kindern aus allen Schichten und Milieus ein gleicher Zugang zu Bildungsthemen, zu Naturthemen ermöglicht werden – und da wollen wir helfen mit unserem Angebot. Es besteht eine große Nach-

BOTSCHAFT



DER WILDTIERE

frage nach solchen außerschulischen Lernorten. Wir stimmen unser Angebot – im Austausch mit der BSB – mit dem Bildungsplan ab. Und wir hatten auch schon die Gelegenheit, unsere Lernwerkstatt bei den Landesfachkonferenzen vorzustellen. Es gibt bereits Anfragen von Lehrer*innen zu unserem Bildungsangebot, obwohl wir noch gar nicht eröffnet haben. Wir hoffen, dass künftig möglichst viele Schulklassen daran teilnehmen können!

(A) Es ist wichtig, mit Angeboten wie eurer Lernwerkstatt das auszuweiten, was in den Bildungsinstitutionen vorhanden ist, denn von engagierten Schüler*innen – ob nun bei Fridays for Future oder den Naturschutzverbänden – wird oft geäußert, dass sie sich von der Hamburger Bildungslandschaft nicht ausreichend vorbereitet fühlen auf die bevorstehenden ökologischen Herausforderungen wie Artensterben und Klimakatastrophe.

Natürlich sind engagierte Lehrer*innen oder Schüler*innen, die Arten- oder Naturkenntnis mitbringen, eine große Hilfe beim Engagement um den Erhalt der Biodiversität. Deswegen werden wir auch gutes Bildungsmaterial zur Verfügung stellen, so dass sich die Lehrkräfte auf den Besuch der Lernwerkstatt vorbereiten können und genau wissen, was auf sie zukommt. Und damit sie auch gutes Material haben, um den Ausflug nachzubereiten. Der Klassenausflug soll ja nachhaltig wirken.

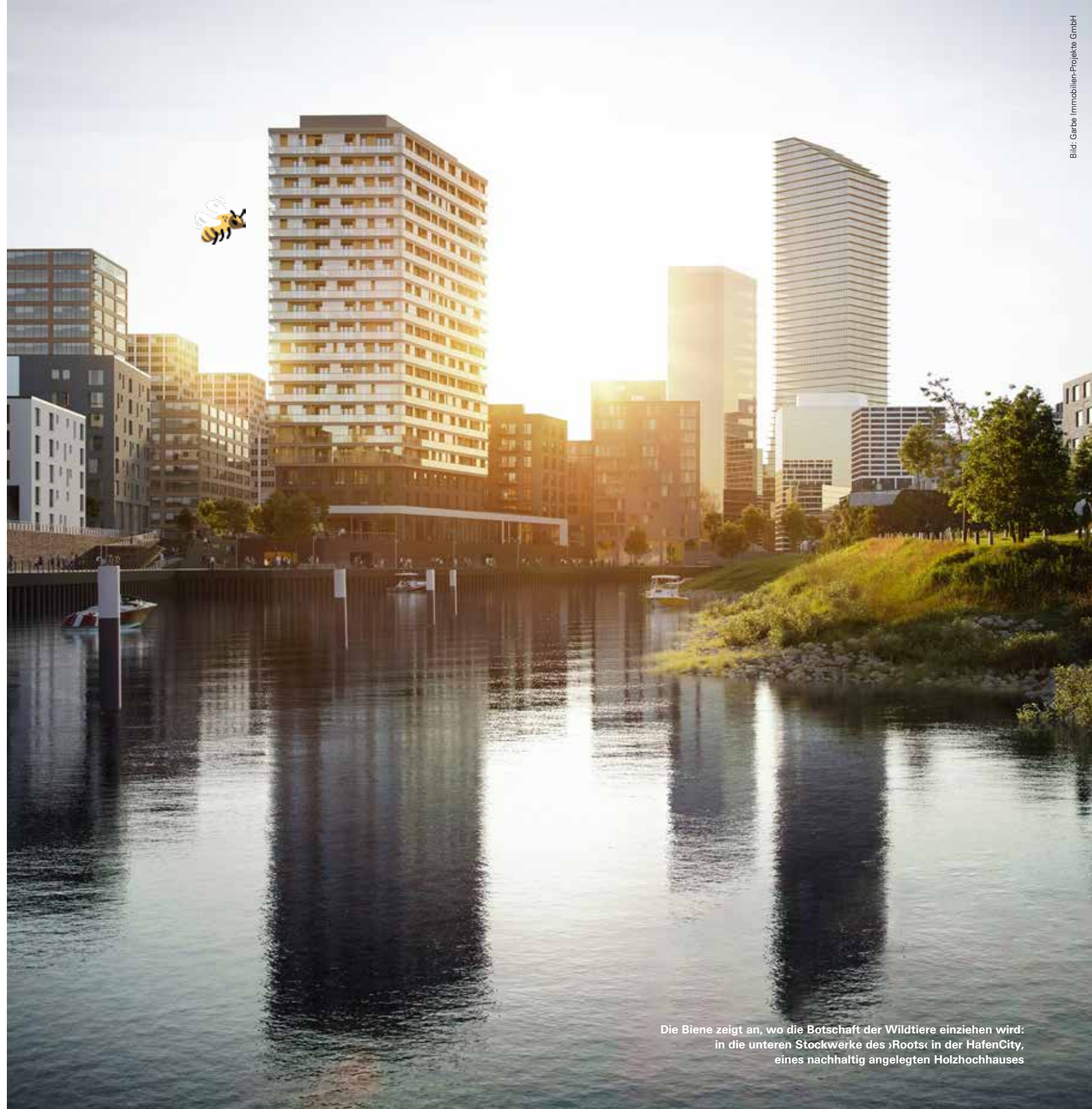
(S) Ich möchte noch einmal auf den Punkt zurückkommen, dass Natur nicht romantisert werden sollte – so, als ob dann die Natur das Ideal sein könnte, wie wir Gesellschaft gestalten müssten. So eine Vorstellung drückt sich ja

oft in schlechten Naturdokumentationen aus, in denen der Mensch als das Problem erscheint, der durch seine >Gier< das Übel in die eigentlich gute Naturordnung gebracht habe. Aber ist es nicht wichtig, in der Naturpädagogik auf die gesellschaftlichen Gründe einzugehen, warum wir in Deutschland seit Jahrhunderten keine einfach funktionierenden Ökosysteme mehr haben? Diese Landschaft ist schon lange keine >Naturlandschaft< mehr, sondern seit Jahrtausenden gesellschaftlich bestimmt. Inwiefern reflektiert eure Ausstellung, dass es eben gesellschaftliche Verhältnisse waren und weiterhin sein werden, die unsere Natur bestimmen? Es sind ja moderne Gesellschaften, die zum größten Artensterben seit mehreren Millionen Jahren führten.

Genau darum geht es in unserer Dauerausstellung: Zu zeigen, dass Mensch und Wildtier hierzulande zusammenleben müssen – und können. Letztlich hängt die Artenvielfalt in jeder Beziehung vom Menschen ab, wir haben also eine sehr große Verantwortung. 50 % der Fläche Deutschlands ist Landwirtschaft, ein Drittel ist Forstwirtschaft – es ist offensichtlich, dass alles, was wir tun, direkt für die Lebensbedingungen der Tiere und Pflanzen relevant ist und deswegen beschäftigen wir uns auf einem großen Teil der Ausstellungsfläche mit der ökonomischen Nutzung der Natur.

Das »Zurück-zur-Natur«, das man dieser Tage wieder vermehrt hört, die Verklärung des vermeintlich Ursprünglichen ist leider keine Hinwendung zur Natur, sondern die Simulation einer Natürlichkeit, die es gar nicht gibt. Denn in der Natur ist nichts ideal und unveränderlich, da ist alles im steten Wandel. Sonst gäbe es keine Evolution. Doch viele Menschen sehnen sich inmitten der großen Krisen und apokalyptischen Ängste nach einer heilen Welt. Die rousseausche Hoffnung, dass der Mensch in der Annäherung an seinen Naturzustand zu seinem guten Wesen zurückfinde, ist angesichts der politischen Weltlage zwar verständlich. Doch anders als zu Zeiten Jean-Jacques Rousseaus können wir heute wissenschaftlich belegen, dass mit unserer Vorstellung von Natürlichkeit weder Gesellschaft noch Natur »geheilt« werden können.

(S) Bevor wir unsere Leser*innen durch eine detailgenaue Kapitalismusanalyse verlieren, gehen wir doch mal zum Proletariat der Tierwelt über, zu den >Schwächsten< der Schwachen: den Insekten. Gerade bei Naturdokumen-



Die Biene zeigt an, wo die Botschaft der Wildtiere einziehen wird: in die unteren Stockwerke des »Roots« in der HafenCity, eines nachhaltig angelegten Holzhochhauses



Die Naturbildung ist ein weites Feld, dazu gehört die Artenkenntnis, die in Deutschland leider auf der Roten Liste des bedrohten Wissens steht. Wenn man gar nicht weiß, welche Tiere vom Aussterben bedroht sind, welche Tiere wir verlieren könnten, dann kann man sich auch gar nicht für ihren Schutz einsetzen. Man kann keine Empathie für Tiere entwickeln, die man nicht kennt.

tationen kommen diese nur selten vor, da gibt es bestimmte Erzählungen, die sich um eine säugende Mutter, ihre hilflosen Jungen und den Angriff des >bösen< Beutegreifers drehen, in denen aber relativ selten >niedere< Tiere überhaupt Erwähnung finden. Das zeigt sich doch auch bei Kindern, wenn Tiere wie Reptilien, Amphibien oder Wirbellose immer noch starke Ängste auf sich ziehen, Tiere, die eine extrem wichtige Funktion in den Ökosystemen haben und großen Bedrohungen ausgesetzt sind. Inwieweit geht ihr darauf in euren Naturbildungsangeboten ein?

Das ist das Schöne an der Naturpädagogik: dass man dies den Kindern überhaupt nicht erklären muss. Das wissen die von ganz allein. Die sehen einen Käfer und dabei blicken sie auch in einen Spiegel: Sie entdecken das Leben. Sie sehen etwas, das lebt, das etwas fressen und sich selbst schützen muss, das verletzlich ist und das sterben kann, etwas, das sich verändert und im Wandel ist. So wie alles, was lebt. Das können sie an dem Käfer erkennen und das ist der Einstieg, sich selbst zu erkennen und ein Verständnis von sich als Mensch zu

entwickeln. Tiere zu entdecken bedeutet für Kinder maßgeblich, sich selbst zu entdecken. Kinder wollen das Rätsel des Lebens ergründen – und sie können beim Käfer anfangen zu verstehen. Auch deswegen ist Naturpädagogik so wertvoll.

(A) Diese Wichtigkeit ist unbestritten. Aber die Kinder kommen doch nicht aus dem Nichts und sehen diesen Käfer, sondern sie wachsen in einer Gesellschaft auf, in der eine Geringschätzung von Insekten und Wirbellosen vorhanden ist, die durch eine alltägliche Praxis vermittelt wird. Um so einen Käfer in einer gewissen Weise wahrzunehmen, eben als Lebendiges, sich Veränderes, und um mich selbst darin sehen zu können, muss ich doch schon etwas wissen. Genau das ist doch die Aufgabe der Naturpädagogik, an dieses Wissen, dass ich für diese Art von Erfahrungen brauche, heranzuführen.

(S) Hier ist doch auch zu bedenken: Es ist viel einfacher, ein Insekt zu töten, damit haben wenige Menschen ein wirkliches Problem – gerade wenn es sticht und beißt und Blut saugt. Wenn es um eine Maus oder einen Vogel geht, wird es schon problematischer. Da fließt Blut heraus, es knackt und bricht etwas, fürchterlich! Geht es im Umgang mit Insekten oder Spinnentieren nicht eher um eine bestimmte Fremdheits- erfahrung, um Erfahrungen, die man anders sammelt, weil man diese Tiere nicht einfach streicheln kann und weil sie merkwürdige Verhaltensweisen zeigen, in denen man sich schwieriger oder nur anders spiegeln kann?

Das ist schon richtig, aber mit den auf Wildtiere bezogenen Naturerfahrungen ist es ja so: Du kannst vielleicht ein Eichhörnchen auf den Balkon locken oder diverse Singvögel im Winter ans Futterhaus – aber in der Hand halten? So richtig nah beobachten? Selbst der Igel, der Maulwurf und all diese Tiere, die Kinder gerne mögen, die werden sie vermutlich nie in der Hand halten können wie einen Käfer! Insekten, Würmer und all diese vermeintlich niederen Tiere können für Kinder eine ganz andere Größe entfalten. Die sind greifbarer im wahrsten Sinne des Wortes.

(A) Aber dass dies auf eine sorgsame Weise geschieht, ist das dann nicht auch die Aufgabe der Naturpädagogik?

Ich weiß noch, wie ich als Kind eine dreizackige kleine Harpune geschenkt bekam. Ich stocherte damit am Strand im Wasser herum und tatsächlich erwischte ich einen kleinen Fisch! Ich bin vor Schreck fast gestorben, habe das Ding weggeschmissen, geweint, der Fisch tat mir unendlich leid. Dazu brauchte ich keine Belehrung. Auch solche Erfahrungen gehören dazu. Aus mir ist trotzdem ein Tierfreund geworden, vielleicht sogar auch wegen eines solchen Erlebnisses. Und es klingt brutal, aber auch das Töten ist eine Naturerfahrung; viele Tiere töten andere Tiere, um sie zu fressen oder um sich zu verteidigen oder einen Vorteil zu verschaffen.

Wichtig ist natürlich, den Respekt vor dem Leben zu vermitteln. Wenn Kinder viel draußen in der Natur sind, wenn sie die Natur nicht nur als Besuchsort, sondern als Alltag und sich selbst als Teil dessen kennenlernen, dann stellt sich dieser Respekt jedoch in der Regel von alleine ein. Grausamkeit gegenüber Tieren wirst du bei Waldkindergartenkindern so gut wie nie antreffen.

(A) Sich an Natur zu bilden spielt eine enorm wichtige Rolle für die kindliche Entwicklung – es klärt auf und bringt in Bewegung. Muss es in der Naturpädagogik nicht auch konkret um so etwas wie eine Bewegung gegen das Artensterben gehen?

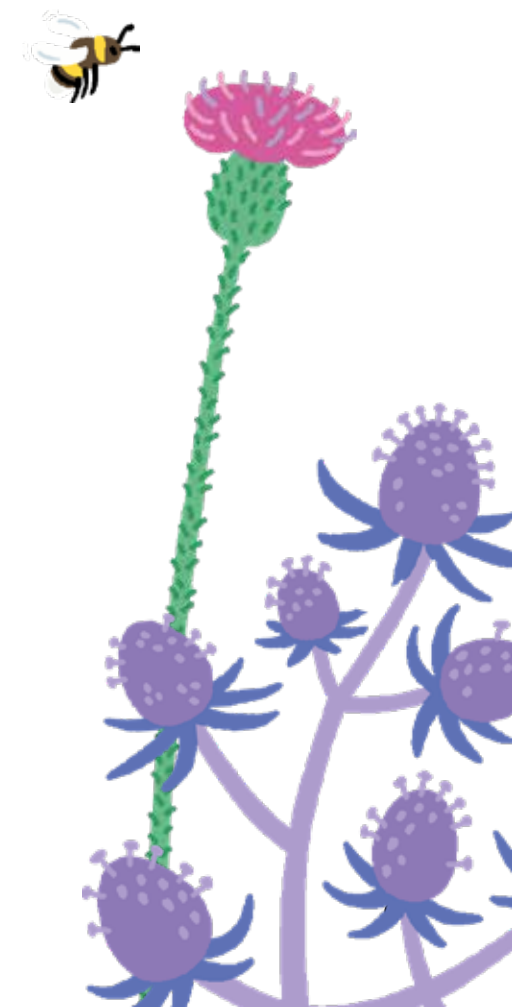
Die Naturbildung ist ein weites Feld, dazu gehört die Artenkenntnis, die in Deutschland leider auf der Roten Liste des bedrohten Wissens steht. Wenn man gar nicht weiß, welche Tiere vom Aussterben bedroht sind, welche Tiere wir verlieren könnten, dann kann man sich auch gar nicht für ihren Schutz einsetzen. Man kann keine Empathie für Tiere entwickeln, die man nicht kennt. Dass sich mehr Menschen gegen das Artensterben engagieren, ist natürlich absolut wünschenswert und auch dringend geboten.

Ein anderer Aspekt der Naturpädagogik ist jedoch, wie du sagst, dass es nicht nur um die Natur geht, sondern auch um die Kinder, um die Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit. Es ist in vielen Studien bewiesen, dass es Kindern guttut, sich in der Natur aufzuhalten. Wir sprechen auch von *Naturraumpädagogik*. Es geht gerade im Vorschulalter um diesen Raum, den die Natur darstellt, nicht nur um Wissensvermittlung. Wenn Kinder draußen im Wald mit Stöcken spielen, dann sieht das für viele nicht nach Naturbildung aus, aber das bringt die Kinder in ein Verhältnis zueinander, sie müssen miteinander reden und beispielsweise aushandeln, dass der Stock nun ein Zauberstab ist und diese

Bewegung zu einem bestimmten Ereignis führt. Dort draußen gibt es keine fertigen Spielzeuge, sondern im Grünen kommt die Phantasie ins Spiel – das fördert auch die sprachliche und soziale Entwicklung. Kinder nehmen so die Natur als einen selbstverständlichen Raum wahr, als etwas, von dem sie ein Teil sind. Das vermittelt sich im freien Spiel draußen auf eine besondere Art, so dass gerade auch solche Spiele und Abenteuer wesentliche Momente sind, um ein verantwortungsbewusstes Naturverständnis zu entwickeln. Aus unserer Sicht ist das sehr wohl Naturbildung – und deshalb ist eine gute kindliche Entwicklung auch im Sinne des Naturschutzes.

IVO BOZIC ist ver.di-Mitglied und Leiter Naturbildung bei der *Deutschen Wildtier Stiftung*. Die *Botschaft der Wildtiere* wird am Baakenhafen von der *Deutschen Wildtier Stiftung* im Sommer eröffnet – als ein neues außerschulisches Naturbildungsangebot.

Das Gespräch führten aus der hlz-Redaktion: SEBASTIAN SCHREULL (S) und ANTJE GÉRA (A).



»Abgesang auf die einstige Bildungsnation«

Die Bildungspolitik der AfD Hamburg

Mit dem Meldeportal *Neutralität an Schulen* (seit längerem offline) gelang der AfD 2018 ein Coup, der bundesweit für Aufsehen sorgte. Obwohl die AfD ein falsches Verständnis von politischer Bildung an Schulen vertrat, gingen ihr verschiedene Medien auf den Leim und berichteten über angebliche Verstöße bei Schulveranstaltungen, aber auch im Unterricht, unter denen die AfD zu leiden habe.¹ Nach der Bürgerschaftswahl 2020 wurde dieses Thema von der AfD etwas zurückgestellt, wohl auch aufgrund der beginnenden Corona-Pandemie. Während dieser vertrat die AfD zunächst eine skeptische bis leugnende Haltung. Nach der Pandemie dominierten wieder migrationskritische (»Überfremdung«) und queerfeindliche Themen. Federführend war und ist dabei der bildungspolitische Sprecher der AfD-Bürgerschaftsfraktion, Alexander Wolf, dem AfD Watch Hamburg 2020 einen eigenen Artikel widmete.²

Corona-kritische Haltung statt Gesundheitsschutz an Schulen

Die AfD reihte sich während der Pandemie in das Feld der Skeptiker bis Leugner ein. In der Schulpolitik vertrat sie maßnahmenkritische Positionen und forderte während der langen Isolationsphase mit Fernunterricht für die Schüler*innen eine Rückkehr zum Präsenzunterricht. Als Begründung führte sie



Fremdenhass, getragen von Größen- und Verfolgungswahn, prägt die bildungspolitischen Aktivitäten der Hamburger AfD.

hierbei an, die Kinder würden zu Hause lediglich »stundenlang am Computer« spielen (16.12.2020). Anstelle von Schutzmaßnahmen forderte die AfD ein Ende der Masken- und Testpflicht, weil diese

»unverhältnismäßig« sei bzw. die Schüler*innen »drangsaliere« (16.12.20, 11.8.2021, 16.2.2022). Als die Schulbehörde im Mai 2022 Lockerungen beschloss, forderte die AfD, dass auch die Testpflicht für ungeimpfte Schüler*innen fallen müsse (4.5.2022). Als diese Testpflicht kurz darauf aufgehoben wurde, war dies für die AfD eine »Rückkehr zu Vernunft und Freiheit« (9.5.2022). Auch wenn gerade im Nachhinein der vorsichtige Kurs in der Schulpolitik in Hamburg und anderen Bundesländern kritisch bewertet werden kann, fiel die AfD Hamburg während der Pandemie nachhaltig als Gegnerin gesundheitsschützender Maßnahmen auf. Vor dem Hintergrund mehrerer Corona-skeptischer bis -leugnender Aktivitäten in Hamburg, unter anderem die Unterstützung der auch von Rechten aller Couleur begleiteten Kunsthallen- und Rathausdemonstrationen³, verwundert dieses Verhalten nur wenig.

»Deutsche Leitkultur durchsetzen an Kitas und Schulen!«

Die AfD stimmte angesichts der immer schlechter werdenden PISA-Ergebnisse einen »Abgesang auf die einstige Bildungsnation« an (5.12.2023). Die Ursache ist für sie schnell ausgemacht: Die »Masseneinwanderung« bringe die Schulen an ihre »Belastungsgrenze« (22.8.2023). Dieser Zusammenhang ist jedoch nachweislich falsch, wie ein Blick in die empirische Bildungsforschung und das vergleichende Testwesen zeigt: So hatte Hamburg im Jahr 2022 einen Migrationsanteil von 53 % unter den Schüler*innen der 1. bis 10. Klasse, was im Bundesländervergleich einen der vordersten Plätze bedeutet. Gleichzeitig verbesserten sich auch die Schulleistungen, wie sie in Vergleichstests wie dem IQB-Bildungstrend alle paar Jahre erhoben werden, im Vergleich zu den anderen Bundesländern kontinuierlich. So konnten sich Hamburger Schulen z. B. im Ranking »Deutsch Zuhören« von Platz 13 (2009) auf Platz 3 (2022) verbessern. Hamburg hat damit bewiesen, dass Integration an Schulen gelingen kann. Die AfD verschweigt diese Fakten konsequent, weil sie nicht in ihr Weltbild passen, und erzählt gerne ihr Märchen, dass Migrant*innen an allem schuld seien.

Wir beobachten die Hamburger AfD in all ihren braunen Facetten.

Antifaschistische Recherche auf
www.afd-watch-hamburg.org



Im Jahr 2023 wurde eine Statistik veröffentlicht, nach der jede*r dritte Hamburger Schüler*in zu Hause kein Deutsch spricht. Dass die »deutsche Sprache« auf dem »Rückzug« sei, ist eine von der AfD oft beklagte Entwicklung, die Alexander Wolf zudem ungeniert und in Anlehnung an Heine an das »rot-grüne Deutschland in der Nacht« denken lässt (2.12.2021).

In seiner »deutschen Sorge« vor einer »Verdrängung« der deutschen Sprache zeigt sich sein »quasi-religiöser Glaube an Volk, Nation, Vaterland«⁴ und damit ein Weltbild, in dem eine vermeintlich »deutsche Kultur und Bildung«, die unbegründet als irgendwie überlegen gesetzt wird, durch andere Einflüsse bedroht wird. Dieser Größen- und Verfolgungswahn (so der psychologische Ansatz zur Erklärung des Faschismus nach Kurt Lenk in Anlehnung an Theodor Adornos Studien zum au-

toritären Charakter) zieht sich durch die Aussagen Wolfs, der nicht müde wird, die Bedeutung seiner Deutschtümelei zu betonen. »Unsere deutsche Leitkultur muss gelebt und durchgesetzt werden«, begründete die Hamburger AfD am 22.1.2022 einen Antrag zum Kopftuchverbot in Kitas und Schulen. »Man sei von der Grandesse der eigenen Person und des eigenen Volks überzeugt, wähne sich gleichzeitig aber unterdrückt und ausgenutzt von fremden, feindlichen Mächten«, beschreibt der Rechtsextremismusforscher Schulze diese AfD-typische Haltung.⁵

Auch wenn die Hamburger AfD eine bürgerliche Fassade wahren will, besteht ihr ideologischer Kern aus Ungleichheits- und Autoritarismusvorstellungen, die »von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen

ausgehen, nach ethnischer Homogenisierung von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot ablehnen«⁶ – wir hören völkisch-rassistisches Wolf-Geheul im Schafspelz.

»Korrektes Deutsch statt Gendergaga an den Schulen!«

Die Volksinitiative *Schluss mit der Gendersprache in Verwaltung und Bildung*, die u. a. den Verzicht auf geschlechtergerechte Ansprache in Schulen fordert, wurde frühzeitig von der AfD unterstützt. Stattdessen wird »korrektes Deutsch statt Gendergaga« gefordert (23.1.2023, 1.12.2023). Diese Initiative war nach dem Meldeportal erneut ein Aufhänger auch für andere AfD-Landesverbände und weitere Aktivist*innen in anderen Bundesländern, ähnliche Petitionen auf den Weg zu bringen. Zwar zog sich die Sprecherin der Volksinitiative, Sabine Mertens, im August 2023 von ihrer Initiative zurück und begründete dies mit Angriffen auf ihre Person, jedoch war sie selbst nicht zimperlich in der Diffamierung und Diskreditierung von Menschen, die nicht ihrem Normverständnis entsprachen. So ist von ihr der Satz überliefert, dass »Männer und Frauen sich normalerweise zum anderen Geschlecht hingezogen fühlen« und wenn »jetzt alle schwul, lesbisch und trans werden« sollten, dann sei »die Evolution zu Ende«. Dem ist entgegenzuhalten, dass jeder Mensch das grundgesetzlich garantierte Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit hat. Dennoch sind bis Juli 2023 genügend Unterschriften gesammelt worden, so dass der Weg für ein Volksbegehren frei ist.

In die gleiche queerfeindliche Kerbe schlug die AfD, als sie das *Zentrum Gender & Diversity (ZGD)*, eine gemeinsame Einrichtung der Hamburger Hochschulen, als Verbreiterin »pseudowissenschaftlicher Irrlehren« bezeichnete, die »linker Propaganda« Vorschub leistete (31.10.2021). Ein weiterer Artikel von *AfD Watch Hamburg* beschäftigt sich mit der Queerfeindlichkeit der AfD Hamburg.

Weitere Infos:

Im Reader *Haltung zeigen, statt Zurückhaltung üben!* der GEW Hamburg zur Bürgerschaftswahl 2020 wird die Bildungspolitik der AfD-Fraktion Hamburg kritisch beleuchtet: <https://www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/reader-zur-bildungspolitik-der-afd-fraktion>.

Die GEW ist Partnerin der neu gegründeten Hamburger Kampagne *Klare Kante gegen Rechts!*, die mit Blick auf die Wahlen mit Akteur*innen aus Bildung, Wissenschaft, Gewerkschaften, Kultur u.v.m. den drohenden rechten Mehrheiten zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt entgegensetzen will: <https://www.gew-hamburg.de/themen/hamburg-politik/2024-01/kampagne-klare-kante-gegen-rechts-gestartet>.

Bildungspolitik wird instrumentalisiert, um Fremdenhass zu verbreiten

Fremdenhass, getragen von Größen- und Verfolgungswahn, prägt die bildungspolitischen Aktivitäten der Hamburger AfD. Die vor einigen Jahrzehnten und aktuell erneut von einem gewissen Friedrich Merz geführte Debatte um eine deutsche »Leitkultur« dient der AfD als Maßstab, um alles, was sie als »nicht deutsch« klassifiziert, als Begründung z. B. für schlechtere Schulleistungen heranzuziehen. Dem widersprechende Erkenntnisse aus der Bildungsforschung werden, ganz unpassend zum dem Thema Bildung, von der AfD konsequent ignoriert. Mit Bildungspolitik hat das nichts zu tun, stattdessen wird sie instrumentalisiert, um Fremdenfeindlichkeit zu verbreiten. »Bildungsbürger« Wolf wird immer wieder zum »Wutbürger«, der in pseudointellektueller Attitüde versucht, das vermeintlich »Deutsche« zu bewahren. Gleichheit, Vielfalt, Diversität, gegenseitige Wertschätzung und gegenseitiges Lernen kommen in seinem Weltbild nicht vor.

AfD-WATCH HAMBURG

Dieser Artikel erschien kürzlich auf dem Informationsblog AfD-Watch-Hamburg (<https://afd-watch-hamburg.org/>), den die GEW Hamburg unterstützt. Er ist ein Informationspool für alle, die sich kritisch mit der AfD in der Hansestadt auseinandersetzen wollen. Wir danken für die Übernahme!

Anmerkungen

¹ Siehe hierzu: <https://afd-watch-hamburg.org/themen-der-afd/bildungspolitik/>.

² <https://afd-watch-hamburg.org/akteurinnen/buergerschaftsabgeordnete/alexander-wolf/>

³ <https://taz.de/Impfgegner-Demo/!5827007/>

⁴ Hans-Gerd Jaschke: *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Begriffe, Positionen, Praxisfelder*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1994, S. 54.

⁵ Christoph Schulze: *Rechtsextremismus: Gestalt und Geschichte*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2022, S. 209.

⁶ Jaschke: *Rechtsextremismus* (1994), S. 30.

NAZI-BIOGRAPHIEN

Hans Wenke (Teil II): Die Fassade beginnt zu bröckeln



In der letzten hlz konnten wir verfolgen, wie es Hans Wenke gelungen war, durch den Wechsel an die Universität Hamburg dem Entnazifizierungsverfahren und seiner Entlassung als Universitätsprofessor an der Universität Erlangen zu entgehen. Schnell konnte er anschließend in Tübingen zum Universitätsrektor aufsteigen, um alsbald in Hamburg seine Karriere mit dem Amt des Schulsenators zu krönen, noch immer nahezu unbehelligt von seiner Vergangenheit – aber nur nahezu...

Hans Wenke lehrte ab 1947 zwei Jahre an der Universität Hamburg. 1949 folgte er einem Ruf nach Tübingen, wo er 1953 zum Rektor der Universität gewählt wurde. Damit war sein Karriereweg in Hamburg noch nicht beendet. Als in Hamburg 1953 bei den Bürgerschaftswahlen die SPD von einem konservativen »Hamburg-Block« abgelöst wurde, der aus CDU, FDP, Deutscher Partei (DP) und dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) bestand, suchte der neue Bürgermeister Kurt Sieveking einen neuen Schulsenator. Im Wahlkampf hatte es heftige Auseinandersetzungen um die zuvor eingeführte sechsjährige Grundschule gegeben, und die CDU hatte angekündigt, diese im Falle eines Wahlerfolges rückgängig zu machen. Dafür benötigte Sieveking einen möglichst wissenschaftlich renommierten und parteilosen Kandidaten.

Vom Universitätsprofessor zum Schulsenator

Als die Hamburger Medien davon erfuhren, dass Hans Wenke als künftiger Schulsenator im Gespräch war, reagierten sie überaus positiv. Im *Hamburger Anzeiger* wurde am 29.1.1954 an Wenkes Tätigkeit als Erziehungswissenschaftler in Hamburg erinnert: »Seine Mittagsvorlesungen im Hörsaal A waren ständig überfüllt. Mit Bedauern sahen ihn Studenten und Universität zum Wintersemester 1949/50 einem Ruf nach Tübingen folgen, wo er bald wieder zu den populärsten Professoren gehörte. In Presse und Rundfunk und zahlreichen akademischen Veranstaltungen bemühte er sich vor allem um eine lebendige Beziehung zwischen Universität und Öffentlichkeit, Wissenschaft und Erziehung. Im September 1953 wurde er zum Vorsitzenden des neu geschaffenen *Deutschen Ausschuss für das*

Erziehungs- und Bildungswesen gewählt.« Und das *Hamburger Abendblatt* notierte am 29.1.1954 unter der Überschrift *Schulsenator in Sicht*: »In den Jahren 1947-1949 wirkte er als ordentlicher Professor an der Universität Hamburg. Das war zu einer Zeit, als die Einführung der vierjährigen Grundschule in Hamburg schon zur Debatte stand. Wenke hat mit dem damaligen Rektor der Universität Hamburg, Harteck, dem Prorektor Laun und den Professoren Sieverts, Zeiger und Remy die viel erörterte Denkschrift verfaßt, in der vor der Schulreform, wie sie dem Senator Landahl vorschwebte, ernst gewarnt wurde. In dem Sondergutachten von Wenke stehen die Sätze: »Vom psychologischen, physiologischen und pädagogischen Standpunkt aus ist der Übergang des Kindes von der Grundschule zur Oberschule im zehnten Lebensjahr als Regelfall zu bejahen. Die Erfahrungen eines Zeitraums von mehr als einem Jahrhundert haben keine Momente ergeben, die dagegen sprechen oder auch nur den Verdacht einer Verfrühung nahelegen.« Weiter wusste das *Abendblatt* zu vermelden: »Er ist nicht ein in Gelehrsamkeit eingeschlossener Professor. Er ist bestrebt, von der Universität aus ins Weite zu wirken, auch in die Politik hinein, soweit es sich um Schulpolitik handelt.«

In sämtlichen Zeitungsmeldungen zu Wenkes Berufung zum Senator gab es erwartungsgemäß keinen Hinweis auf irgendetwas, das mit seiner Tätigkeit in der NS-Zeit zu tun hatte. Im Gegenteil. Die *Welt* vermeldete, dass neben den Studenten auch die Rundfunkhörer Wenkes Wechsel wegen seiner bisherigen kulturpolitischen Kommentare bei Radio Stuttgart bedauern würden. Weiter schrieb die *Welt* am 17.3.1954, dem Tag, als Wenke in



Als sich Hans Wenke 1964 beim Eintrag ins Goldene Buch der Stadt Bochum noch darauf freute, Gründungsrektor der Universität Bochum zu werden...

Hamburg Senator wurde: »Für das deutsche Schulwesen gilt er als Sachkenner ersten Ranges. In zahlreichen Gremien wußte und weiß man seine Konzilianz und sein klares, sicheres Urteil zu schätzen. Als Sprecher der Universität im weitesten Sinne des Wortes hat er es auch verstanden, mit Erfolg die finanziellen Mittel und um das Verständnis für die Förderung der Universität zu werben. Ein Programm für den Hamburger Bereich? Davon möchte er einstweilen absehen. »Erst muß ich mich gründlich über alles orientieren.« Man wird ihm mit Fragen zusetzen. Aber es besteht kein Zweifel, daß er sich höflich, heiter und souverän aus der Affäre ziehen wird.« – Das wird im Folgenden noch zu überprüfen sein!

Die Schulsenatorenzeit von Hans Wenke verlief verhältnismäßig unspektakulär. Die sechsjährige Grundschule wurde abgewickelt und nach drei Jahren war die Zeit des Hamburg-Blocks vorbei. Heinrich Landahl wurde wieder Hamburger Schulsenator. Wenke hatte vorgesorgt, kehrte als Hochschullehrer und dann 1957 als Direktor des *Seminars für Erziehungswissenschaft* an die Hamburger Universität zurück.

Proteste gegen Wenke als Unirektor in Bochum

1960 wurde Hans Wenke zum Vorsitzenden der Kommission zur Beratung der Bundesregierung und ein Jahr später zum Vorsitzenden des Grün-

dungsausschusses der *Ruhr-Universität Bochum* (RUB) berufen. »Wenke avancierte im Laufe seiner Tätigkeit 1963 auch zum Gründungsdirektor der Universität Bochum, als hier die Verwaltung installiert worden war und seine Beratungstätigkeit ständig vor Ort benötigt wurde.« (RUB-Webseite) Parallel zu seiner Tätigkeit als Professor am Fachbereich Erziehungswissenschaft der *Universität Hamburg* war Wenke dann »1963 vom nordrhein-westfälischen Kultusminister Paul Mikat (CDU; 1943-45 NSDAP) als Gründungsdirektor der in Bochum geplanten Universität eingesetzt. Das rief an einigen Orten der Bundesrepublik Proteste hervor, und in der Presse wurde eine Reihe von politisch belastenden Zitaten aus der NS-Zeit präsentiert. Als Wenke dann Partei für den Gründungsrektor der *Universität Regensburg*, Götz von Pölnitz, ergriff, den er aus Erlangen kannte und dem noch umfangreichere Äußerungen aus der NS-Zeit vorgehalten wurden, veranlasste der Düsseldorf Ministerpräsident Heinz Kühn die Wahl eines neuen Bochumer Gründungsrektors.« (Helmut Stubbe da Luz: *Hans Wenke*, in: *Hamburger Biografien*, Bd. 6, S. 367)

Ausgangspunkt der Proteste war ein Artikel von Wendula Dahle im *Spandauer Volksblatt* vom 18.11.1964. Unter der Überschrift *Kompetent für »Rassenpflege«* wurde »Fragwürdige Literatur aus der Feder des künftigen Rektors für Bochum« präsentiert. Darin hieß es: »Im nächsten Jahr wird es

in Bochum die Neueröffnung einer Universität geben. Schon lange bevor sie mit ihrer Arbeit begonnen hat, ist der Rektor der Öffentlichkeit bekannt geworden. Weiß sie auch, wer dieser Rektor ist? Noch hat man Zeit, dem zukünftigen Rektor, Prof. Hans Wenke von der Universität Hamburg, Fragen zu stellen. Man sollte sie jetzt stellen, um der neuen Universität vielleicht Peinlichkeiten zu ersparen. Nach herrschender Meinung war auch Hans Wenke 1934 mit 31 Jahren noch sehr jung. Damals schrieb er in der *Zeitschrift für Deutschkunde* Rezensionen unter der Rubrik *Geschichte und Rassenkunde*. In der Nummer des Jahres 1934 finden sich auf den Seiten 595 ff. 22 von Hans Wenke besprochene Bücher mit Titeln wie: *Die Führerpersönlichkeit in der deutschen Geschichte*, *Ewiges deutsches Volk*, *Deutsche Bauerngeschichte*, *Erbkunde*, *Rassenkunde*, *Rassenpflege*, *Vorschule der Rassenkunde* usw. Er empfiehlt diese Bücher Geschichts- und Deutschlehrern zur Lektüre. Freilich: Glaubensbekenntnisse schwärmerischer Art finden sich auch bei ihm nicht.«

Wendula Dahle nennt noch andere Beispiele: »Zu dem Buch von Hermann Reißer, *Sieg-Heil SA*, schreibt er unter anderem: »Diese Festigkeit der Gesinnung ist die stärkste Grundlage der nationalsozialistischen Bewegung. Das Buch erfüllt seinen Zweck, wenn es in seiner einfachen eindringlichen Art diese Erkenntnis vertieft.« In derselben Nummer dieser Zeitschrift findet sich auch ein recht langer und ausführlicher Beitrag von Hans Wenke mit dem Titel: *Die Wesensbestimmung des politischen Menschen*. Dieser »politische Mensch« war für ihn 1934 ein »Kämpfer« und ein »Held«, der »Willensantrieb« besitzt und der sein »Kämpfertum« und »Heldentum« treu in den Dienst »in und an der Gemeinschaft« stellt (S.125). Das sind Sätze, die der Autor vielleicht auch heute noch vertreten wird, aber man muß wissen, was man damals unter »Kämpfer« und unter »Gemeinschaft« zu verstehen hatte. Im folgenden wird Wenke noch sehr viel präziser: »Der politische Mensch des völkischen Staates vereinigt die grundständige völkische Gesinnung mit einem nüchternen Blick für die politischen Notwendigkeiten...« (S.123).«

Die Journalistin Dahle stellt dazu fest: »Die politischen »Notwendigkeiten« waren 1934 jedem klar: Sie bedeuteten freiwillige Aufgabe der Freiheit und Unterwerfung unter das damalige Regime. Einige Seiten vorher hatte der Autor diese Notwendigkeit bereits erwähnt: »Die wichtigste Aufgabe, die hier nach dem Staate zufällt, besteht darin, der Selbstverwirklichung des Volkstums zu dienen. Dieser Dienst widerspricht nicht dem Wesen des totalen Staates, insofern, als er sich – um seinen Dienst am Volksganzen zu erfüllen – mit Totalitätsanspruch



Lehnte Wenke als Gründungsrektor in Bochum ab: Ministerpräsident Heinz Kühn (Foto: 1966)

dem einzelnen gegenüber durchsetzen muß. Wir belegen diesen Gedankengang mit einigen Sätzen aus Hitlers Buch *Mein Kampf...* (S.59)« Und Dahle schreibt weiter: »Auch das hier erwähnte »Völkische«, das mit der Zeit zu einem Zentralbegriff der nationalsozialistischen Ideologie wurde, wird von Hans Wenke genauer definiert. Das Völkische steht nach seiner Ansicht »dem Menschen näher als das im engeren Sinne »Politische«, weil es zum Urbestand seiner leiblichen, seelischen und geistigen Natur gehört; es ist enthalten in rassischer Zugehörigkeit, in Sprache, Heimat und in einem aus dem Blute und den geschichtlichen Schicksalen des Volkes hervorgegangenen Erbe, das jedem einzelnen mitgegeben ist« (S. 122).« Dahle kommentiert: »Mit diesen Sätzen bekennt der Autor sich zu den irrationalen Kräften, die bis 1945 als Grundlage des Deutschtums angesehen und propagiert wurden. Es mußte ihm damit klar sein, auf welcher Seite er schrieb und in wessen Dienst er sich damit begab.«

Es bedurfte offenbar einer neuen Generation, um sich in dieser Weise mit Wissenschaftlern, Autoren, renommierten Politikern und deren Veröffentlichungen in der NS-Zeit auseinanderzusetzen.

»Skandal um die Kritik (an Wenke)«?

Wendula Dahle hatte auch die von Hans Wenke herausgegebene Festschrift für seinen Förderer Eduard Spranger gelesen und darin Wenkes Beitrag *Zur Philosophie des totalen Krieges*, aus dem sie einige Zeilen zitierte. Sie knüpfte daran die Bemerkung: »Vielleicht ist es erlaubt, den zukünftigen Rektor der Bochumer Universität zu fragen, ob er die Werte der Totalität des totalen Krieges und der totalen Anstrengung eines Volkes, wie er sie in

dem von Hitler und dem deutschen Volk geführten Eroberungskrieg verwirklicht sah, etwa als Leitbilder der Bundeswehr auch heute anerkennen würde. Das sind Fragen, die Studenten gerade seines pädagogischen Seminars interessieren müßten. Denn es stimmt uns Jüngere doch nachdenklich, wenn diejenigen, die im Dritten Reich ohne Mühe tüchtig sein konnten, auch heute wieder an hervorragender Stelle repräsentieren.«

Und sie schloss: »Als Kulturpolitiker war er schließlich noch während des CDU-Interims in Hamburg Senator für das Schul- und Hochschulwesen. Mit dieser Aktivität steht Herr Professor Wenke sicher in dem Ansehen, sich um den demokratischen Aufbau unseres Staates verdient gemacht zu haben.«

Es ist schon berichtet worden, dass Hans Wenke nach dieser Veröffentlichung nicht Gründungsrektor der *Universität Bochum* bleiben konnte. Überraschend ist, wie gering die Resonanz darauf in Hamburg war. In der *Bild*-Zeitung erschien am 23.3.1956 ein kleiner Artikel mit der Überschrift *Buchbesprechungen aus der NS-Zeit veröffentlicht* und darin wurde über Hans Wenke berichtet: »Er soll den nationalsozialistischen Rassenwahn verherrlicht haben! Er hat jetzt das ihm angebotene Amt abgelehnt, erster Rektor der neuen Ruhr-Universität in Bochum zu werden.« – Es war wohl eher andersherum, die Ablehnung erfolgte von politischer Seite. Für die *Bild* positiv: »Prof. Wenke bleibt in Hamburg und wird als international anerkannter Pädagoge und Philosoph weiterhin den Lehrenachwuchs ausbilden.« Zitiert wurde auch der damalige Schulsenator Drexelius: »Wir werden keine Maßnahmen gegen Professor Wenke wegen seiner früheren Veröffentlichungen ergreifen. Ich persönlich war tief betroffen, als ich davon hörte!«

Haug von Kuenheim schrieb dazu in der *Zeit* am 22.12.1967: »Hamburgs Senator Drexelius meinte damals in einem Telefonat mit der *Stuttgarter Zeitung*: ›Vielleicht können Sie Ihren Kultusminister veranlassen, daß Wenke wieder einen Ruf nach Schwaben bekommt, dann wären wir eine Sorge los.« Inzwischen hat der Senator die inkriminierten Werke seines Professors gelesen und lesen lassen. ›Sie waren noch gerade eben tragbar, lautet sein Kommentar heute.« Und auch die *Hamburger Morgenpost* brachte gleichzeitig einen kleinen Artikel ähnlichen Inhalts unter der Überschrift *Skandal um die Kritik*.

Ganz anders äußerte sich ein Kollege und Freund seit gemeinsamen Tübinger Zeiten von Hans Wenke, der Hamburger Theologieprofessor Helmut Thielicke, der am 28.3.1965 einen Kommentar in der *Welt am Sonntag* veröffentlichte. Er pries die

Kompetenzen von Hans Wenke, der wie kein zweiter geeignet wäre, Gründungsrektor einer neuen Universität zu werden: »Ich wüßte niemanden in Deutschland, der das so hätte bewältigen können wie er. Denn in seiner Person treffen jene vielfältigen Eigenschaften zusammen, deren Kombination hier gefordert war: Er ist ein Gelehrter von Rang und Namen, der das geistige Profil einer Universität zu prägen vermag. Er kennt die Geheimnisse und Finessen akademischer Selbstverwaltung; denn er war selber Rektor, und zwar in Tübingen. Als ehemaliger Hamburger Schulsenator und insofern als Kultusminister verfügt er über die Erfahrung als Chef einer staatlichen Aufsichtsbehörde. Und endlich: Er brachte und bringt die Bereitschaft auf, durch Jahre hin seiner nicht übermäßig robusten Gesundheit ein männermordendes Doppelamt abzurufen: nämlich Professor in Hamburg zu sein und gleichzeitig die unzähligen Fäden des Bochumer Riesenunternehmens in der Hand zu behalten, zu reisen und zu verhandeln.«

Wie nun ging Helmut Thielicke mit den konkreten Kritikpunkten um? – Er schreibt: »Wenige Monate, bevor es soweit ist, werden nun in einer Studentenzeitung einige Worte ausgegraben, die Wenke als junger Mann während des Dritten Reiches geschrieben hat, vor allem in zwei-bis dreizeiligen Buchrezensionen. Diese Worte lesen sich heute, wo wir über die Erfahrung gebrannter Kinder verfügen, nicht angenehm. Sie verherrlichen allerdings nicht, wie übertreibend gesagt wurde, das Regime. Sie sind nur, für dieses Stadium der Zeitgeschichte vielleicht begreiflich, unkritisch. Dieser vergleichsweise kümmerliche Fund genügte, um in Presse und Fernsehen einen Mann dieses Ranges und dieser einsamen und einzigartigen Leistung als alten Nazi abzustempeln. In der bei uns üblich gewordenen kollektiven Vergangenheitsneurose war plötzlich alles aber auch alles hinweggetuschelt, was dieser Mann seit zwei Jahrzehnten ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit, öffentlich und noch mehr im Verborgenen, für unser Land getan hat, oder man ist unverfroren genug, es aus ehrgeizigen Motiven zu erklären. Ich erlaube mir angesichts dessen ein vernehmliches Pfui auszurufen und stelle die Frage, in welchem Lande Derartiges möglich wäre. Leute, die sich so unkontrolliert dem Gefälle von Emotionen hingeben, würden in einer neuen Tyrannei die ersten sein, die ihren Blendungskünsten nicht gewachsen wären. Sollte es denn mit uns so weit kommen, daß die Deutschen in zwei Lager zerfielen: in die hysterischen Sündenbocksucher auf der einen und in die Indifferenten, die Wurstigen – die nur vergessen und verdrängen wollen – auf der anderen Seite? Gott bewahre uns vor dieser Alternative! Aber vieles spricht dafür, daß unser Kompaß dahin zeigt. Der

Fall Wenke kann uns eine Warnung sein. Aber er warnt in einem anderen Sinne, als gewisse Pharisäer in unserem undankbaren Volk es wahr haben möchten.«

Starke Worte. Und sicherlich hatte Helmut Thielicke Recht damit, dass es hier eine Unverhältnismäßigkeit gab, im Vergleich zu anderen Personen, die in der NS-Zeit in ganz anderer Weise agiert und in Nachkriegsdeutschland Karriere gemacht hatten. Unverhältnismäßig erschien die Reaktion auf Wenke allerdings auch deswegen, weil in den Jahren zuvor gar nicht mehr thematisiert worden war, was Personen in Wissenschaft, Publizistik, Schule und Politik in der NS-Zeit gemacht, gesagt oder geschrieben hatten. Insofern erwies sich die Reaktion auf den Artikel im *Spandauer Volksblatt* und eine anschließende Fernseh-Glosse über Wenkes Vergangenheit als ein erster Wendepunkt in der Reaktion und Aufarbeitung der NS-Geschichte im Laufe der 1960er Jahre.



Vielleicht ist es erlaubt, [Hans Wenke als] den zukünftigen Rektor der Bochumer Universität zu fragen, ob er die Werte der Totalität des totalen Krieges und der totalen Anstrengung eines Volkes, wie er sie in dem von Hitler und dem deutschen Volk geführten Eroberungskrieg verwirklicht sah, etwa als Leitbilder der Bundeswehr auch heute anerkennen würde. Das sind Fragen, die Studenten gerade seines pädagogischen Seminars interessieren müßten. Denn es stimmt uns Jüngere doch nachdenklich, wenn diejenigen, die im Dritten Reich ohne Mühe tüchtig sein konnten, auch heute wieder an hervorragender Stelle repräsentieren.

Verstärkt wurde dies durch einen Artikel im SPIEGEL, der weitestgehend die im *Spandauer Volksblatt* zitierten Passagen aus Wenkes Schriften und der Spranger-Festschrift wiedergab und lakonisch feststellte: »Bei so viel Pflichterfüllung blieb der Lohn nicht aus: 1941 erhielt Wenke einen Lehrstuhl für Pädagogik, Psychologie und Philosophie in Erlangen.« (SPIEGEL 14/1965, S. 40)

Fortsetzung folgt!

HANS-PETER DE LORENT

Wir danken herzlich Manni Heede für die redaktionelle Mitarbeit bei dieser Serie!



LESEN!

Der Erste Weltkrieg – ein Verteidigungskrieg?

Bernhard Sauer's jüngst veröffentlichte Untersuchung demontiert faktenreich eine ideologische deutsche Selbsterzählung

In den offiziellen Erklärungen des Deutschen Kaiserreiches befand sich Deutschland in einem Verteidigungskrieg gegen den »russischen Despotismus«. Dem stand allerdings entgegen, dass die deutsche Regierung gleich zu Beginn des Krieges mit ihrem *Septemberprogramm* weitreichende annexionistische Kriegsziele formulierte. Mit diesem Programm skizzierte die Regierung, welche Ziele der Krieg aus deutscher Sicht haben und wie Europa nach einem Sieg des Deutschen Reiches aussehen sollte. Ziel war es, die Vorherrschaft des Deutschen Reiches in Mitteleuropa auf erdenkliche Zeit zu sichern. Gefordert wurde die Annexion der französischen Bergbauregion Longwy-Briey, die Umwandlung Belgiens in einen deutschen Versaillenstaat und die Schaffung eines deutschen Kolonialreiches in Mittelafrika. Die Vorstellungen von dem deutschen Kolonialreich wurden wenig später präzisiert. Das zu schaffende mittelafrikanische Kolonialreich Deutschlands sollte folgende Gebiete umfassen: Angola, die Nordhälfte von Mozambique, Belgisch-Kongo mit den wertvollen Kupfergruben Katangas, Französisch-Äquatorialafrika bis zur Hälfte des Tschadsees, Dahomé und das Gebiet südlich des Niger-Bogens bis Timbuktu. Die gegenüber Russland zu erzielenden Ziele sollten später geprüft werden.

Große Teile der Militärs, der *Alldeutsche Verband* mit seinen Gliederungen sowie die großen Industrieverbände hatten noch viel weitergehende Kriegsziele. Für sie war das *Septemberprogramm* nur so etwas wie ein Minimalprogramm, das durch weitere Forderungen ergänzt werden müsse. Der *Alldeutsche Verband* sowie relevante Teile der Schwerindustrie hatten schon vor Ausbruch des Krieges Neuland für das Deutsche Reich gefordert, das notfalls auch mit den Mitteln des Krieges erworben werden sollte. In den am 5. Mai 1915 vom *Alldeutschen Verband* verabschiedeten Leitsätzen zum Kriegsziel wurden die polnischen Grenzge-

biete, die russisch-litauischen Gouvernements und die Ostseeprovinzen als zukünftige Siedlungsgebiete genannt. Im Westen sollte neben Belgien die nordfranzösische Küste am Kanal bis etwa zur Mündung der Somme gewonnen werden. »Wie im Osten, so dürfe auch im Westen der nichtdeutschen Bevölkerung kein politischer Einfluß gewährt werden; industrielle Unternehmungen sowie größerer und mittlerer Landbesitz seien deutschen Staatsbürgern zu übereignen.«¹ Die Bewohner der zu anneklierenden französischen Gebieten sollen nach Rest-Frankreich überführt werden, und in den wichtigsten Teilen des Neulandes im Osten soll eine »völkische Feldbereinigung« vorgenommen werden durch den Austausch der Russen gegen die Wolga- und Schwarzmeerdeutschen. Darüber hinaus wurde von Frankreich die Abtrennung Toulons mit angemessenem Hinterland als festen Mittelmeerstützpunkt gefordert. Marokko, Senegambien und der Französische Kongo sollen in Deutschland fallen, ebenso der Belgische Kongostaat.

Das *Septemberprogramm* sollte geheim bleiben, und Reichskanzler Bethmann Hollweg verbot jede öffentliche Diskussion über die Kriegsziele. Er wollte die Arbeiterschaft für den Krieg gewinnen und nach Möglichkeit England in dem Krieg neutral halten. Eine allzu offene annexionistische Kriegszielpolitik hätte diese Vorhaben gefährdet. Bethmann Hollweg hat sicherlich auch deshalb eine öffentlich geführte Debatte über die Kriegsziele abgelehnt, weil solch eine Debatte die Propaganda von der russischen Bedrohung und vom Verteidigungskrieg entlarvt hätte.

Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas haben auf ihren internationalen Konferenzen wiederholt beschlossen, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen den drohenden Krieg zu stellen. Noch am 25. Juli 1914 – also drei Tage, bevor Österreich-Ungarn Serbien

den Krieg erklärt hat – hatte der *Vorwärts* eindringlich vor der Kriegsgefahr gewarnt: »Gefahr ist im Verzuge. Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die Euch in Frieden knechten, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Überall muß den Machthabern in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Es lebe die internationale Völkerverbrüderung!«² Auf Initiative der SPD haben in diesen Tagen kurz vor Ausbruch des Krieges bis zu 750.000 Menschen sich an Antikriegsdemonstrationen beteiligt. Die Herrschenden wussten, dass die Sozialdemokratie ihnen bei der Entfesselung eines Krieges erhebliche Schwierigkeiten hätte bereiten können. Aus diesem Grunde wurde wiederholt die Forderung erhoben: Erst die Sozialisten ausschalten, dann den Krieg! Bereits während der ersten »Marokkokrise« hatte Kaiser Wilhelm II. in einem Neujahrsbrief an den damaligen Reichskanzler Fürst von Bülow erklärt: »Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig, per Blutbad, und dann Krieg nach außen. Aber nicht vorher und nicht á tempo!«³ Ähnlich dachten auch führende Militärs. Sie hatten die Absicht, bei Kriegsbeginn den SPD-Vorstand zu verhaften und die Partei aufzulösen. Bethmann Hollweg verfolgte eine andere Strategie. Er wollte die Arbeiterschaft langfristig für den Krieg gewinnen. Seiner Überzeugung nach konnte Deutschland einen Krieg nicht ohne das Mitgehen der organisierten Arbeiterschaft führen. Die Taktik Bethmann Hollwegs, die Arbeiterbewegung in den Krieg einzubinden, hatte Erfolg. 1914 hat kein Land das Deutsche Kaiserreich bedroht, auch Russland nicht. Doch das Kalkül, Deutschland als Opfer einer russischen Bedrohung erscheinen zu lassen, ging auf. Erhebliche Teile der Bevölkerung, einschließlich einer Mehrheit in der SPD, glaubten tatsächlich, dass Deutschland der Angegriffene sei und lediglich seine Werte verteidige gegen einen barbarischen Feind. Die SPD stellte ihre so eindrucksvoll begonnenen Antikriegsaktivitäten ein. Das war ein verhängnisvoller Fehler, da durchaus – wie dies in dem Buch ausführlich dargestellt wird – die Chance bestand, den Krieg doch noch zu verhindern.

In dem Maße, in dem der vermeintliche Verteidigungskrieg immer deutlicher den Charakter eines imperialen Eroberungskrieges annahm, wuchs auch die Ablehnung der deutschen Bevölkerung

zu diesem Krieg. Die Fortsetzung des Krieges, die Beibehaltung der weitreichenden Annexionsziele trotz immer höherer Kriegesopfer und deutlich geringer werdenden Siegeschancen erzeugten eine breite innerdeutsche Opposition gegen den Krieg. 1917 war das deutsche Volk tief gespalten: in Kriegsbefürworter und Kriegsgegner. Adolf Hitler hatte sich freiwillig zum Krieg gemeldet und ihn als Ordonnanz und Meldegänger an der Westfront mitgemacht. In *Mein Kampf* hat er sich ausführlich mit dem Ersten Weltkrieg auseinandergesetzt – mit den Fehlern und Versäumnissen, die seiner Meinung nach damals begangen wurden, und mit den Lehren und Konsequenzen, die daraus für den zukünftigen Krieg zu ziehen sind. Wie andere rechte Kräfte auch, behauptete Hitler, dass der Sieg zum Greifen nahe gewesen sei, erst die Antikriegsbewegung, die mit Streiks und Demonstrationen für die Beendigung des Krieges eingetreten war, habe den sicheren Sieg verhindert. Als Führer der Antikriegsbewegung sah Hitler »den Juden«. Für diese Tat werde man sich an den Juden rächen. Mit der Schuldzuweisung für den verlorenen Krieg an »die Juden« erreichte der Antisemitismus in Deutschland eine neue Dimension. »Nur die Beseitigung der Ursachen unseres Zusammenbruchs sowie die Vernichtung der Nutznießer derselben kann die Voraussetzung zum äußeren Freiheitskampf schaffen«⁴, erklärte Hitler. – Der Holocaust hat seine Wurzeln im Ersten Weltkrieg.

Einen weiteren Krieg hielt Hitler für unvermeidlich, wobei der künftige Krieg nicht nur die »unerledigten« Ziele des Ersten Weltkrieges im Nachhinein verwirklichen sollte, sondern sehr viel weitergehende Zielvorstellungen beinhaltete. Aufgabe des »deutschen Volkes« müsse es sein, neue Siedlungsgebiete im Osten zu erlangen. Es könne »nicht Absicht des Himmels sein (...), dem einen Volk fünfzigmal so viel an Grund und Boden auf dieser Welt zu geben als dem anderen«⁵ Inspiriert von den Eroberungszielen des *Alldeutschen Verbandes* und der Politik Erich Ludendorffs entwickelte Hitler seine »Bodenpolitik« – die gewaltsame Eroberung von neuem Siedlungsland im Osten. Das war für Hitler Zeit seines Lebens das unverrückbare strategische Ziel. Ohne den Ersten Weltkrieg und dessen Hinterlassenschaft ist der Zweite Weltkrieg nicht denkbar. Der Nationalsozialismus war vor allem ein Ergebnis des Ersten Weltkrieges.

BERNHARD SAUER
ist Historiker und Autor zahlreicher Publikationen zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus

☞ Bernhard Sauer: *Der Erste Weltkrieg – ein Verteidigungskrieg?* (Zeitgeschichtliche Forschungen, Band 66), Berlin: Duncker & Humblot, 10. Juli 2023, 188 Seiten.

¹ Alfred Krug: *Geschichte des Alldeutschen Verbandes, 1890-1939*, Wiesbaden: Steiner 1954, S. 86.

² Aufruf des Parteivorstandes vom 25. Juli 1914 im *Vorwärts*.

³ Zit. nach: Fritz Fischer: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands 1914-18*, Düsseldorf 1961 und 2013, S. 30.

⁴ Adolf Hitler: *Mein Kampf*, Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe, 58. Auflage, München 1933, S. 680.

⁵ Ebd., S. 152.



»Die Erinnerung wachhalten«

Ein von Wilfried Weinke herausgegebener Sammelband erinnert an das Wirken des nicht nur für Hamburg bedeutsamen Kulturhistorikers und Volkskundlers Ulrich Bauche (1928-2020)

Die Autor*innen dieses Buches widmen sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln Uli Bauches breit gefächertem Lebenswerk, festgehalten in zahlreichen Publikationen und Ausstellungen vor allem zur Hamburger Arbeiter*innenbewegung, zur jüdischen Geschichte seiner Heimatstadt, zur Verfolgung und Widerstand in der NS-Zeit. Die Ausstellungen und Veröffentlichungen *Wir sind die Kraft. Arbeiterbewegung in Hamburg, Vierhundert Jahre Juden in Hamburg, Arbeit und Vernichtung. Das Konzentrationslager Neuengamme* sind bis heute beispielhaft. Uli Bauche initiierte zudem das Senatsprogramm der *Schwarzen Tafeln* zur Kennzeichnung der Stätten von Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus.

Der Blick wird in den Beiträgen auch auf sein zivilgesellschaftliches und gewerkschaftliches Engagement gelenkt. Beim Lesen wird schnell klar: Dieser Band will mehr als eine bloße Würdigung einer herausragenden Persönlichkeit sein, die Franklin Kopitzsch, Vorsitzender des *Vereins für Hamburgische Geschichte*, prägend charakterisiert: »kompetent, kollegial, kooperativ«. In allen Darstellungen wird deutlich: Uli Bauches Haltung und Schaffen sind über sein berufliches Tun hinaus richtungsweisend und nachahmenswert. In der heutigen Zeit, die oft von Pessimismus, Zukunftsängsten und Resignation geprägt ist, entspricht sein Denken und Handeln dem berühmten »Prinzip Hoffnung« einer konkreten Utopie (Ernst Bloch), das positiv Menschliche in einem ständigen Prozess tastend und experimentierend auch gegen Widerstände zu verwirklichen. Dies verdeutlichen anschauliche Beispiele aus seiner dreißigjährigen Tätigkeit am *Museum für Hamburgische Geschichte*, bspw. bei der Entstehung und Gestaltung der *KZ-Gedenkstätte Neuengamme* mit ihren Außenstellen *Plattenhaus Poppenbüttel, Schule Bullenhusen Damm*

und *Gedenkstätte Fuhlsbüttel* sowie dem Werden des *Museums der Arbeit*.

Uli Bauche hatte zündende Ideen. Er war Impulsgeber für wahrhaft gute Vorstellungen, aus denen Konkretes erwachsen ist. Sein Einsatz für eine »Geschichte von unten« richtete sich nicht nur auf das Aufbewahren und Ausstellen wertvoller Exponate, sondern auch auf die Darstellung der Fähigkeiten von Menschen als immaterielle Kulturgüter, auf die konkrete Veranschaulichung von Arbeit und Leben, wie dieses am *Museum für Arbeit* bis heute versucht wird. Das Alltagsleben, das sogenannte »wirkliche Leben«, stand für ihn im Mittelpunkt.

Nicht nur diese Ideen sind vorbildhaft, sondern auch Bauches Weg dorthin. Sein Bekenntnis zum gemeinsamen und interdisziplinären Forschen und Arbeiten lebte er. Er stellte an seinem Arbeitsplatz Formen der Hierarchie und Herrschaft in Frage, wobei er sich selbst als Vorgesetzten mit einschloss. So wandte er sich als Gewerkschafter und Personalrat gegen das Direktorialprinzip und forderte eine demokratisch konzipierte Kollegialverfassung unter Einbeziehung aller Mitarbeitenden. Mit der Schaffung der Museumsräte als Organe sollten die Museumsleitung, Museumswissenschaftler*innen und Restaurator*innen, technisches und Verwaltungspersonal vereint werden, um zu einer Demokratisierung der Museumslandschaft beizutragen. Das prägende Motto der frühen 1970er Jahre »Wir wollen mehr Demokratie wagen« (Willy Brandt) behielt Uli Bauche zeitlebens bei. Dafür setzte er sich mit Überzeugungskraft und Konsequenz ein, wobei er half, Brücken zwischen kontroversen Gruppen zu bauen. Anderen begegnete er stets auf Augenhöhe. Er verstand es – wie dieses Buch zeigt – hierfür Mitstreiter*innen zu finden.

Woher nimmt jemand die Kraft, sich im Beruf und weit darüber hinaus, ein Leben lang für eine humanistische und demokratische Gesellschaft einzusetzen? Wie kommt es, dass jemand Eigenschaften wie Klugheit, Mut, Gerechtigkeit, Toleranz und Hoffnung entwickelt, die zu Recht als menschliche Kardinaltugenden bezeichnet werden, wenn er selbst in einer unbarmherzigen, mörderischen Zeit großgeworden ist?

Ulrich Bauche ist der Sohn des Graphikers und Widerstandskämpfers gegen den Nationalsozialismus Wilhelm Bauche und von Gertrud Mendel, der Tochter des früheren hamburgischen Senators und Vorstandsmitgliedes des genossenschaftlichen Konsum-, Bau- und Sparvereins *Produktion*, Max Mendel. Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten begann für die Familie von Ulrich Bauche ein Prozess zunehmender Entrechtung und Ausgrenzung. Uli Bauches Vater wurde wegen seiner Beteiligung an einer illegalen sozialdemokratischen Stadtteilorganisation in Eilbek wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu einer 33-monatigen Haftstrafe verurteilt. Seine Mutter war Jüdin. Sie war den antisemitischen Repressalien der Nazis mit Diskriminierung, Berufsverbot und Zwangsarbeit ausgesetzt. Seine jüdischen Großeltern wurden 1942 ins KZ Theresienstadt verschleppt, wo



Sein Einsatz für eine »Geschichte von unten« richtete sich nicht nur auf das Aufbewahren und Ausstellen wertvoller Exponate, sondern auch auf die Darstellung der Fähigkeiten von Menschen als immaterielle Kulturgüter, auf die konkrete Veranschaulichung von Arbeit und Leben... Das Alltagsleben, das sogenannte »wirkliche Leben«, stand für ihn im Mittelpunkt.

sie aufgrund der Haftbedingungen nach kurzer Zeit starben. Ulrich Bauche musste als »jüdischer Mischling ersten Grades« die Schule verlassen. Eine Berufsausbildung wurde ihm verwehrt. Erst nach der Befreiung konnte er sein Abitur nachholen und studieren.

Das in der Kindheit in einer jüdisch verfolgten Familie Erlebte prägte Ulrich Bauches Lebenshaltung, das gilt sowohl für den familiären Zusammenhalt, das demokratische Miteinander als auch für die Ablehnung nationalistischer, militaristischer und faschistischer Ziele, Inhalte und Strukturen. Dies bewirkte sowohl seine menschliche Integrität und seine Bereitschaft zur Kooperation als auch sein Streiten für mehr Demokratie und seine Selbstverpflichtung zur zeitgeschichtlichen Aufklärung. Ohne das Bedrückende geschichtlicher Ereignisse zu reduzieren, zeigten sein Wesen und Wirken konstruktive Perspektiven auf. Durch seine Familiengeschichte war Uli Bauche eng mit der Hamburger Arbeiter*innenbewegung verbunden. Insbesondere war ihm bei seiner Forschung dabei wichtig, an die jüdischen Mitstreiter*innen in der Arbeiter*innenbewegung zu erinnern. Wenn er die von den Nazis zerstörte Kultur beschreibt, will er an ein positives Zusammenleben zwischen Juden und anderen Hamburgern erinnern und damit heutigen antisemitischen Ansichten und Bestrebungen entgegenreten.

Den Autor*innen und dem Herausgeber dieses Buches ist zu danken, dass sie es den Leser*innen ermöglichen, einen Menschen kennenzulernen, der nicht nur Vorbild für nachkommende Fachleute ist, sondern auch und gerade für Menschen, die sich – trotz widriger gesellschaftlicher Bedingungen – für eine demokratische und humanistische Gesellschaft einsetzen wollen.

STEFAN ROMEY

Wilfried Weinke (Hrsg.): Die Erinnerung wachhalten. Ulrich Bauche: Sein Wirken in Hamburg, Hamburg: VSA Verlag 2023, 192 Seiten, 19,80 Euro.



Gestern ist Morgen

Harry Friebels Essay ›An den Nationalsozialismus erinnern‹ widmet sich den biografischen Verstrickungen in die während der NS-Zeit begangenen Verbrechen

Den Deutschen wird international nicht selten nachgesagt, sie seien vorbildlich in Sachen Aufarbeitung ihrer NS-Vergangenheit. Da wäre es wohl zu viel erwartet, dem zu widersprechen. Man sonnt sich eher in einem von einer glänzenden Oberfläche reflektiertem Licht. Kratz man an der glatten Oberfläche, so wird bald klar, dass es wahrlich nur die obere Schicht einer Panzerung ist, die etwas zu verbergen sucht. Etwas tiefer liegend zeigt sich nämlich ein ganz anderes Bild. Dort stößt man, um im Bild zu bleiben, auf eine braune Schicht, die nicht einmal getrocknet scheint.

Man muss dazu gar nicht das Raunen der bayrischen Wählerschaft über die Abgründe ihres stellvertretenden Ministerpräsidenten Aiwanger heraufbeschwören, um zu zeigen, dass bei vielen Kindern und Enkel*innen von NS-Täter*innen die Abwehr einer Kritik an ihren Vorfahren schwerer wiegt als die Bereitschaft, sich wahrhaftig mit deren Verstrickungen in die begangenen Verbrechen auseinanderzusetzen. Es genügt der Blick in die vielen Untersuchungen zum Antisemitismus in Deutschland, die es in den letzten Jahrzehnten gegeben hat. Vielleicht nicht überraschend: Die Ergebnisse zeigen über diesen langen Zeitraum ein sehr stabiles Bild. Danach sind es zwischen 20 und 30 Prozent der Bevölkerung, bei denen sich antisemitisches Denken nachweisen lässt.

Ein erschreckendes Bild vor dem Hintergrund unserer Geschichte! Und es passt so gar nicht zusammen mit dem eingangs erwähnten Ruf der Deutschen, sie hätten es aufgrund ihrer intensiven Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte geschafft, alle nationalistischen Attitüden abzustreifen.

Wer diesem Widerspruch auf die Spur kommen will, der möge das hier zu besprechende Buch von Harry Friebel lesen! Ausgehend von dem epochalen Werk von Margarete und Alexander Mitscherlich

über die *Unfähigkeit zu trauern* aus dem Jahr 1967, das als einer der ersten Versuche gilt, psychoanalytische Erkenntnisse präzise auf die NS-Täter*innen und ihre Nachfahren zu beziehen, setzt sich Friebel in der Folge mit denjenigen Autor*innen auseinander, die Mitscherlichs Gedanken weiter ausdifferenzieren. Sind es zunächst die Analysen über die Täter*innen gewesen – beispielhaft in dem ebenfalls wohl epochal zu nennenden Werk *Männerphantasien* (1977) von Klaus Theweleit – so richtet sich der Fokus der nachfolgenden Untersuchungen eher auf die Kinder und Enkel der Täter*innen.

Der Unterschied: Anders als bei den Untersuchungen über die Täter*innen, die ja bestenfalls interviewt oder aus deren schriftlichen Schilderungen Schlüsse gezogen werden konnten, basieren die Erkenntnisse über die Nachfahren der Täter*innen auf den unmittelbaren eigenen Erfahrungen aus der Kindheit und Jugend. Wenn man so will: eine Sekundärerfahrung, die aber gerade hierdurch ihre spezielle Qualität erfährt.

Friebel gibt sich aber nicht damit zufrieden, allein mittels psychologischer Deutungsmuster die Strukturen von Verdrängung und Sublimierung kenntlich zu machen. So wie er bereits im vorderen Teil seiner Untersuchung die psychischen Dispositionen der Täter*innen nie abtrennt von den zeitgeschichtlichen Ereignissen und den mit ihnen verbundenen kulturellen Grundierungen sowie politisch-institutionellen Bedingungen sieht und dabei besonderes Augenmerk auf kirchliche Institutionen lenkt – so sind es im Fortgang der Beschreibungen, wenn es um die Nachfahren der Täter*innen geht, ebenso deren Einbindung in die zeitgenössischen politisch-kulturellen Entwicklungen.

Zu ihnen gehören die im ersten Teil seiner Abhandlung beschriebenen zeitnahen und aktuel-

len rassistischen Verbrechen und antisemitischen Übergriffe. Und er weist auf einen möglichen Verblendungszusammenhang hin, weil es immer nur Minderheiten sind, die zwar zeitweise medial ein gewisses Echo in der Öffentlichkeit erzeugen, sich aber letztendlich immer wieder herausstellt, dass jene um Aufklärung Bemühte sich in einer Blase zu befinden scheinen. Friebel zitiert hierzu den Schriftsteller Per Leo (*Tränen ohne Trauer*, 2021): »Das Geschichtsbewusstsein der meisten Deutschen (hat sich) im Wohlfühlquadrat von Täterdämonisierung, Opferidentifikation, Demokratiestolz und Ambivalenzabwehr bequem eingerichtet.« (S. 79).

Aber zurück zu den emanzipatorischen Befreiungsversuchen von NS-Täter*innen seitens der Kinder und Enkel*innen, die nicht zu trennen sind von den politisch-kulturellen Umbrüchen der 1968er Bewegung. Auch wenn es noch einige Jahrzehnte dauerte, bis das Leid der Nachgeborenen so unerträglich wurde, dass es sich in vielen Biografien Bahn brach, es zeigt, dass es nie zu spät ist, sich der eigenen Vergangenheit zu stellen bzw. sich mit ihr auseinanderzusetzen.

Bereits Freud hatte in seinem Werk *Totem und Tabu* (1913) von *Gefühlserbschaften* gesprochen. Friebel setzt sich mit den Erkenntnissen von Marina Chernivsky [u. a. Mitglied des zweiten *Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus* des Deutschen Bundestags (2015-2017)] auseinander, die dasselbe Phänomen unter dem Begriff *Postmemory* fasst. Zusammen mit den sehr lebensnahen generationsübergreifenden Beschreibungen in dem Buch *Opa war kein Nazi* von Harald Wenzel u. a. (2002) kommen alle in Friebels Buch erwähnten Autor*innen zu demselben Schluss: Es kann keine individuelle Befreiung von Zwängen und Ängsten geben, solange nicht der aufrichtige Wille dazu führt, die Schuld der Vorfahren anzuerkennen. Dass eine formale Anerkennung nicht reicht, sondern erst die Leiderfahrung in einer Therapie die Voraussetzung für einen Beginn sein kann, was man vielleicht mit Heilung umschreiben könnte, sollte nicht als Versprechen, sondern als Chance wahrgenommen werden, sich aus den Verstrickungen zu lösen.

Nachdem bis dahin nur von NS-Täter*innen die Rede war, weitet Friebel den Blick im letzten Teil seines Buches auf die Verarbeitung der postkolonialen Vergangenheit. Auch hier haben sich Menschheitsverbrechen von Deutschen ereignet, die lange Zeit verdrängt oder verschwiegen wurden: Die Tötung von ca. einer Million Afrikaner*innen in Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia und ostafrikanischen Territorien auf dem Gebiet des heutigen Tansania in der Zeit von 1882-1914. Dass es in diesem Zusammenhang Auseinandersetzung um die Einzigartigkeit des Holocausts gibt,

kann man bedauern. Friebel wertet es, sich u. a. auf die Untersuchungen und Einschätzungen der Publizistin und Buchautorin Charlotte Wiedemann beziehend, als Chance, sich mit der monströsen Dimension dieser Taten auseinanderzusetzen, ohne die Singularität jedes einzelnen Verbrechens aus dem Auge zu verlieren.

Jenseits aller unterschiedlicher Interpretationen, Sicht- und Herangehensweisen in Hinblick auf die Aufarbeitung der von Deutschen begangenen Verbrechen vermittelt Friebel in seinem Buch die zentrale Botschaft: »Wenn die Wirkmächtigkeit des NS-Terrorregimes von 1933 bis 1945 auch heute noch (...) weiter deutlich aufspürbar ist, dann sagt uns das: Gestern ist auch morgen!« (S. 77) Damit meint er eben nicht nur die Aufarbeitung in einem allgemeinen politischen Kontext, sondern die Herausforderung jedes Einzelnen, sich seiner Familiengeschichte zu stellen. So resümiert er: »Es geht insbesondere um autobiografische Reflexionen im familienbiografischen Kontext.«

Wie man das persönlich angeht? Friebel gibt auch hierauf eine Antwort. Es sei die kollektive Erinnerungsarbeit, deren Praxis gezeigt habe, dass das Kartell von Schweigen und Verdrängen in einem solchen Rahmen am ehesten aufzubrechen sei. Er bezieht sich auf eine Methode, die Frigga Haug in verschiedenen Frauenforen in den 1970er und 1980er Jahren entwickelt hat (vgl. S. 85). Dass er diese Methoden auch selber praktisch anwendet, steigert den Realitätsbezug seiner Ausführungen.

Und noch etwas anderes steigert nicht nur den Realitätsbezug, sondern klärt auch die eingangs bemühte Metapher von der unter der ach so glänzenden Lackschicht liegenden braunen Grundierung, die einfach nicht trocknen will. Das Buch endet mit einer Aufstellung von Personen, die einst als Angehörige der Funktionselite der Nazis beim Aufbau der Bundesrepublik maßgeblich beteiligt waren. Ein wackliges Fundament für ein Land, das auch das Gefühl bei Vielen erklären mag, wir bewegten uns auf schwankendem Grund. Wer sich lieber festen Boden unter den Füßen wünscht, dem sei dieses Buch empfohlen.

JOACHIM GEFFERS

Der Autor Dr. Harry Friebel ist emeritierter Professor im Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg und der Evangelischen Hochschule Rauhes Haus, Hamburg
Wer Interesse an der Teilnahme an Gruppen zur familiengeschichtlichen Aufarbeitung hat, möge sich direkt an den Autor unter friebelh-projekte@mailbox.org wenden.

Harry Friebel: An den Nationalsozialismus erinnern. Entwicklung der Erinnerungskultur und zukünftige Perspektiven. Ein Essay, Opladen/Berlin: Verlag Barbara Budrich 2023, 99 Seiten, 12,00 Euro.

Archäologie ist Politik

In Athen kämpft der Verein der Archäolog*innen Griechenlands (SEA) gegen eine politisch motivierte Räumungsklage

Im letzten Jahr war ich zum elften Mal mit der Solidaritätsreisegruppe *Gegen Spardiktate und Nationalismus!* in Griechenland. Ich habe darüber schon des Öfteren in der *hlz* berichtet. Wir waren sechs Teilnehmer*innen aus Berlin, Hamburg und Salzgitter, aus IG Metall, GEW und ver.di. Für unsere griechischen Kontakte waren wir ein willkommener Besuch, da die politische Lage nicht nur bei uns, sondern auch dort ziemlich düster ist.

Vielleicht ein kleines Schlaglicht: Bei den Kommunalwahlen im Oktober 2023 beteiligten sich zwischen 25 und 30 %. Und das in dem Land, das noch vor einigen Jahren das politisierteste Land Europas war! Die rechte Regierung unter Mitsotakis, im Juni wiedergewählt, verfolgt weiter ihren Privatisierungskurs: Alles, was halbwegs verkäuflich ist, wird verscherbelt. Wir sprachen mit einer Filmemacherin, die zu den Waldbränden auf Euböa vor zwei Jahren recherchierte. Ein Tag nach dem offiziellen Ende der Brände legte eine Investorengruppe einen Plan vor, in dem verbrannten Waldgebiet Windparks zu errichten. Wir sprachen u. a. mit Gewerkschaftern der Eisenbahn, die uns erzählten, wie die Bahn heruntergewirtschaftet wurde, was zum schrecklichen Unglück im Februar mit 40 Toten führte. Eine Begegnung aber fand ich besonders berichtenswert, obwohl sie sich erst einmal gar nicht so spannend anhört.

Der Verein der Archäolog*innen

Am 4. Oktober trafen wir uns mit Despina Koutsoumba, der zweiten Vorsitzenden des *Vereins der Archäolog*innen Griechenlands (SEA)* im Hauptsitz des Vereins unweit der Akropolis in Athen. Der *Verein der Archäolog*innen Griechenlands* ist seit 1959 die gewerkschaftliche Vertretung der im öffentlichen Dienst beschäftigten Archäolog*innen und zählt rund 950 Mitglieder.

Sie hat sich für uns Zeit genommen, obwohl heute Stress im Haus ist: »Aktuell sind Finanzprüfer im Auftrag des Kultusministeriums im Haus und schauen sich unsere Bücher an. Sie wollen vermutlich etwas finden, um die Kündigung des Gebäudes zum 10. Oktober zu rechtfertigen. Bis dahin lassen sie uns Zeit, unser Gebäude zu räumen.« Doch das Ganze diene nur als Vorwand, sagt Despina und

fügt hinzu: »Ganz offensichtlich möchte uns die aktuelle Regierung aus politischen Gründen rausjagen. Wir sind dem griechischen Kultusministerium unter Frau Mendoni in vielerlei Hinsicht ein Dorn im Auge.« Doch Despina ist kämpferisch: »Neben Solidaritätsaktionen, werden wir jetzt juristisch gegen die angekündigte Räumung vorgehen.«

Das denkmalgeschützte Gebäude des Vereins in der Ermou-Straße mit wunderschönem Blick auf die Akropolis und großem Garten war von der sozialistischen Pasok-Regierung in den 80er Jahren aufgekauft und renoviert worden. Ein Filetgrundstück sozusagen. Die damalige Kultusministerin Melina Mercouri übergab eine Reihe solcher Gebäude an gesellschaftliche Organisationen. So erhielt der *Verein der Archäolog*innen* das Gebäude aus Anerkennung für ihren Widerstand während der Militärdiktatur (1967-74), während der die Hälfte der Archäolog*innen entlassen worden war. Heute ist das Gebäude ein lebendiger Treffpunkt für kulturelle und gesellschaftliche Veranstaltungen. Unter anderem wird es als Jugendherberge für Archäolog*innen aus dem ganzen Land genutzt, die Athen besuchen, um an Konferenzen oder Seminaren teilzunehmen. Im Garten gibt es regelmäßig Aktivitäten für Kinder, Sommerkino sowie Konferenzen, Konzerte und Veranstaltungen. Nun, nach der Räumungsklage durch das Kultusministerium, steht all das auf dem Spiel.

»Gerechtigkeit für Pylos!«

Am 14. Juni dieses Jahres kenterte ein Fischkutter mit Schätzungen zufolge etwa 750 Geflüchteten vor der griechischen Küste vor Pylos. Viele ertranken, darunter alle Frauen und Kinder. Die Berichte von mehreren der 104 Überlebenden weisen darauf hin, dass der Kutter durch das Abschleppmanöver von einem Boot der griechischen Küstenwache ins Kentern geriet. Diese Vorwürfe wiesen die griechischen Behörden zurück. Doch inzwischen mehren sich die Zweifel an der Darstellung der Küstenwache. Im Juli hatte im Garten des Archäologenvereins eine Veranstaltung stattgefunden unter dem Titel: »Gerechtigkeit für Pylos!« Auf der Veranstaltung waren natürlich auch die illegalen Pushbacks der griechischen Küstenwache Thema.



»Gerechtigkeit für Pylos!«: Veranstaltungsaufwurf griechischer Organisationen, Solidaritätsgruppen und Kollektive in Kritik an den illegalen Pushbacks der griechischen Küstenwache

Räumungsdrohung

Diese Veranstaltung war ein Ärgernis für die Regierung, die zu vertuschen versuchte und versucht. Wenig später tauchte ein Artikel in einer regierungsnahen Zeitung auf: Die Regierung sei diskreditiert worden. Was habe denn das Unglück mit Archäologie zu tun? Was gehe die Archäologen das an? Ein auf der Veranstaltung anwesender bekannter griechischer Seenotretter, Jason Apostolos, wurde als »Griechenfeind« bezeichnet und die Archäolog*innen gleich mit.

Dabei gab es nach dem Unglück drei offizielle Trauertage in ganz Griechenland als Zeichen, dass alle betroffen waren. Die Kultusministerin fing dennoch an, einzelne Mitglieder des Vereins öffentlich zu diskreditieren. Z. B. sei der Vorsitzende Kostas Paschalidis Mitglied von *Antarsya*, einer kleinen legalen, linksradikalen Partei, und mache das Vereinsgebäude zu deren Stützpunkt.

Für den Archäologenverein war es immer ein Anliegen gewesen, ein öffentliches Gebäude auch öffentlich nutzbar zu machen. So fanden hier u. a. Buchausstellungen, feministische Kongresse und gewerkschaftliche Veranstaltungen statt. Auch das Kultusministerium führte hier Veranstaltungen durch. Alles war bekannt, alles war öffentlich.

Da die Regierung der *Nea Demokratia* unter Mitsotakis aber das Programm hat, alles Öffentliche zu privatisieren und zu Geld zu machen, was verkaufbar ist, geriet das Gebäude des Archäologenvereins sicher schon länger ins Fadenkreuz der Privatisie-

rungsplaner. Die Veranstaltung zu dem Bootsunglück vor Pylos bot jetzt offenbar den Anlass zuzuschlagen.

Die Kultusministerin schickte dem Verein ein Schreiben: Die Veranstaltung zu Pylos habe ja offensichtlich Einnahmen eingebracht, die dem Kultusministerium zugestellt werden müssten. Das sei nicht geschehen. Auf die Antwort, das mit den Einnahmen stimme nicht, flatterte die Räumungsaufforderung herein. In der Begründung heißt es, die SEA habe die Räume ohne die Zustimmung des Ministeriums an Dritte vergeben und damit gegen die Bestimmungen des Vereins verstoßen. Zudem sei die Veranstaltung zu Pylos nicht vom Ministerium genehmigt worden und zu guter Letzt unterschlage die SEA Gelder vor dem Staat. Offensichtlich alles vorgeschoben.

Nun wappnet sich die SEA juristisch und hat beim höchsten Verwaltungsgericht des Landes Berufung gegen die Räumungsanordnung eingelegt. Am 10. Oktober 2023 fand ein großes Konzert mit vielen bekannten Musiker*innen Griechenlands und Solidaritätsbekundungen vor dem Gebäude statt, was die Verankerung des Vereins in der Athener Bevölkerung zeigt. Das Gericht hat leider eine aufschiebende Wirkung der Räumung bis zur Verhandlung im nächsten Jahr verneint. Eigentlich müssen sie jetzt räumen, aber da das Kultusministerium ihnen noch kein neues Gebäude zugewiesen hat, sind sie einstweilen noch vor Ort.

MANFRED KLINGELE,
Betriebsgruppe Ruheständler*innen

ÖFFENTLICHER DIENST

**IHR SORGT FÜR BILDUNG
WIR BILDEN EURE ABSICHERUNG**

Ihr für uns. Wir für Euch.
Das **Füreinander** zählt.

DebeKa
Versichern und Bausparen

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15,
20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77,
Homepage www.gew-hamburg.de

Redaktion:
Antje Géra (Redaktionsleitung), Liese Kühnel, Sebastian Schreull
E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Illustrationen: Andrea von Redecker

Grafische Assistenz:
Jason Tsiakas

Anschrift der Redaktion:
Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg.
E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design
Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sechs Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor*innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Redaktionsschluss hlz 7-8/2024: 02.06.2024, **9-10/2024:** 23.09.2024

gba-SEMINARE 2024

gendersensibel unterrichten

Weitere Infos und Seminarangebote unter

gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung

Gendersensibles Unterrichten
Schule spiegelt im Kern unsere diverse Gesellschaft wider und hat den klaren Auftrag, Vielfaltigkeit erkennbar zu machen und dadurch die Schulkultur mit unseren diversen Schüler*innen und auch Kollegien sichtbar zu machen und zu stärken. Mit dem zweiteiligen Seminar nähern wir uns gemeinsam dem Thema Diversität an Schule am Beispiel von geschlechtergerechter Schule und Schulentwicklung an und erarbeiten Veränderungsstrategien für unsere Schule.

Do 6.6., 16.30-19.30 Uhr

Hamburg, Curio-Haus
Leitung: Annette Nordhoff
Kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitgl. 20 €)

Auftanken und gesund bleiben: Spannungsausgleich für Erzieher*innen

In diesem Seminar wird am körperlich-seelischen Spannungsausgleich gearbeitet; es bietet uns Körperbewusstsein und Wohlbefinden. Eutonie, die gute Spannung, dient der Gesundheitsförderung und der Erhaltung unserer Arbeitskraft und Lebensfreude. Wir erhalten Unterstützung, um uns von unnötiger Haltearbeit der Muskulatur, von Spannungen und Schmerzen zu befreien. Wir verfeinern unser Gefühl für das körperlich-seelische Gleichgewicht und finden zu einem achtsameren Umgang mit uns selbst und anderen. Mit verschiedenen Materialien wie Bällen, Bambusstäben oder Kirschkernsäckchen wird mit

Berührung und wohl-dosierten Druck gearbeitet.

Sa 8.6., 10-17 Uhr

Hamburg, GEW-Geschäftsstelle
Leitung: Karin Coch, Atem- und
Leibpädagogin des BVA
Kostenanteil: 10 € inkl.
Verpfleg. (erm. 5 €, Nicht-Mitgl. 50 €)

Tarif-ABC für Einsteiger*innen

Tarifverhandlungen, Arbeitskämpfe, Streiks: das kennen alle aus den Nachrichten, wenn sechs Prozent gefordert und drei Prozent erreicht werden. Aber wie genau laufen Tarifverhandlungen ab? Welche Rolle spielen die Gewerkschaften? Wie kommen eigentlich Forderungen zustande und wer entscheidet letztlich über ein Tarifergebnis? Welche Erfolge konnten erzielt werden und wie können wir zukünftig erfolgreicher werden?

In diesem kompakten Online-Seminar wird alles rund um Tarifverhandlungen erklärt. Es dürfen auch »dumme Fragen« gestellt werden!

Di 11.6., 17-19 Uhr

Online Seminar mit Zoom
Leitung: Philipp Westphal
Kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitgl. 10 €)

Neutralität an der Schule?

Viele Lehrkräfte an Schulen sind angesichts eines von der AfD behaupteten und von einigen Medien unkritisch übernommenen „Neutralitätsgebots“ verunsichert: Gibt es tatsächlich eine

Neutralitätspflicht an Schule? Wann darf oder wann muss ich mich als Lehrkraft politisch positionieren? Bei welchen Äußerungen muss, wann sollte eine Lehrkraft eingreifen? Wir klären die der Rechtslage mit vielen Fallbeispielen, diskutieren so Professionsfragen und stärken das Selbstverständnis und auch das Selbstbewusstsein der Lehrkräfte. Online-Seminar mit Zoom
Do 13.6., 17-19 Uhr
Online-Seminar mit Zoom
Leitung: Frank Hasenbein
Kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitgl. 10 €)

Speak-out-Workshop: Sprechen in der Öffentlichkeit

Im Speak-out-Workshop geht es um sicheres Auftreten, Präsenz, Stimmsitz und ein entspanntes, freies Sprechen. Es werden konkrete Hilfestellungen für das Sprechen vor Publikum gegeben und praktische Strategien geübt, die Hemmschwellen abbauen und die helfen, besser mit Aufregung und körperlichem Stress umzugehen. Es werden auch Techniken vermittelt, sich auf Sprechsituationen stimmlich und inhaltlich effektiv vorzubereiten.

Sa 15.6., 10-15 Uhr

Hamburg, GEW-Geschäftsstelle
Leitung: Liz Rech
Kostenanteil: 10 € inkl.
Verpfleg. (erm. 5 €, Nicht-Mitgl. 50 €)



Storytelling und Ansprache

Kompakter Workshop für GEW-Aktive an Schulen

Wie kann ich Menschen von meinem Anliegen überzeugen? Wie kann ich eine Geschichte finden für das, was ich sagen will? Dabei kann strategisches Storytelling sehr hilfreich sein. In diesem kompakten Workshop erhalten wir einen theoretischen Input und machen praktische Übungen, wie wir mit unserem Anliegen überzeugend auftreten können, zum anderen gegen wir der Frage nach, wie wir andere überzeugen können, in die Gewerkschaft einzutreten. Außerdem diskutieren wir die Frage, wie mich die GEW in meiner Arbeit als GEW-Aktive*r noch besser unterstützen kann.

Für Getränke und leckere Snacks ist gesorgt, außerdem gibt es Materialien aus dem GEW-Shop (Tassen, Kugelschreiber, Schlüsselanhänger etc.) zum Mitnehmen an die Einrichtungen.

Nur für GEW-Mitglieder.

Do, 20.6., 17-20 Uhr

*Hamburg, GEW-Geschäftsstelle
Leitung: Frank Hasenbein
Kostenanteil: kostenlos für
GEW-Mitglieder*

Die lange Nacht der GEW Hamburg

Die GEW Hamburg stellt sich vor: Dich erwartet ein buntes Programm aus politischen Diskussionen und Workshop-Angeboten, aber auch jede Menge Musik und das erste GEW-Speeddating, bei dem du in kürzester Zeit deine gesamte Organisation, die Mitarbeiter*innen und das Curio-Haus kennenlernen kannst.

Fr 5.7., 18-24 Uhr

*Hamburg, Curio-Haus
Leitung: Dirk Mescher,
Sven Quiring u.a.
Kostenlos für GEW-Mitglieder
inkl. Verpflegung*

Das belgische Bildungssystem: Brüssel

Wochenseminar in Brüssel. Wir machen Stadtrundgänge, besuchen Schulen und außerschulische Bildungseinrichtungen und diskutieren u.a. mit Lehrer*innen, Schulleitungen und gewerkschaftlich Aktiven. Was sind aktuelle Probleme der Bildungspolitik? Die genauen Inhalte des Seminars werden mit Teilnehmenden und im Kontakt mit belgischen Kolleg*innen geplant.

So 20.10.-Fr 25.10.2024

*Brüssel, 3-Sterne-Unterkunft
Leitung: Frank Hasenbein
Kostenanteil: 990 € im EZ/890 € im DZ inkl. Fahrt, Unterkunft, Halbpension für 5 Nächte (erm. 790 EZ/690 DZ)*

Anmeldung: über die GEW-Website: www.gew-hamburg.de/seminare. Ermäßigung gibt es für Erzieher*innen, Referendar*innen, Studierende, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch u. a. über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Der nächste Termin findet am Dienstag den 25. Juni 2024 statt, 15-17 Uhr.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer*innen als auch an Beamt*innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

GEW TERMINE – GESCHÄFTSSTELLE – MAI-JULI 2024

Referat F / Gruppe Gewerkschaftliche Bildung	Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Wolfgang Szepansky, mailto: info@szepansky.de
Referat B Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
GEW Studies	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	10.06.2024, 18.00-21.00 Uhr, GBW
FG Grundschule	27.05.2024, 17.00-19.00 Uhr, GBW 24.06.2024, 17.00-19.00 Uhr, Raum A 15.07.2024, 17.00-19.00 Uhr, GBW
AG Vorschule	24.06.2024, 17.00-19.00 Uhr, Raum C
FG Stadtteilschulen	11.06.2024, 17.30-19.30 Uhr, Raum A
FG Berufliche Schulen	19.06.2024, 17.00-20.00 Uhr, Raum A 10.07.2024, 17.00-21.00 Uhr, Raum A
FG Gymnasien	27.05.2024, 17.30-21.00 Uhr, Raum A 17.06.2024, 17.30-21.00 Uhr, Raum A 15.07.2024, 17.30-21.00 Uhr, Raum A
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Sonderpädagogik	24.06.2024, 17.00-19.00 Uhr, GA-Zimmer
FG Hochschule u. Forschung	In der Geschäftsstelle nachfragen
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik	07.05.2024, 17.30-19.30 Uhr, GBW 09.07.2024, 17.30-19.30 Uhr, GBW
Landesausschuss für Migration	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Bildung statt Kinderarbeit	07.05.2024, 16.00-18.00 Uhr, Raum C
Ausschuss für Friedensbildung	In der Geschäftsstelle nachfragen
Mittelamerikagruppe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Ruheständler*innen	05.06.2024, 10.00-13.00 Uhr, Raum A 03.07.2024, 10.00-13.00 Uhr, Raum A
FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Schulleitungen	27.05.2024, 18.00-20.00 Uhr, GA-Zimmer 08.07.2024, 18.00-20.00 Uhr, GBW
Sportausschuss	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Kindheitspädagogik	In der Geschäftsstelle nachfragen
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	06.05.2024, 16.30 Uhr im Carlsen Verlag christoph.janzen@ajum.de
Bildungsclub	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Queere Lehrer*innen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Erwachsenenbildung	16.05.2024, 19.30-21.00 Uhr, Raum A 04.06.2024, 19.30-21.00 Uhr, Raum A 03.07.2024, 19.30-21.00 Uhr, Raum A



Für aktuelle Termine bitte QR-Code aufrufen und/oder auf die GEW-Webseite <https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine> gehen und gegebenenfalls die Kontaktpersonen anschreiben.



ALBERSDESIGN
 MEDIEN
 LAYOUT
 KREATION
 GRAFIK
 PRINT
 BERATUNG
 DTP
 GESTALTUNG
 BILDBEARBEITUNG
 KALKULATION LOGOS, FLYER
 BROSCHÜREN
 Alles für Ihre Drucksache
 VISITENKARTEN
 FOTO WEBSERVICE
 PRODUKTION
 www.albers.design
 Jetzt testen!

albersdesign

Media-Agentur
 Mediengestaltung
 + Druckproduktion

DTP . Layout . Reinzeichnung
 Grafik . Anzeigenverwaltung
 Horn 33 . 25421 Pinneberg
 ca@albers.design . www.albers.design

*Haben Sie weitere Anliegen –
 sprechen Sie mich gerne an!*

ANZEIGE

Debeka

Neue Studie: Debeka erneut als bester Privater Krankenversicherer ausgezeichnet

Die Debeka Krankenversicherung ist laut Branchendienst map-report nach wie vor Deutschlands beste Private Krankenversicherung und damit auch Qualitätsmarktführer. Das vom Analysehaus Franke und Bornberg herausgegebene Rating zur Privaten Krankenversicherung (PKV) zeichnete die Debeka jetzt erneut für „hervorragende Leistungen“ mit der bestmöglichen Bewertung „mmm+“ aus. Mit 89 von 100 möglichen Punkten hat sich das Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr noch einmal verbessert. Das PKV-Rating des map-reports liefert seit über 20 Jahren eine Analyse und eine umfassende Bewertung der Qualität privater Krankenversicherer anhand von Kennzahlen aus den Bereichen „Bilanz“, „Service“ und „Vertrag“. Es ist somit auch eine wichtige Entscheidungshilfe für Verbraucher bei der Wahl einer Privaten Krankenversicherung. Die Debeka wurde von Beginn an Testsieger und verteidigt die Spitzenposition – mit Ausnahme des Jahres 2017 – seit nunmehr zwei Jahrzehnten.

„Wir sind stolz darauf, vom renommierten map-report regelmäßig als beste Private Krankenversicherung ausgezeichnet zu werden. Diese Anerkennung ist nicht nur eine Bestätigung unserer kontinuierlichen Arbeit, sondern auch Verpflichtung und Ansporn zugleich, weiterhin Spitzenleistungen für unsere Mitglieder zu erbringen“, sagt Thomas Brahm, Vorstandsvorsitzender der Debeka.

Wieder schmerzfrei leben

Schulmedizin, Osteopathie, Trigger,
 Stoßwellen, Faszien und mehr.
 Untrennbar. Integrativ.

Faszien-,
 Trigger- und
 Stoßwellen-
 therapie

Bewegungsmangel, Fehlbelastung, Verschleiß, alte Verletzungen und vieles mehr – die Entstehungsgeschichte für orthopädische Probleme ist lang.

Die möglichen Schmerzorte erstrecken sich über den gesamten Körper – angefangen beim Kopf über Schulter und Nacken, dem Rücken, dem Steißbein, der Hüfte und den Knien oder der gesamten Muskulatur bis hin zum Kiefer.

Teils reduzierte Betroffene am Anfang noch unmerklich, später immer gravierender ihre Aktivitäten bis hin zur Gehstrecke und bewegen sich in einer abwärts gerichteten Spirale.

Doch die wenigsten Schmerzen sind unabwendbar. In der Regel mangelt es am ganzheitlichen Blick des Mediziners, um die wirkliche Ursache der Beschwerden zu erkennen.

Durch unterschiedlichste Fehlhaltungen kann es z. B. zu muskulären Dysbalancen und Verspannungen, Faszienfehlfunktionen, wiederkehrenden Wirbelgelenksblockaden bis hin zu Bandscheibenvorfällen und Spinalkanalstenosen kommen – oder „einfach nur“ beständigem, scheinbar therapieresistenten Schmerz.

Ein Beispiel ist der Iliopsoas-Muskel. Als einzige muskuläre Verbindung zwischen Ober- und Unterkörper und kräftigstem der Hüftbeugemuskeln richtet er das Skelett aus und hält es beweglich und

massiert quasi mit jedem Schritt die Lendenwirbelsäule. Durch stundenlanges Sitzen, Schlafen in Seitenlage u. v. m. verkürzt er sich. Die Folge: Die Lendenwirbelsäule verdreht sich, das Becken kippt, ganze Muskelgruppen geraten in Dysbalance und verhärten sich. Schmerzen im unteren Rücken, dem Gesäß, dem Oberschenkel, der Hüfte bis zum Steißbein können die Konsequenz sein.

In seinem Zentrum für Integrative Medizin in Hamburg-Falkenried deckt Frank Scholz die ganze

Bandbreite der modernsten Diagnostik und Therapie ab. Sein außergewöhnliches und exzellentes Praxisteam führt durch die Behandlungen.

„Da die meisten Patienten, die uns in den letzten 25 Jahren aufsuchten, meist erfolglos bereits klassische Orthopädie, Physiotherapie, Osteopathie,

Gerätetraining usw. durchlaufen haben“, so Scholz, „konnten wir uns darauf konzentrieren, wo für diese Menschen eine erfolgreiche Lösung existiert. So entstand das ZIM-Concept, das mittlerweile weit mehr als 10.000 Menschen in ein schmerzfreies Leben zurückgeführt hat.“

„Wir beginnen da, wo andere erfolglos waren“, sagt Frank Scholz, „denn ein schmerzfreies und belastungsfähiges Leben bedeutet Lebensfreude, Perspektive und wiedergewonnene Autonomie.“



- FRANK SCHOLZ -



„Wir beginnen da, wo andere erfolglos waren.“

ZENTRUM FÜR INTEGRATIVE MEDIZIN SCHOLZ

Hoheluftchaussee 20
 20253 Hamburg

Telefon 040/25178774
 rezeption@zim-scholz.de
 www.zim-scholz.de



Alle privaten Kassen, Selbstzahler und Zusatzversicherungen und i. a. R. Beamte



HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

Für alle pädagogisch
 Tätigen sowie
 deren Angehörige

Die preisgünstige Hausratversicherung in der Metropolregion Hamburg für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 bis 2024 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr Hausrat ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 4.000 € (8.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

040 333 505 14 (Tobias Mittag)

040 796 128 25 (Georg Plicht)

040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)

www.h-l-f.de (mit Beitragsrechner) / info@h-l-f.de



GEW, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt

